

(Th. Böttcher.)

Est. A

Tartu Riikliku Ülikooli
Raamatukogu

~~86085~~

33892

Der Domainenverkauf in den Ostseeprovinzen und das Güterbesitzrecht.

Die russische Staatsregierung hat im Jahre 1859 die Absicht zu erkennen gegeben, einen Theil ihrer Domainen in den Ostseeprovinzen zu verkaufen, und diese Absicht im vorigen Jahre theilweise bereits in Ausführung gebracht, indem sie eine Anzahl von Bauerhöfen an die bisherigen Pachtinhaber zum vollen Eigenthum übergeben und anderweitige Domainen-Parcellen, unter Zulassung von Personen aller Stände, zum öffentlichen Meistbot gestellt hat.

Diese Maßregel konnte eines außerordentlichen Eindrucks auf das ganze Publikum der Ostseeprovinzen nicht verfehlen. Sie war völlig unerwartet gekommen und man mußte sich der Bedeutung derselben für die innere Entwicklung dieser Lande bald bewußt werden. Unerwartet — denn man hatte sich in die Vorstellung hineingelegt, die Krone werde sich ihres Grundbesitzes niemals entäußern; daß sie aber bedeutungsvoll war wie kein anderes Ereigniß seit der Aufhebung der Leibeigenschaft — darüber konnte niemand in Zweifel sein, der die gegenwärtigen Grundbesitzverhältnisse in den Ostseeprovinzen kannte; und davon zeugten denn auch die lebhaften Discussionen, die sich über diese Frage, ihre Modalitäten und Consequenzen alsbald in allen Schichten der Gesellschaft, unter Juristen und Nichtjuristen erhoben.

Es ist nicht die Absicht dieser Zeilen, die Zweckmäßigkeit einer Veräußerung von Domainen überhaupt oder insbesondere mit Rücksicht auf unsere Provinzen zu erörtern; es soll hier vielmehr nur versucht werden, diese Frage vom Standpunkte unseres provinziellen Rechtes aus zu beleuchten, um den gerade in dieser Beziehung vielfach verbreiteten irrigen Auffassungen derselben entgegenzutreten.

Werfen wir, zum bessern Verständniß der Rechtsfrage sowie der Bedeutung derselben für diese Provinzen, zunächst einen flüchtigen Blick auf Land und Leute. Das Recht ist nichts Abstractes, Willkürliches; aus einem bestimmten Boden erwächst ein bestimmtes Recht; es ist eine nothwendige Lebensäußerung jedes Culturvolkes, ein Niederschlag seiner Geschichte; und wenn es eine ewige Krankheit ist, so theilt es eben nur das Geschick jeglichen Menschenwerkes und mahnt den Enkel, wenn er sich dessen bewußt ist, daß er die Wohlthat nicht zur Plage, die Vernunft nicht zum Unsinne werden lasse.

Ein die südliche Hälfte der Ostküste des baltischen Meeres und deren umfangreiche Inseln einnehmender, etwa so tief wie die Provinz Preußen ins Land hineinreichender Landstrich, fruchtbar, hügelig, seereich, mit glücklicher Küstenentwicklung, in seiner Mitte durchströmt von einer der schönsten und reichsten Wasseradern Europas, an deren Ausmündung in einen tief und in mächtigem Bogen ins Land hineinbuchtenden Golf die alte Hansestadt liegt, in deren Mauern die Geschichte dieser Provinzen von Jahrhundert zu Jahrhundert ihren Abschluß fanden — das ist 's, was wir unsere Heimath nennen. In der Periode des Vordringens deutscher Colonisation nach Osten die am weitesten vorgeschobene Colonie, war sie vier Jahrhunderte hindurch ein Theil des deutschen Reiches; mit dem Verfall der deutschen Reichsmacht und mit dem Zusammenbrechen der meeresbeherrschenden Hanse war auch das Schicksal dieser Lande besiegelt. Die Colonisation war eine excentrische geworden und vom Stammlande nicht länger zu behaupten. Die Mächte, die in den folgenden drei Jahrhunderten im Norden und im Osten Europas sich in der Hegemonie ablösten, wurden auch in diesen vielumwörbenen Küstenländern die herrschenden; doch haben diese zu keiner Zeit die Continuität ihres Culturanges mit dem Volke, das sie in die Geschichte der Menschheit eingeführt hat, verloren. „Wir haben — schreibt uns ein trefflicher Freund — keine Geschichte, aber wir haben ein Recht zu existiren. Was wir unsere Geschichte nennen, beweist, daß wir dies Recht durch Verjährung errungen haben oder viel-

mehr erlitten. Wir sind lebend geblieben, wo wir nach menschlicher Einsicht längst hätten absterben müssen und aussterben. All unser politisches Recht liegt in der Fähigkeit unserer Existenz. Es ist unser theuerstes Besitztum und wir haben es fortan auch kämpfend zu vertreten. Allein wie immer noch ist all unser Kampf nur eine Abwehr. Von livländischen Eroberern weiß die Geschichte weder des Himmels noch der Erde zu erzählen. Als Plettenberg auf dem Eise nicht ausglitt, da war es doch nur ein Tanz vor dem Grabe. Und alle seine Nachkommen haben alle ihre Kräfte daransetzen müssen, sich nur den Leichenstein einen Zoll über der Stirn fernzuhalten.“

Wagen wir es trotz alledem, einen raschen Blick auf die Geschichte dieser Provinzen zu werfen.

Die deutsche Colonie, die vor nun 700 Jahren an diesen Küsten der Ostsee begründet wurde, konnte durch den zu ihrem Schutze gestifteten Schwertbrüderorden gegen die wilde Kraft der Litauer nicht gehalten werden. Seine Trümmer gingen in den eben damals mit voller Macht emporstrebenden deutschen Orden in Preußen auf. Nun gelang es zwar, die Eroberung zu behaupten; die beste Kraft des Landes ward aber in den folgenden Jahrhunderten der Selbstständigkeit in dem Kampfe des Ordens gegen die Bischöfe verzehrt, gleich ihm weltliche Landesherren, denen der Orden jedoch, wenn gleich das kräftige Riga auf bischöflicher Seite zählte, an intensiver Stärke weit überlegen war. Den Bischöfen zu Dorpat und Riga war der Orden auch in weltlicher Beziehung untergeben, und dieser Widerspruch zwischen der Berechtigung und der Macht war der Grund jener Kämpfe, die mit dem völligen Siege des Ordens endeten, einem Siege, der durch die früh über diese Lande verbreitete Reformation vollendet wurde.

Aber nicht lange sollte der Orden sich dieser Suprematie erfreuen. Nicht jener Sieg war es, an dem er verblutete; seine Zeit war vorüber und er mußte neuen Ordnungen weichen. Mit der milden Heldengestalt Plettenberg's schließt die Periode der deutschen Ordensritter an der Ostsee ab, die Herder in seinen Ideen zur Geschichte der Menschheit mit den herben Worten charakterisirt: „Sie herrschten zuletzt von der Weichsel bis zur Däna und Nerva in ritterlicher Leppigkeit und Ausschweifung. Die alte preussische Nation ward vertilgt, Litauer und Samogiten, Kuren, Letten und Esten wie Heerden dem deutschen Adel vertheilt. Nach langen Kriegen mit den Polen verloren sie zuerst das halbe, sodann das ganze

Preußen, endlich auch Liv- und Kurland; sie ließen in diesen Gegenden nichts als den Ruhm nach, daß schwerlich ein erobertes Land stolzer und unterdrückender verwaltet worden, als sie diese Küsten verwaltet haben, die, von einigen Seestädten cultivirt, gewiß andere Länder geworden wären.“ Und Gerwinus (Gesch. des 19. Jahrh.) urtheilt: „Die Ritter hatten hier nicht wie in Preußen durch bildsame Einwirkung die nationale Kluft, den Racen- und Sprachenunterschied zwischen Deutschen und Letten und Esten auszufüllen vermocht; der Zustand der Leibeigenen war hier immer ganz eigentliche Sklaverei gewesen, was man beschönigend „unbedingte Leibeigenschaft“ nannte, was man amtlich zur Zeit Peter's I. als die unbegrenzte Gewalt des Herrn über Leib und Gut seiner Unterthanen definierte.“

Wie viel Wahres immerhin in diesen harten Verdicten über unsere Conquistadores liegen mag — wir Provinzialen ziehn eine andere Summe, nicht allein für uns und die Nationalen, sondern auch für das Reich, dem wir angehören. Dem Orden gebührt das Verdienst, daß er einem höhern Culturvolke diesen Boden erschlossen und dessen Ordnungen hier heimisch gemacht hat. Diesem damals vom Orden — fester als durch seine Burgen — gelegten Grunde verdanken es diese Provinzen, wenn in ihnen zuerst, und vor mehr als einem Menschenalter, der Versuch gemacht werden konnte, die Bande der Leibeigenschaft zu lösen, und das wohlgefügte deutsche Recht war es, das diesen Versuch gelingen ließ.

Als in der Mitte des 16. Jahrhunderts der Sturm von Osten über diese Lande hereinbrach, splitterte das ganze Gebäude auseinander. Rußland, dessen Stunde an der Ostsee noch nicht gekommen war, erlangte von der Beute nur, was es im Kriegszuge mit sich genommen; Polen erhielt den Löwenantheil vom Ordensstaate, indem es Livland mit sich vereinigte und Kurland dem letzten Herrmeister als weltliches Lehen vergab; Estland fiel Schweden, Dösel Dänemark zu.* Aber nicht lange sollte die Trennung dieser bisher engverbundenen Lande dauern. Die Herrschaft der Polen in Livland war so kurz wie drückend. Polnische Statthalter und Bischöfe ließen das Land die Macht einer feindlichen Kirche

*) Was Rußland beim Untergange des Ordensstaates vom Stift Dorpat und von Bierland occupirt hatte, gab es im Sapolskischen Frieden (Kiewerowa-Gorka) 1582 zurück; von eben so wenig Bestand war die Herrschaft des Herzogs Magnus von Holstein in den Bisthümern Dösel und Kurland; auch Riga, das sich zwanzig Jahre als freie deutsche Reichsstadt behauptete, unterwarf sich 1581 Polen.

empfinden. Da kam — wie bald darauf für Deutschland — die Rettung für die Kirche durch den kriegsmächtigen und frommen Basa. Zwar schied der Friede von Oliva ein schönes Viertel Livlands mit den Vogteien Rositten, Dünnaburg, Marienhausen und Rugen — für immer — von Livland ab; doch wurde dagegen Dösel zurückgewonnen und so, bis auf Kurland, das Ordensland wieder vereinigt. Gustav Adolf und seinen Nachfolgern verdankt das Land die Universität, eine wohlgeordnete Justiz- und Kirchenverfassung, die ersten Versuche zur Regelung der agrarischen Verhältnisse; und das Jahrhundert schwedischer Herrschaft wäre als ein segensreiches zu bezeichnen, wenn nicht gegen das Ende derselben der noch heute unvergessene Staatsstreich der Güterreduction die Herzen der Provinzialen in demselben Maße der Regierung entfremdet hätte, als er diese auf der betretenen abschüssigen Bahn zu neuen Gewaltmaßregeln hintrieb. Die Reductions-Commission spielte ihr perfides Spiel mit nicht geringerer Rücksichtslosigkeit, wie die gleichzeitigen Reunionskammern Ludwigs XIV., denen sie in Verhöhnung alles Rechtes würdig zur Seite gestellt werden kann; sie kam damit zu Stande, den größten Theil der Grundbesitzer zu Gunsten der Krone zu expropriiren, jedoch wohlweislich ohne Entschädigung, wenn nicht das Almosen der Tertiälgüter dahin gerechnet werden soll.

Die Lösung aus dieser Bedrängung erfolgte durch das Verhängniß, in welches Schweden durch jenen kurzschichtigen Eisenkopf gerissen wurde, der nur Krieger, nicht Staatsmann, nur Soldat, nicht Feldherr war. Mit ihm schließt dieses Reiches heroische Periode ab, die an Sparta erinnert. Bei Poltawa verlor es nicht allein Liv- und Estland, sondern auch die deutschen Besitzungen und Finnland, und sein Erbe an der ganzen Ostküste des baltischen Meeres wurde Rußland.

Erst nach hartem Kampfe gewann der Eroberer unsere Provinzen; die Stände derselben sicherten sich durch Verträge mit ihm ihre althergebrachten Rechte, und der neue Herr wußte sich alsbald durch Restitution der ungerecht eingezogenen Güter die Herzen seiner Unterthanen zu befreunden. Indessen charakterisirt sich das erste Jahrhundert der russischen Herrschaft an diesen Küsten durch eine gewisse Stagnation in den bestehenden Zuständen. Wohl begann das Land, das keinen Feind mehr sehn sollte, aufzuathmen, nachdem es in den letzten anderthalb Jahrhunderten so häufig der Schauplatz des wildesten Krieges gewesen war; jedoch suchen wir vergebens nach Spuren einer edleren Fortentwicklung. Die Universität war nicht wiedererrichtet worden; massenhaft strömte die deutsche Jugend aller Stände

zu den fast stets in Pulverdampf gehüllten Fahnen Rußlands; die Heimkehrenden wurden munificenter mit Arrenden und Donationen von Domainen überschüttet; es war ein äußerliches Treiben. Inzwischen schloß sich der Provinzialadel in engeren Verbänden aneinander; und der zur Zeit der energischen Verwaltung des General-Gouverneurs Grafen Browne gemachte Versuch der Landschaft^{*)}, sich corporativ zu gestalten, war von keinen nachhaltigen Folgen, hatte indessen doch in Beziehung auf den Güterbesitz zu einem wichtigen Abkommen zwischen der Ritterschaft und der Landschaft geführt, auf das wir weiter unten zurückkommen werden. Die Einführung der ursprünglich der Verfassung dieser Provinzen nachgebildeten Statthalterchafts-Verfassung im ganzen Reich war hier von zu kurzer Dauer, um hier bleibende Spuren zu hinterlassen. Man pflegt sie bei uns mit fast gleicher Ungunst wie die Reduction zu beurtheilen; vielleicht mit Unrecht. Diese Provinzen wären, wenn man ihnen dazu die Zeit gelassen hätte, wohl fähig gewesen, etwas Lebenskräftiges aus ihr zu gestalten und hätten, ohne ihre Eigenthümlichkeit aufzugeben, durch sie den Ausweg aus hergebrachten Zuständen finden können, die, wie wir sehen werden, im übrigen Europa jetzt ohne Beispiel sind. Wir kommen darauf zurück.

Das ganze innere Leben der Provinzen concentrirte sich in dieser Periode, nächst der Frage über den Güterbesitz, in den Verhandlungen über die Aufhebung der Leibeigenschaft. Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Bauern waren dieselben geblieben wie zu schwedischer Zeit, doch die factischen Zustände hatten sich, scheint es, verschlimmert. Trotz des Andrängens der Staatsregierung zu Catharina's II. Zeit und trotz der Anstrengungen einzelner hochgestimmter Livländer (unter denen der Name des Barons Schoultz von Ascheraden der leuchtendste ist) kam die Emancipation des Bauernstandes im 18. Jahrhundert nicht zum Abschluß. Der edle Herder irrte aber, als er in die trauernden Worte ausbrach: „Vielleicht verfließen Jahrhunderte, ehe das Joch der Knechtschaft, unter dem die Ketten und Ecken jetzt schmachten, von ihnen genommen wird.“ Die Zeit war nahe herangekommen, und mit der Vereinigung sämmtlicher Ordenslande unter Rußlands Scepter begann sie zu tagen.

*) Wir gebrauchen diesen Ausdruck nach dem damals üblichen Sprachgebrauch, nach welchem er den Complex der nicht zum livländischen Indigenats-Adel gehörigen, namentlich auch der bürgerlichen Gutsbesitzer umfaßte — was freilich von der Terminologie der plattdeutschen Periode abweichend ist.

Wir müssen hier zurückgreifen, um die Geschichte Kurlands während seiner Selbstständigkeit nachzuholen. Herzog Gotthard beschloß sein weises Leben — dessen schönstes Denkmal die feste Ordnung der Grundlagen unserer Kirche ist — nicht mit derselben Weisheit, indem er seine beiden Söhne gemeinsam zu seinen Nachfolgern bestimmte. Er stand eben nicht über seiner Zeit; privatrechtliche Ideen auf das Gebiet des Staatsrechts übertragend, war er nach dieser Seite hin eben auch nur ein kurländischer Majoratsherr. Und unglücklicherweise war der Sohn, den er hätte apanagiren können und sollen, am wenigsten zum Herrschen geeignet. Die Ausbrüche seiner wilden Natur führten eine polnische Commission ins Land, und diese sollte nicht die letzte sein. Mit freudigem Blicke ruht dagegen noch heute das Auge des Kurländers auf der Gestalt des geistreichen und energischen Herzogs Jacob, der aus Kurland ein Brandenburg in verjüngtem Maßstabe schuf und durch Begründung einer Kriegs- und Handelsflotte und Erwerbung überseeischer Colonien dem kleinen Lande eine gewisse Bedeutung im Rathe der Großen Europas zu vindiciren wußte. Diese Zeiten des Ansehens und Gedeihens gingen rasch vorüber. Auf die in gespreizte Pracht aufgehende Regierung des unbedeutenden Friedrich Casimir folgt eine lange Periode tiefer Verwirrung. Länger als zwei Menschenalter sah Kurland keinen Herrn im Lande. Erst traurige vormundschaftliche Zeiten — dann der plötzliche Tod des jugendlichen, eben vermählten Herzogs — sein rechtmäßiger Nachfolger außer Landes und von der Ritterschaft als Prätextent behandelt — unter den Bewerbern um den kurländischen Herzogshut der glänzende Graf Moritz von Sachsen gleich einem Meteor auftauchend und verschwindend — die unerwartete Berufung der herzoglichen Wittve aus dem stillen Annenburg auf den Thron der Zaren — die für einen „freien Adel“, wie sich der kurländische im 18. Jahrhundert so gern nannte und nennen ließ^{*)}, charakteristische Wahl Ernst Johann Bühren's zum Herzog und die Nechtung des „in tiefster Demuth Venerirten“, nachdem er gefallen — dann 20 Jahre völliger Anarchie — das sind die Umrisse

*) So apostrophirte der Oberhofmarschall Freiherr von Knigge den kurländischen Landtag im Jahre 1763 mit den emphatischen Worten: „Fahren Sie fort, die Ketten, die Ihrer Freiheit geschmiedet werden, zu zerbrechen. Sie sind der Welt dieses Beispiel schuldig. Zeigen Sie, daß der Titel eines freien Adels, welchen Vorzug Sie Sich allein in der Welt mit Recht zueignen können, kein leeres Wort sei.“ Gruse, Kurland unter den Herzögen, II. 96.

der äußeren Geschichte Kurlands in der größeren Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Es erklärt sich, daß Kurland unter diesen Umständen dem Regiment des einzigen politisch constituirten und anerkannten Standes verfiel — der Oligarchie des bereits seit einem Jahrhundert zu einer engen Verbrüderung geschlossenen immatriculirten Adels. Daß dieses Regiment, bei dem Mangel großartigerer politischer Ziele, durch welche ähnliche Oligarchien im Süden Europas das Staatsgebäude Jahrhunderte lang zu beleben vermochten, und bei dem üblen Vorbilde, das der Adel in der lehns herrlichen Republik aufstellte, nicht zu einer völligen Zerrüttung der bürgerlichen Gesellschaft führte — dafür glauben wir den Grund darin zu erkennen, daß der die Herrschaft führende Adel eben ein deutscher war, der das Rechtsgefühl des germanischen Stammes nicht verleugnete und, bedeutender Persönlichkeiten zu keiner Zeit ent Rathend, durch eine humane Rechtsübung die Schärfe aufgestellter Principien zu mildern mußte — wie denn auch in dem Einfluß jener Periode und in dem Bewußtsein dieser Eigenthümlichkeit die, wohl auch noch in den Epigonen erkennbare Abneigung, den „Staat“ an sich herumexperimentiren zu lassen, wurzeln mag.

Es war eine eigenthümliche Nemesis, daß der Adel den zwei Mal mit Mißachtung Ueberschütteten wieder als seinen Herrn ins Land aufnehmen mußte; doch der Löwe war alt geworden und für Wolinsky'sche Scenen hier weder der Ort noch die Zeit. Vor dem Manne hatte ein gewaltiges Reich gezittert; der Greis mußte wider die Unbotmäßigkeit eines factiösen kleinen Landtages demüthigende Kämpfe führen. Die Ironie, die darin lag, vermochte ihn zu resigniren. Sein Nachfolger war am wenigsten geeignet, das kurländische Staatsschifflein durch die Brandung, in welcher die schon längst steuerlose Republik Polen zu Grunde ging, hindurchzulootsen. Nicht gewöhnt, ihn zu fragen, unterwarf sich die kurländische Ritterschaft bedingungslos der russischen Kaiserin; und diese gewährte in Gnaden, was die andern Theile des baltischen Landes mit ihrem großen Vorfahren paciscirt hatten — „freie Ausübung der von den Voreltern ererbten Religion und die Erhaltung des bisherigen Rechtszustandes“.

So fand sich denn nach mehr als zwei blutigen Jahrhunderten die ganze deutsche Colonie an diesen Küsten der Ostsee, nur mit dem Verluste des „polnischen Livland“, wieder als ein Ganzes vereinigt, und hat diese Consolidation in der Begründung einer vorzugsweise für sie bestimmten deutschen Hochschule, in der Errichtung eines ausschließlich diese Provinzen umfassenden General-Gouvernements, endlich in einer, zum Theil bereits

erfolgten, Codification ihrer öffentlichen und privaten Sondergesetze ihren formellen Ausdruck gefunden.

Nun die Gefahr eines äußern Feindes beseitigt erachtet werden mochte, konnte ernstlicher an den innern Ausbau gedacht werden, wie ihn die inzwischen angebrochene neue Zeit nothwendig machte. Mit freudiger Dankbarkeit erkennen diese Provinzen als eine Gewährleistung für die Wege humanen Fortschritts, die ihnen jetzt eröffnet werden sollten, die edle Gabe an, die ihnen in der Wiederherstellung der Provinzial-Universität dargeboten wurde. Die livländische Ritterschaft hatte, im wohlverstandenen Interesse des Landes, in der Capitulation von 1710 „die Beibehaltung der Landes-Universität und ihre Besetzung mit lutherischen Professoren“ an die Spitze gestellt, und war von Scheremetjew „dazu Hoffnung gemacht worden“; ja der Zar hatte auf diesen Accordpunkt resolvirt: „daß zur Erhaltung der Universität die Ritterschaft mit dem Oberconsistorio geschickte Männer vorschlagen solle“; dennoch rauschte das Jahrhundert vorüber, ohne daß es diesen Provinzen vergönnt war, die Schöpfung Gustav Adolfs wiedererstehen zu sehen. Jetzt schöpft in der alten Mäusenstadt bereits die dritte Generation aus dem ewigen Borne des Wissens, und alles geistige Leben, das diese Provinzen bewegt, hat seine besten Wurzeln in der vieltheuren Stadt. So lange keine Universität im Lande war, blieb die Masse der Jugend in der Vorbildung stecken; nur Wenigen war es vergönnt, auf den Hochschulen des Auslandes sich fortzubilden; die Söhne nicht allein des Adels, sondern auch der andern gebildeten Classen wendeten sich meist dem Militärdienste zu; „denn, schreibt noch Supel, jeder Deutsche hat bei der russischen Armee Hoffnung bald Offizier zu werden“. So mußte denn, was die bürgerliche Gesellschaft an Männern der Wissenschaft bedurfte, größtentheils durch Einwanderung aus dem Auslande — fast ausschließlich Deutschland — bezogen werden. Wir unterschätzen den Werth dieser Einwanderung, welche den geistigen und wissenschaftlichen Zusammenhang mit dem Stammlande stets lebendig erhielt, keinesweges; doch glauben wir alle Ursache zu haben, damit zufrieden zu sein, daß die vier (oder nunmehr fünf) Facultäten uns jetzt ihre in der Heimath gebildeten Jünger zusenden und wir somit der immerhin etwas demüthigenden Vormundschaft des Auslandes enthoben worden. Die im Verhältniß zur deutschen Bevölkerung sehr starke Frequenz der Universität bewies bald, einem wie gewaltigen Bildungsdrange die Hochschule sich gegenüber sah. Von der in den letzten Decennien sich auf mehr als 600 fixirenden Zahl der Studirenden

stellten unsere Provinzen über $\frac{2}{3}$, der Rest bestand, seit Aufhebung der Universität Wilna, zum größeren Theil aus Polen, zum geringeren aus Russen. Die theologische Facultät wurde die Pflanzschule für die ganze evangelische Geistlichkeit Rußlands; auch die medicinische, die trotz der unsichern und mühevollen Zukunft, die sie bietet, in Dorpat stets sehr zahlreiche Jünger gezählt hat, sandte einen großen Theil derselben über die Grenzen dieser Provinzen in den Dienst des unermesslichen Reiches; die juristische hatte aber die unschätzbare Bedeutung, den Provinzialen das Verständniß für die eigenthümliche Rechtsstellung ihrer Heimath zu erschließen und sie zugleich durch das „weltliche Evangelium“ über dieselbe zu erheben. Selten hat es dieser Facultät an Pflegern des heiligen Feuers gefehlt, und kamen sterile Zeiten, so hat sich immer die immanente Kraft der Wissenschaft an der Jugend bewährt. Von der vielgestaltigen vierten Facultät, die sich jetzt nach zwei verschiedenen Richtungen hin geschieden hat, sei hier nur erwähnt, daß wir ihr unsern tüchtigen Lehrerstand verdanken; neben viel ernstern Fachstudien hat sie sich aber immer den leichterwiegenden Rest der studirenden Jugend gefallen lassen müssen.

Trotz der vielen Berührungspunkte, die zwischen unsern Provinzen durch ihre Geschichte und ihre gleichmäßige Entwicklung in den wichtigsten Lebensbeziehungen gegeben sind, mögen sie dennoch einem von mehreren selbstständigen Familien bewohnten Hause einer großen Stadt verglichen werden, welche, trotz der Gleichheit ihrer äußern Lebensstellung, nicht über Höflichkeitsbesuche hinauskommen und selbst dann kaum zu dem Bewußtsein ihrer Gemeinsamkeit gelangen, wenn in einer dieser Wohnungen Feuer ausgebrochen ist. Jene „historisch-politischen Individualitäten“, von denen vor kurzem in einem Nachbarreiche so viel Wesen gemacht wurde — hier finden sie sich aufs vollständigste verkörpert. Die Landes-Universität ist der einzige Punkt, auf welchem diese Provinzen mittelst des besten Theils ihrer Jugend einander persönlich näher treten, wenn auch diese Jugend nicht alle die Elemente umfaßt, welche zu einer eingreifenden Wirksamkeit in dem bürgerlichen Leben derselben berufen sind. Es ist eine auffallende Erscheinung, daß, so stark der Provinzialadel numerisch in den gebildeten Classen der Bevölkerung vertreten ist, doch so wenige Söhne desselben in Dorpat studiren — eine Thatsache, deren eigenthümliche Bedeutung sich steigert, wenn man erwägt, daß nach der hiesigen Verfassung die zahlreichen Landes-Justiz- und Administrativ-Ämter fast ohne Ausnahme vom Provinzialadel durch Wahl aus seiner Mitte besetzt

werden. Es treffen verschiedene Momente zusammen, welche diese jedenfalls bedauernswerthe Erscheinung erklären. Die neueren Verordnungen über den Eintritt in den Militärdienst erschweren denjenigen, die nicht den Erbadel besitzen, die Erreichung des Offiziersgrades im äußersten Maße; so wandte sich denn der Strom der nichtadligen Jugend wissenschaftlichen Beschäftigungen zu, während der Adel — je nördlicher in unsern Landen je mehr — der Sitte treu blieb, seine Söhne zur Vorschule für das Leben in das Heer oder auf die Flotte zu schicken. Die Minderzahl verfolgt diese Laufbahn als Lebensaufgabe; die Meisten kehren nach kurzer Dienstzeit zurück und werden wieder Landebsessente oder übernehmen „Landesposten“. Und eben darin scheint uns ein schweres sociales Uebel unserer provinziellen Verhältnisse zu liegen. Wer den Militäristand ergreift, sollte in ihm ausharrend dem Staate seine Kräfte weihen; ob aber dieser Stand, wenn in ihm eben nur die Jahre der geistigen und Charakterentwicklung verbracht werden, eine geeignete Vorschule für das bürgerliche Leben ist, dürfte mit Grund zu bezweifeln sein. Der Ausbau unserer bauerlichen, die Verbesserung unserer landwirthschaftlichen Zustände hat von dieser zahlreich vertretenen Classe unseres Provinzialadels wenig Förderndes zu erwarten, geschweige denn die Justiz und Administration, zu deren Pflege sie berufen wird. Die Wahlfähigkeit zu den j. g. Landesposten*) ist — nach der gegenwärtigen Uebung, wir zweifeln aber, ob auch nach dem Gesetz? — keinesweges durch den Nachweis irgend einer wissenschaftlichen Vorbildung bedingt, obgleich man doch denken sollte, daß bei der Eigenartigkeit und

*) Die livländische Ritterschaft wählt aus ihrer Mitte folgende Beamte, die entweder reine Justizämter oder doch solche bekleiden, bei denen von juristischen Kenntnissen nicht füglich abgesehen werden kann: den Präsidenten, den Vice-Präsidenten, vier Landräthe und einen Assessor des Hofgerichts; den Secrétaire des Hofgerichts-Departements für Bauerrechtsachen; den Präsidenten und die beiden weltlichen Beisitzer des livländischen Consistoriums; 4 Landrichter und 8 Assessoren für die Gerichte erster Instanz in den vier (continentalen) Kreisen Livlands; endlich dieselbe Zahl von Kreisrichtern und Beisitzern der Kreisgerichte zur Rechtspflege in Bauerfsachen. Zur Handhabung der Polizei (und in gewissen Schranken auch der Justiz, namentlich zur Voruntersuchung in allen Criminalsachen) auf dem flachen Lande erwählt die Ritterschaft 4 Ordnungsrichter und 8 Adjuncten. Für alle diese Ämter ist die passive Wahlfähigkeit ausschließlich auf den immatriculirten livländischen Adel beschränkt. Eine große Zahl anderweitiger Justiz- und Administrativ-Ämter wird ebenfalls durch Wahl der Ritterschaft besetzt, bei denen indessen die Angehörigkeit zu derselben nicht eine nothwendige Bedingung ist. Wir erwähnen von ihnen: die Ämter der Secrétaire der Land- und der Kreisgerichte, sowie der Notare der Ordnungsgerichte; endlich der 27 Kirchspielsrichter und die gleiche Zahl ihrer Substituten und Adjuncten, welche gemischte, theils judi-

Complicirtheit unserer provinziellen Rechtsinstitutionen es noch einer ganz speciellen Vorbildung für die praktische Anwendung derselben bedürfte, die weder in Göttingen noch in Moskau erlangt werden kann.

Es fehlt nicht an Verordnungen, die in diesem Sinne von der Staats-

ciäre theils administrative Functionen in bauerlichen Sachen versehen. Die letzterwähnten 81 Aemter sollen nach dem Gesetz vorzugsweise aus dem immatriculirten Adel besetzt werden, und dem entsprechen auch die factischen Verhältnisse. Zu Ende des v. J. waren $\frac{2}{3}$ dieser Aemter von Personen besetzt, die zum Indigenats-Adel gehören.

Die Estlische Ritterschaft wählt aus ihrer Mitte für das estlische Hofgerichts-Departement in Bauerrechtsachen 4 Landräthe und den Landmarschall; den Präsidenten und den weltlichen Beisitzer des estlischen Consistoriums; einen Assessor des livländischen Hofgerichts; den Landrichter und die beiden Assessoren des estlischen Landgerichts; den Vorsteher und die beiden adeligen Beisitzer des estlischen Kreisgerichts; den Secretair der Abtheilung für Bauerrechtsachen beim estlischen Landraths-Collegium; den Ordnungsrichter und die beiden Adjuncten des Ordnungsgerichts.

Die estländische Ritterschaft wählt zu ihrer innern Verwaltung 12 Landräthe, welche zugleich die oberste Landes-Justizbehörde, das Oberlandgericht, bilden; den Präsidenten und die beiden weltlichen Beisitzer des estländischen Consistoriums; den Secretair des Niederland- und Landwaffengerichts; die 3 Mannrichter und 6 Assessoren der 3 Manngerichte; die 3 Kreisrichter und die 6 adeligen Beisitzer der Kreisgerichte; endlich für die Landpolizei die 11 Hafenrichter.

Die kurländische Ritterschaft wählt aus ihrer Mitte die 5 Oberhauptmänner, die 10 Assessoren der Oberhauptmannsgerichte, die 10 Kreisrichter und die gleiche Zahl von Friedensrichtern und Assessoren der Kreisgerichte; den Präsidenten und die beiden weltlichen Beisitzer des kurländischen Consistoriums; endlich für die Landpolizei die 10 Hauptmänner und die 20 Assessoren der Hauptmannsgerichte. Die 6 Glieder der obersten Justizbehörde, des Oberhofgerichts, ersetzen sich aus den Oberhauptmännern, seit einer Verordnung vom vorigen Jahre auch der Präsident.

Wir zählen somit in diesen Provinzen etwa 200 der wichtigsten Richterämter, die eine juristische Vorbildung erfordern und nur von immatriculirten Edelleuten besetzt werden können; etwa 100 Aemter gleicher Art werden hiernächst durch Wahl des Indigenats-Adels besetzt. Sie sind zwar auch Personen anderer Stände zugänglich, werden indessen der großen Mehrzahl nach (mit Ausnahme der Kanzleiposten) von immatriculirten Edelleuten besetzt.

Im Vergleich hiermit ist die Zahl der aus diesen Provinzen gebürtigen immatriculirten Edelleute, welche auf der Universität Dorpat das juristische Studium absolvirt haben, eine auffallend geringe. Im Decennium 1840—50, das wir auf gut Glück herausgreifen, gehörten nur 45 immatriculirte Edelleute der juristischen Facultät an, und von diesen erwarben nur 20 einen gelehrten Grad. Es ergibt sich aus diesen Daten, daß im Durchschnitt alljährlich nur ein Indigenats-Edelmann aus jeder der 4 Provinzen (da hier Estel selbstständig mitzählt) in der Dorpater Juristenfacultät immatriculirt worden ist und daß erst in je zwei Jahren ein Edelmann aus jeder Provinz einen akademischen Grad erlangt hat.

regierung erlassen worden; sie scheinen indessen in Vergessenheit gerathen oder mit kühner Interpretation beseitigt worden zu sein. In des zuverlässigen alten Gadebusch „Livländischen Jahrbüchern“ (IV. 2. S. 23) heißt es:

„Ehe diese Monarchin (die Kaiserin Anna) die Stadt Moskau verließ, ertheilte sie am 9. Jänner dieses Jahres (1732) der livländischen Ritterschaft die Resolution, daß sowohl bei Unter- als Obergerichten des Herzogthums und übrigen Civilämtern von den livl. Edelleuten diejenigen, welche zu dergleichen Dienste, nach abgelegter Probe, geschickt befunden werden, bestellet werden sollen“ *).

Eine neuere allerhöchste Bestimmung ist im Senats-Ukase vom 19. August 1818 enthalten. Sie macht den Gouvernements-Chefs von Liv-, Est- und Kurland, gleichwie den dasigen Gerichtsbehörden, zur Pflicht, „daß sie bei den Aemterbesetzungen in den dasigen Gouvernements keine anderen Personen als nur solche anstellen, welche Attestate darüber beibringen, daß sie auf der Dörptschen oder einer andern russischen Universität wenigstens drei Jahre nach einander studirt haben.“

Man scheint indessen diese Vorschrift, so kategorisch sie auch lautet, nicht auf die zahlreichsten und wichtigsten dieser Aemter, eben die Adelswahlposten, bezogen zu haben.

Ob es im Interesse der Justiz, ob in dem des Adels ist, daß er nicht auf die stricte Erfüllung jener Gesetzesbestimmungen dringt, ist eine andere Frage. Wir sind geneigt sie zu verneinen. Nicht ohne Grund rühmen sich diese Provinzen ihrer Justiz; so eifrig der Adel aber über sein Privilegium wacht, nur von seinen Standesgenossen gerichtet zu werden — thatsächlich ist doch nicht gar selten der rechtskundige Secretair, in der Regel ein Bürgerlicher, sein Richter. Auf kurländischen Landtagen ist in neuerer Zeit, wie man hört, wiederholt zur Sprache gebracht worden, daß den Candidaten um Wahlämter, die sich einer Prüfung unterzogen, der Vorrang gegeben werden solle. Doch dies sind bis jetzt fromme Wünsche geblieben. Der Adel unserer Provinzen sollte aber dessen wohl eingedenk sein, daß einem so gewaltigen Vorrechte, wie dem der Aemterbesetzung, auch eine entsprechende Pflicht gegenüberstehen müsse, wenn jenes auf eine dauernde Anerkennung soll Anspruch machen dürfen. Die Forde-

*) Auffallender Weise fehlt diese kaiserliche Resolution in dem sonst so sorgfältig gearbeiteten v. Bunge'schen chronologischen Repertorium der russischen Gesetze und Verordnungen für Liv-, Est- und Kurland.

rung indessen, daß die um ein Landesamt Ambirenden den Nachweis ihrer Qualification zu demselben liefern sollen, legt dem Adel die weitere Verpflichtung auf, für eine angemessene Dotirung dieser Aemter zu sorgen, so daß denjenigen seiner unbemittelten Söhne, an welche erhöhte Anforderungen gestellt werden, sich auch die Aussicht auf eine gesicherte Lebensstellung eröffne. In Kurland ist nach dieser Richtung wenig zu erinnern; die Adelswahlposten, größtentheils mit Widmen reichlich ausgestattet (im Selburgschen Oberhauptmannsgerichte existirt sogar eine „Justanzsecrétaires-“ und eine „Ministerialswidme“), sind auch in neueren Landtagschläüssen mit Billigungen mehrfach bedacht worden; um so mehr bleibt aber in dieser Beziehung noch in Liv- und Estland zu thun, trotzdem auch hier in der letzten Zeit aner kennenswerthe Anstrengungen gemacht worden.

Uebersichten wir weiter die bedeutungsvollsten Ereignisse dieses Jahrhunderts für die Ostseeprovinzen, so tritt — nächst dem die Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Kirche ordnenden Gesetze von 1832 und der im Jahre 1845 begonnenen Publication des codificirten Provinzialrechts — die Aufhebung der Leibeigenschaft des Bauernstandes und die sich daran knüpfende Entwicklung der agrarischen Zustände entschieden in den Vordergrund.

Bereits im Jahre 1804 waren in Livland bedeutsame vorbereitende Schritte nach dieser Richtung geschehen, an die sich der Name des Landraths Friedrich von Sivers für alle Zeit im ehrenden Gedächtniß der Nachkommen knüpfen wird. Der Grundsatz des erblichen Nutzungsbesitzes der bäuerlichen Familien im Bauerlande war in der Bauer-Verordnung jenes Jahres zur Anerkennung gebracht, wenn auch nicht in der Unbedingtheit, mit welcher er von dem Baron Carl Friedrich Schoultz in dem muster-gültigen Bauerrecht für seine Güter Mcheraden und Römershof i. J. 1764 ausgesprochen worden war. Daß die livländische Bauer-Verordnung von 1819 in dieser Beziehung einen Rückschritt gegen die von 1804 machte, war ein nicht genug zu beklagender und in seinen Folgen verhängnißvoll gewordener Fehler; nach schweren Erfahrungen kehrte erst der Landtag von 1842 zu den Grundsätzen von 1804 zurück, die dann in der Agrar-Verordnung von 1849 weiter entwickelt wurden.

Die Emancipation, zu welcher Kaiser Alexander I. die lebendigste Anregung gab, wurde 1816 zuerst in Estland, dann, unter energischer

Mithwirkung des damaligen General-Gouverneurs Marquis Paulucci, 1817 in Kurland, 1819 in Livland proclamirt und bis zum Jahre 1832, wo die Uebergangsperiode zuletzt in Kurland abschloß, durchgeführt.

Daß indessen mit dieser Aufhebung des persönlichen Leibeigenthums erst der kleinere Theil des Emancipationswerkes gethan sei, daß diesem ersten Schritte in nicht zu langer Frist der schwierigere folgen müsse, der die Rechtsverhältnisse des von der Scholle Entfesselten zum Grund und Boden umgestalten und ihm freiere und selbstständigere Befugnisse über denselben gewähren müsse — darüber mögen schon die Weiterblickenden unter den Redactoren der Bauer-Verordnungen sich keine Täuschung gemacht haben. Kaum 20 Jahre gingen ins Land, und das Bedürfniß der fortgeschrittenen Landwirthschaft wie des freigewordenen Bauernstandes führte von der theuren d. h. Zeit und Kraft verschwendenden, nicht minder aber auch demoralisirenden Frohne zur Pacht. Freilich hat sich diese Uebergangsperiode, in der wir uns noch befinden, in den verschiedenen Theilen dieser Provinzen sehr verschieden gestaltet. Kurland, das am frühesten nach dieser Richtung vorgegangen war, hat gegenwärtig das Pachtsystem fast durchweg eingeführt. Schon 1858 waren $\frac{1}{2}$ der Bauerhöfe auf den Privatgütern in wenn auch nicht ganz reine Pacht vergeben und von dem noch Frohne leistenden letzten Fünftel war die größere Hälfte im Uebergange zur Geldpacht begriffen, so daß nur 6 Procent von der Gesamtzahl aller Gestüde auf den Privatgütern sich noch im Frohneverhältnisse befanden. Die Krone hatte auf ihren Domainen bereits sämtliche Gestüde auf Pacht gesetzt.

Nicht so günstig hat sich diese Conversion in Livland entwickelt. Zwar ist die Krone auch hier durch Verpachtung des sämtlichen Bauerlandes mit gutem Beispiel vorangegangen, doch herrscht auf den Privatgütern die alte Frohne — die man mitunter euphemistisch „Arbeitspacht“ zu nennen liebt*) — noch in erschreckendem Maße vor. Von 530,000 Thalern Lan-

*) Man scheut sich, das Kind beim rechten Namen zu nennen, als sei die Frohne ein „willkürlicher Zwangsdienst“. Dies ist ein Irrthum. Die Frohne ist hier wie überall, wo dies unselige Verhältniß einen, vielleicht unvermeidlichen Durchgangspunkt zu menschlich würdigeren und vernünftigeren Zuständen bildete, schon seit lange eine wenigstens ihrer Werthabschätzung nach gesetzlich vollkommen regulirte und normirte gewesen, nicht minder wie die Zinsen, Zehnten, „Priestergerichtigkeitsnebenpersenen“ und andere sachliche und Wort-ungeheuer einer vergangenen Zeit. Der Fehler lag nur darin, daß der Herr, wenn er seinen Vortheil schlecht verstand, oder der Arrendator, den Rücksichten auf das Wohl der Bauerschaft nicht banden, diese durch Ausnutzung der Frohne ruiniren konnten, ohne das Gesetz zu verletzen. Auch nach dieser Richtung hat die Agrar- und Bauer-Verordnung von 1849

deswerth des Privatbesitzes befanden sich Ende 1859 noch 375,600 Thlr.^{*)} im Frohneverhältniß, dagegen nur 96,200 Thlr. in Geldpacht, während für 48,800 Thlr. gemischte Geldpacht und Frohne bestand, endlich 9400 Thlr. Landeswerth durch Kauf in das Eigenthum der Bauern übergegangen waren.

In Defel, für welches die Bauer-Verordnung von 1819 noch ihre Geltung behalten hat, ist auf den Privatgütern mit der Einführung der Geldpacht kaum der Anfang gemacht worden. Glücklicherweise besitzt die Krone ausgedehnte, fast die Hälfte des Grundbesitzes umfassende Domainen auf der Insel und hat auch hier das Bauerland durchweg in Pacht vergeben, so daß zu erwarten ist, daß die Privatbesitzer auf diesem Wege werden nachfolgen müssen.

In Estland endlich, wo der Indigenatsadel den gesammten Grundbesitz inne hat, ist ebenfalls das Pachtsystem nur ausnahmsweise ins Leben getreten.

Die Gesetzgebung hat inzwischen nicht geseiert. Sie ist bemüht gewesen, diesem natürlichen Entwicklungsgange der agrarischen Verhältnisse zu folgen, ja sie ist ihm zum Theil vorausgegangen. Am lebendigsten war es auf diesem Gebiete in Livland, wo seit einer Reihe von Jahren jeder Landtag in der Ordnung der bauerlichen Verhältnisse seine Hauptaufgabe vor sich sah. Und es konnte Niemand vor den Zeichen die Augen verschließen, daß hier vor allen Abhilfe noththue. Die Bauernunruhen im Anfange der vierziger Jahre, der massenhafte Abfall von der Kirche der Väter in den Jahren 1845—47 waren Symptome bedenklichster Art, deren letzter Grund zweifellos in jenem obenberührten Mißgriff der Bauer-Verordnung von 1819 zu suchen ist. Mit einer edlen Anstrengung entrang der Adel das Land diesen Nothständen, an seiner Spitze ein hochgestimmter und weitblickender Mann, der Landmarschall Hamilcar Baron Fölkersahm. Die Agrar- und Bauer-Verordnung von 1849 war die Frucht jener bewegten Zeit, deren Kern in der Bauer-Menten-Bank, die dem Bauer den Eigenthumserwerb des Grundes und Bodens erleichtern sollte, sowie in einer humanen Wahrung der Interessen des Bauern als Pächters zu erblicken ist. Die Weisheit der Staatsregierung hat dies Gesetzgebungswerk dem Lande erhalten; doch langsam keimt die damals gestreute Saat

— die das nicht ganz glücklich gewählte Wort „Frohnpacht“ eingeführt hat — wohlthätig gewirkt.

*) 80 Thaler Landes = 1 Haken Bauerland sind in den letzten Jahren in Livland mit 10—15,000 Rbl. S. bezahlt worden.

und es ist noch ein weiter Weg bis zu wohlgeordneten agrarischen Zuständen. Das Unbehagen, das der Bauer auf seiner heimatlichen Scholle verspürt, ist in der jüngsten Zeit wieder in den Auswanderungen nach Samara zu Tage getreten. Er sucht gesicherten Besitz, sei es auch um den Preis der Heimath. Hört man Tadler der jetzigen Zustände, wie D. v. Rutenberg in der Borrede zu seiner kürzlich erschienenen, vom Geiste der edler Humanität getragenen Geschichte unserer Provinzen, so wäre man geneigt zu glauben, der livländische Bauer könne das haitische Sprichwort: „die Weißen tragen immer ein beschriebenes Papier in der Tasche, um den Neger damit zu betrügen“ auch auf sich anwenden. Die Antopste hätte ihn eines andern belehrt; Thatsache aber ist es, daß in einzelnen Gegenden Livlands die Pachtcontracte, allerdings in der Regel auf den Wunsch der auch gegen verständige Maßregeln nur zu mißtrauischen Bauern, nicht selten auf kürzere als die gesetzliche Frist von 6 Jahren, ja leider zuweilen von Jahr zu Jahr, abgeschlossen werden und, die nothwendige Folge dessen, daß sie nicht, wie das Gesetz es vorschreibt, bei den Kirchspielsgerichten verschrieben werden.

Auf Defel ist wie erwähnt noch gegenwärtig die gänzlich überlebte livländische Agrar-Verordnung von 1819 in Geltung, und scheint man sich dort zu einer Revision derselben schwer entschließen zu wollen.

Dieser 5te Kreis Livlands ist überhaupt, theils in Folge seiner isoliren Abgeschlossenheit, theils durch die verfassungsmäßige Selbstständigkeit seines Adelscorps neben dem livländischen, der am meisten in den seit alters her bestehenden Zuständen beharrende Theil der Ostseeprovinzen. Bedauerliche Bewegungen unter dem Landvolke, das den Boden unter seinen Füßen wanken sah, sind wie auf dem Festlande, zum Theil in erhöhtem Maße, vorgekommen und zeugen nicht für die Gesundheit der agrarischen Zustände.

Estland hat seit 1857 eine neue Bauer-Verordnung erhalten. Ob diese, wie die erste, für ein Menschenalter ausreichen wird? Unsere rasch lebende Zeit läßt daran zweifeln. Die Auswanderungen des estländischen Landvolkes ins Innere des Reiches, die vom jüngsten Datum sind, scheinen denn doch auf innere Schäden in den bauerlichen Verhältnissen hinzuweisen.

In Kurland endlich glaubt man, gestützt auf die gedeihliche Entwicklung des Geldpachtsystems, einer Revision der allerdings für ihre Zeit

sehr gut redigirten Bauer-Verordnung von 1817 nicht zu bedürfen. Man scheint jedoch dabei zu vergessen, daß das Pachtssystem sich nicht aus den wenigen, von dieser Materie handelnden Paragraphen der B.-V. (die nicht einmal wie in Livland einen Minimaltermin der Pachtzeit festsetzen), sondern trotz derselben als ein Lebensbedürfnis des Ackerbaues wie des Bauernstandes organisch entwickelt hat, und daß die Verhältnisse der Gemeinden wie der Individuen im Bauernstande seit 40 Jahren eine gewaltige Aenderung in sehr wichtigen Beziehungen des öffentlichen und Privatrechts erfahren haben. Wir begnügen uns, an dieser Stelle auf die wiederholte Beleuchtung dieser Verhältnisse in der Baltischen Monatschrift hinzuweisen. Ein neuer Wein erfordert neue Schläuche. Wir zweifeln nicht, daß bei den mannigfachen Vorzügen, die Kurland vor seinen Schwesterprovinzen auszeichnen, seinem günstigeren Klima, seiner größern Fruchtbarkeit, bei dem verbreiteteren Wohlstande seines grundbesitzenden Standes wie seiner Bauern, endlich bei der dort häufiger anzutreffenden juristischen Durchbildung — eine Revision der alten Bauer-Verordnung auf weniger Schwierigkeiten stoßen und weniger den Charakter des Vorübergehenden an sich tragen würde, als dies in den andern Theilen der Ostseeprovinzen der Fall ist.

Die Codification der vielgestaltigen Rechte dieser Provinzen, welche vor Unterwerfung derselben unter das russische Scepter zwar wiederholt versucht, jedoch zu keiner Zeit zum Abschluß gediehen war, wurde alsbald, auf den Wunsch der Provinzialen selbst, Gegenstand der Fürsorge der neuen Regierung. Es wurden zu diesem Zwecke Commissionen über niedergesetzten jüngsten Commission von 1828 gelang es, diese allerdings mit großen Schwierigkeiten verbundene Arbeit insoweit zu fördern, daß im Jahre 1845 die Behördenverfassung und das Ständerecht der Ostseeprovinzen auf dem Wege der Legislation veröffentlicht werden konnten. Das Privatrecht, der Civil- und Criminalproceß sind in Aussicht gestellt und werden unter Mitwirkung eines zu diesen Arbeiten in die kaiserliche Kanzlei berufenen Lehrers und Kenners unserer Rechte bearbeitet, so daß sich die jetzt lebende Generation begründete Hoffnung darauf machen kann, die Promulgirung des ganzen Provinzialrechts zu erleben. Dieses Provinzialrecht soll, nach dem Manifest vom 1. Juli 1845, wesentlich eine Krystallisirung des bestehenden Rechtes sein, wie sich denn auch solches aus den Allegaten zu den meisten Paragraphen dieses Gesetzbuches ergibt; indessen

finden sich auch einzelne Bestimmungen, als deren Quelle besondere kaiserliche Verordnungen, namentlich aus dem Jahre 1841 angeführt sind, die erst durch das Provinzialrecht hier bekannt wurden; Bestandtheile des russischen Rechtes sind nur insoweit aufgenommen, als sie mit den provinziellen Gesetzen nicht in Widerspruch standen.

Zu jenen durch besondere kaiserliche Entschliefungen geordneten Bestimmungen gehören auch die über den Eigenthums- und Pfandbesitz an adeligen oder „Rittergütern“ — ein Ausdruck, der hier erst durch das Provinzialrecht eingebürgert wurde. Inwieweit dieselben ein neues Recht enthalten, inwieweit sie wiedergeben, was seit lange hier unbefristete Geltung gehabt, wird sich aus der weiter folgenden Darlegung ergeben.

Der Inhalt dieser Verordnungen läßt sich im wesentlichen in folgende Sätze fassen:

In Kurland, Estland und auf Desel können Rittergüter nur von Personen zum Eigenthum erworben werden, die zum immatriculirten Adel des betreffenden Landestheils gehören.

In Livland ist zu solchem Eigenthumserwerb jeder Erbadelige berechtigt; jedoch genießt der livländische immatriculirte Adel das Näherrecht in einer bestimmten Frist.

Ein solches Näherrecht steht dem immatriculirten Adel von Kurland, Estland und Desel, jedem in seiner Provinz, auch dann zu, wenn ein Rittergut in den Pfandbesitz einer nicht in die betreffende Adelsmatrikel recipirten Person gelangt ist.

Die Bedeutung dieser Privilegien wird klar werden, wenn wir uns die Größen- und Bevölkerungsverhältnisse dieser Provinzen vergegenwärtigen und hiernächst den Umfang der Rittergüter und die Kopzahl des immatriculirten Adels in Betracht ziehen*).

Die drei Ostseeprovinzen enthalten auf 1754 □ Meilen eine Bevölkerung von 1,750,000 Bewohnern.

Darnach sind sie dem Flächeninhalte nach:

nur um den vierten Theil kleiner als das Königreich Polen; eben so groß wie die preussischen Provinzen Preußen und Sachsen zusammen;

*) Die hier folgenden, wie überhaupt die in dieser Skizze gegebenen Daten haben nur den Zweck, die factischen Verhältnisse im Ganzen und Großen richtig wiederzugeben und wollen von diesem Standpunkte aus beurtheilt sein; eine statistische Arbeit war hier nicht beabsichtigt.

um $\frac{1}{2}$ größer als die Provinzen Brandenburg und Pommern zusammen, und als die Provinzen Schlesien und Posen zusammen; fast doppelt so groß als die Rheinprovinz und Westphalen zusammen; um $\frac{1}{22}$ kleiner als die Königreiche Bayern und Sachsen zusammen; eben so groß wie Böhmen und das Erzherzogthum Oesterreich zusammen; eben so groß wie Hannover, Braunschweig, das Kurfürstenthum Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Schleswig, Holstein und Lauenburg zusammen.

Die Bevölkerung:

überwiegt die Finnländs;

ist so groß wie die der Provinz Sachsen;

überwiegt die der Provinzen Westphalen, Posen und Pommern (einzeln genommen) um ein Bedeutendes;

ist um ein Geringes kleiner als die der Königreiche Hannover, Württemberg und Sachsen (einzeln genommen);

und überwiegt die Einwohnerzahl von Schleswig, Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg zusammengenommen.

In ihr ist das Volk, nach welchem diese Provinzen die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands genannt zu werden pflegen, mit 200,000 Köpfen vertreten. Der Adel, der Gelehrten- und Bürgerstand in ihnen ist fast ausschließlich deutscher Zunge — eine Thatsache, die wohl geeignet ist Nachdenken zu erregen, wenn man der wechselvollen Schicksale dieser Lande gedenkt. Die 60jährige polnische Herrschaft hat in Livland gar keine, in Kurland — wo die Lehnsherrschaft Polens ungleich länger dauerte und bis in das Gedächtniß noch lebender Menschen hinabreicht — gleichwohl kaum bedeutendere Spuren hinterlassen; ganz vereinzelt Namen in der kurländischen Adelsmatrikel gemahnen an jene Zeit, wo der polnische und litauische Adel auch in Kurland das Indigenatsrecht besaß.

Anders der Gang der Dinge in Livland in Folge der die polnische nur um 30 Jahre übersteigenden schwedischen Herrschaft. Wie sie auf die Institutionen des Landes bleibende Wirkungen ausgeübt hat, so zeigt sich, daß ein Culturvolk und zwar ein stammverwandtes hier drei Menschenalter hindurch geherrscht, auch darin, daß die zahlreichen während der schwedischen Epoche in die livländische Ritterschaft aufgenommenen schwedischen Geschlechter, von denen nur ein kleiner Theil das Land verließ, als es unter russische Botmäßigkeit kam, vollständig in den deutschen Adel aufge-

gangen sind. Seit der Verbindung Livlands mit Rußland — ein Zeitraum, der gegenwärtig genau so lang ist als die polnische und schwedische Periode zusammen — ist auch eine nicht unbedeutende Zahl national-russischer Geschlechter (40) in das Indigenat aufgenommen worden, ohne daß dies indessen irgend nachhaltige Wirkungen auf die Eigenthümlichkeit der recipirenden Körperschaft geäußert hätte. Diese Receptionen bilden in gewissem Sinne ein Corollar zu der Geschichte Rußlands. Hervorragenden Staats- und Kriegsmännern des Reiches wurde gewöhnlich das Indigenat als eine Ehrenbezeugung angetragen, indessen ohne daß sie oder ihre Nachkommen von den ihnen dadurch verliehenen Rechten factisch Gebrauch zu machen pflegten, und scheint es, daß sie die Bedeutung der ihnen dadurch zugedachten Ehre nicht immer anerkannt haben. Selbst in dem Fall, wenn ihnen, was bis in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts nicht selten geschah, Domainen in diesen Provinzen geschenkt wurden, ward dadurch eine persönliche Beziehung zu den letzteren nicht begründet. Es lag eben gänzlich außerhalb der Lebensrichtung dieser Herren wie ihrer Descendenz, sich durch die Ertheilung des Indigenats zur Gesellschafmachung in Provinzen bewegen zu lassen, die ihnen durch Sprache, Sitte, Kirche und Recht fern standen; sie begnügten sich sammt und sonders damit, die Einkünfte ihres hiesigen Grundbesitzes zu beziehen, den wohl kaum Einer von ihnen jemals zu Gesicht bekam. So erinnert man sich beispielsweise kaum, daß die umfangreichen Pöbalschen Güter, welche Peter der Große der Wittwe und den Kindern des Eroberers von Livland, Feldmarschalls Scheremetjew, geschenkt hatte, dessen Nachkommen sie noch gegenwärtig besitzen — zu irgend einer Zeit von ihren Eigenthümern besucht worden seien. Diese donirten Güter sind übrigens zum allergrößten Theil im Laufe der Zeit wieder in die Hände der Provinzialen zurückgekehrt, und so ist denn der Indigenatsadel wesentlich ein deutscher geblieben.

Eine eigenthümliche Stellung nimmt der in das Indigenat nicht aufgenommene s. g. russische Adel in diesen Provinzen ein, der in Livland ebenfalls zum Eigenthumserwerb von Rittergütern berechtigt ist. In thesi ist darunter der ganze in Rußland anerkannte Erbadel jeder Nationalität zu verstehen, de facto kommt aber, wie ein Blick in die Gütergeschichte von Livland lehrt, unter dieser Bezeichnung fast ausschließlich der von Deutschen, und zwar meist Provinzialen, im Staatsdienste erworbene erbliche Dienstadels in Betracht, welcher bis zum Jahre 1845 im Militair- wie im Civildienst unschwer zu erlangen war. Im Besitze dieser Kategorie

der deutschen Bevölkerung Livlands befindet sich eine beträchtliche Anzahl von adeligen Gütern*), und sind einzelne dieser Gutsbesitzer von Zeit zu Zeit in die livländische Adelsmatrikel aufgenommen worden. Erbliche Edelleute russischer Nation haben sich nur in sehr vereinzelt Fällen in Livland besitzlich gemacht, wie wir denn beim Durchblättern der v. Hagemeyerschen Gütergeschichte (die bis zum Jahre 1837 reicht) in der That nur auf einen einzigen solchen Kauf innerhalb 127 Jahren — den des Gutes Carlowa bei Dorpat durch den vielbekannten Verfasser des „Zwan Wüshigin“, der übrigens von Geburt ein Pole ist — gestoßen sind.

Die deutsche Bevölkerung ist zu $\frac{1}{12}$ in den Städten concentrirt und nur $\frac{1}{12}$ derselben lebt auf dem Lande, zerstreut auf Gutsböfen, Pastoraten, Forstleien, Mühlen, Krügen etc. Wer diesen Provinzen ferner steht, könnte leicht geneigt sein, daraus auf eine bedeutende Entwicklung des städtischen Elementes zu schließen, zumal wenn ihm etwa die uns eben vorliegende Stiellersche Karte der Ostseeländer zu Gesicht kommt, auf der Kurz-, Liv- und Estland mit Städten fast reicher besät erscheinen, als das angrenzende Ost- und Westpreußen. Doch dies ist eine arge Täuschung. Die zahlreichen ostpreussischen Städte und Städtchen sind doch in der That Mittelpunkte des Bürgerthums, das sich in Handel und Gewerbe, in einem lebendigen und wohlgeordneten Communalwesen geltend macht; was aber auf der Karte unserer Provinzen den gleichen Anschein einer Stadt hat, ist meist nur Poststation oder ein Gutsbof. Erst auf 80 □ Meilen findet sich hier eine Stadt, und sind gleich, namentlich in Livland, viele Städtekeime durch die verheerenden Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts zertrümmert worden, so hat sich dennoch in den letzten anderthalb Jahrhunderten eines ungestörten Friedens kein blühenderes Städtelieben zu entwickeln vermocht, ja die Mehrzahl der vorhandenen Städte, welche die Stürme der Kriegsperiode überdauert haben, schleppt eine eben nur kaum vegetirende Existenz dahin. Die einzige glänzende Ausnahme macht Riga, das, unter allen Städten der Ostsee nur den drei Residenzen Petersburg, Stockholm und Kopenhagen an Einwohnerzahl nachstehend, allein von der Königsbergs erreicht wird, jedoch dieses wie die andern deutschen Ostseehäfen an commercieller Bedeutung weit überragt und durch seinen in nächster Zeit bevorstehenden Anschluß an das europäische Eisenbahnnetz einer noch bedeutenderen Zukunft entgegengeht. Riga schließt fast den vierten Theil der

*) Vor 10 Jahren waren es 107 im Betrage von nahezu 1000 Häfen, also etwa der 7te Theil des ländlichen Grundbesitzes.

deutschen Bevölkerung der Ostseeprovinzen in sich; ein zweites Viertel ist auf Mitau, Reval und Dorpat vertheilt, der Rest in 20 kleinen Städten und auf dem flachen Lande zersplittert.

Gegenüber dieser sporadischen Vertretung des deutschen Elements steht die Grundbevölkerung, wesentlich dieselben Bestandtheile und in derselben geographischen Verbreitung umfassend, wie sie die Deutschen bei ihrer Landung an der Dünamündung vorfanden — Esten im nördlichen, Letten im südlichen Theile dieser Provinzen, $\frac{1}{7}$ der Einwohnerzahl; jene in Estland, auf den Inseln und in der nördlichen Hälfte Livlands, gesellig in Dörfern geschaart, diese, um mehr als 100,000 Köpfe stärker, Kurland und das südliche Livland auf Einzelhöfen bewohnend, bildsameren Naturelles als jene und deutscher Cultur zugänglicher, auf ergiebigerem Boden zuerst als Pächter gestellt, während das Estenvolk noch fast durchgängig das alte Frohneverhältniß zu tragen hat.

Russen, 35,000, finden sich in größerer Ansammlung nur in Riga, wo $\frac{2}{3}$ ihrer Gesamtzahl, vorzugsweise in der Moskauer Vorstadt, sesshaft ist — eine Niederlassung, die weit über die russische Periode hinausreicht. Hier bietet sich, ein einziges Schauspiel in den Ostseeprovinzen, das Bild einer russischen Stadt, um die Zeit der Ostern besonders prägnant in der Romanowka und um „Gorod Kitai“ („Stadt China“, eine Theewirtschaft) hervortretend. Sie gehören meist der arbeitenden Classe an; ein Theil treibt Kramhandel; nur Einzelne zählen in der höheren Kaufmannschaft.

Der jüdischen Bevölkerung, die mit 20,000 Köpfen vielleicht zu gering angegeben wird*), ist gesetzlich der bleibende Aufenthalt nur in Kurland gestattet, und zwar nur insoweit sie bis zum Jahre 1835 daselbst — trotz zahlreicher zu herzoglicher Zeit sie verbannender Landtagsschlüsse — sesshaft geworden. Außerdem hat Livland bei der Grenzregulirung mit dem Herzogthum Kurland i. J. 1783 die in den abgetretenen Gebietstheilen wohnhaften Juden überkommen; und einige Familien sind in Riga seit alters als „Schutzjuden“ geduldet worden. Bisher in gewerblichen, noch mehr in politischen Rechten beschränkt, ist dieser in rascher Zunahme begriffene Bruchtheil der Bevölkerung, zumal in den kleineren kurländischen Städten und Flecken, ein nicht eben fördernder Bestandtheil des Gemeinwesens; sie überschwemmen, trotz der gesetzlichen Verbote, Liv- und Estland, Pferde

*) v. Richter, Geschichte der Ostseeprovinzen I. 45.

feilischend und kurze Waaren verkaufend; offiziell constatirt sich ihre Anwesenheit meist nur in Criminalacten, in denen es sich um Pferdediebstahl, Schmuggelwaaren und Vertrieb falschen Geldes handelt, wenn nicht etwa — wie das leider nicht selten vorkommt — ein todtgeschlagener „Bündelkrämer“ das corpus delicti bildet.

Vergleichen wir nun mit diesen Größen- und Bevölkerungsverhältnissen die Vertheilung des Grundbesitzes.

Sieht man ab von denjenigen Gütern, welche den Ritterschafts-Corporationen dieser Provinzen gehören (6 in Livland, 4 auf Desel, 10 in Estland, 10 in Kurland), sowie von den städtischen Gütern (unter denen nur die Rigas, 13 an der Zahl, von Bedeutung sind und den gesamten Grundbesitz der übrigen Städte weit überragen), ferner von den Pastorats-, Forst- und (in Kurland) den Beamten-Widmen, endlich von den meist kleinen s. g. bürgerlichen Lehen in Kurland — so findet man, daß die große Masse des Grundes und Bodens sich unter dem Adel und der Krone, als Rittergut und als Domaine, vertheilt. Unter ersterem ist in Beziehung auf Kurland, Estland und Desel ausschließlich der Indigenatsadel zu verstehen, der, wie oben erwähnt, hier allein zum Eigenthums-erwerb von Rittergütern berechtigt ist. Die Ausnahme zu Gunsten der estländischen Prediger ist mehr eine Curiosität, als ein ernsthaftes Recht; soviel uns bekannt, ist dasselbe in einer langen Reihe von Jahren nur zwei Mal exercirt worden; und in der That vermögen wir im Gebiete des Rechts kein Analogon zu einem Eigenthumsrechte aufzufinden, das an die Lebens-, ja an die Amtsdauer seines Trägers gebunden wäre, ohne ersteren Falles auf seine Erben überzugehen. Für Livland kommt neben dem Indigenatsadel noch der Erbadel überhaupt in Betracht; indessen ist jener de facto im Besitze von mindestens $\frac{5}{10}$ des privaten Grundes und Bodens.

Die Zahl der Rittergüter in allen 3 Provinzen beläuft sich auf nahezu 2000; davon über 500 in Kurland, etwa $\frac{7}{10}$ des ländlichen Grundbesitzes umfassend, unter ihnen gegen 100 zum großen Theil sehr umfangreiche Familiensfideicommissen; gegen 750 in Livland, etwa $\frac{1}{2}$ des Grundes und Bodens; 86 auf Desel, dem Hafenbetrage nach etwa dem Grundbesitze der Krone auf der Insel gleichkommend; endlich in Estland 570 Güter, so ziemlich das ganze Areal der Provinz in sich begreifend, da die Krone gegenwärtig daselbst keine Domainen mehr besitzt, die städtischen Güter sehr unbedeutend sind und somit neben dem Privatbesitz nur noch die Pastoratswidmen in Betracht kommen.

Die Zahl der Domainengüter in Livland, auf Desel und in Kurland beträgt 327. Ihre geringfügigen Besitzungen in Estland, 7 Güter, hat die Krone i. J. 1859 an die estländische Ritterschaft verkauft. In Livland umfassen die Domainen auf 100 Gütern etwas über 700 Haken, den zehnten Theil des Landes; $\frac{2}{5}$ derselben liegen in den beiden südlichen Kreisen Riga und Wenden, $\frac{3}{5}$ in den beiden nördlichen Dorpat und Pernau. Die Waldungen der Krone in Livland (incl. Desel) nehmen einen Flächenraum von mehr als 200,000 Dessätinen*) ein. Auf Desel sind die Domainen 791 Haken**) groß, in 45 Gütern fast die Hälfte der Insel einnehmend. Die Zahl der Bauerhöfe auf den Domainen in Livland und Desel wird auf 6241 angegeben mit einer männlichen Bevölkerung von 54,000 Köpfen.

In Kurland sind 182 Kronsgüter vorhanden, die $\frac{3}{10}$ des Grundes und Bodens einnehmen. Sie befinden sich vorzugsweise in folgenden Kirchspielen: Selburg (26), Mitau (25), Doblen (23), Frauenburg (18), Grobin (11), Goldingen (10), Bauske (9), Tuckum (9), Alschwangen (8), Eckau (7). Die übrigen 36 Domainengüter liegen in 14 andern Kirchspielen; in 10 Kirchspielen (Dünaburg, Ueberlanz, Ascheraden, Neuenburg, Erwahlten, Ordens-Hafenpoth, Dondangen, Sackenhäusen, Amboten, Gramsden) finden sich keine Besitzlichkeiten der Krone. Die Zahl der Bauerhöfe auf den Domainen beträgt 7181; ihre männliche Bevölkerung 64,000 Köpfe; das Ackerareal der Höfe 31,679 Dessätinen, des Gefüdelandes 99,423 Dessätinen. Die Kronforsten in Kurland haben mehr als den doppelten Umfang der in Livland belegenen.

Jene ganze gewaltige Masse von Rittergütern, Königreichen im Umfange nicht nachstehend, befindet sich nun de jure im ausschließlichen Eigenthum des provinziellen Indigenatsadels, de facto im Besitze einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Familien desselben. Wir haben oben die Quote des Grundbesitzes, der ausnahmsweise in Livland in den Händen

*) 1 Dessätine = 3 Postellen = 4,206 preussischen Morgen.

**) „Der öfselfche Haken wird auf 24 Rbl., der Thaler Landes zu 120 Kop. veranschlagt, wobei die Heuschläge nicht mit eingerechnet sind. Da der livländische Haken mit diesen 80 Thaler und ohne sie 60 Thaler enthält, so verhält sich der öfselfche Haken zum livländischen genau wie 1:3. Bei Pfandbriefdarlehen des Creditvereins werden 2 $\frac{1}{2}$ öfselfche für einen livländischen Haken gerechnet, welcher Maassstab sich dem wahren Verhältnisse des Werthes mehr nähern möchte.“ v. Tiefenhausen, Erste Fortsetzung der Materialien zur Gütergeschichte Livlands, S. 166.

des nicht zum Indigenat gehörenden Adels sich befindet, registriert. Ein zweites in gewissem Sinne hierhergehöriges Ausnahmeverhältniß kann hier nur flüchtig berührt werden — wir meinen die Pfandgüter. Die Pfandbesitzcontracte, in der Regel auf lange Fristen, bis zu 99 Jahren geschlossen, waren in unsern Provinzen seit alters als ein Surrogat des Eigenthums, in Livland meist um dem Adelsretract auszuweichen, üblich gewesen. Gegen einen dem Werthe des Gutes entsprechenden Pfandschilling wurde dasselbe dem Pfandnehmer zur unbeschränktesten Disposition übergeben; der Pfandgeber blieb nur nominell Eigenthümer und hatte das Einlösungsrecht nach Ablauf der Pfandjahre; machten er oder seine Erben es alsdann nicht geltend, so blieb der Pfandbesitz dennoch unverändert bestehen. Selbstverständlich konnten indessen durch derartige private Verträge keine politischen Rechte übertragen werden, welche an persönliche Qualifikationen gebunden waren; dagegen galt in Livland, Estland und Curland, wie auch noch gegenwärtig, die Bestimmung, daß jeder zur Ritterschaft gehörende Pfandbesitzer eines Rittergutes auf den Landtagen mit allen Rechten eines Rittergutseseignthümers erscheinen durfte. „Man benutzte — sagt v. Tiefenhausen in seiner Fortsetzung der v. Hagemeisterschen Gütergeschichte — diese erlaubte Form der Veräußerung mit der ernstlichen Absicht der Nichteinlösung des Pfandes eines theils, damit zum eigenthümlichen Besitze Nichtberechtigte von dem nutzbaren Betriebe der Landwirthschaft nicht ausgeschlossen würden, und das war ein guter Zweck, andernteils aber und vorzüglich, seitdem die Pöschlin auch in Livland gezahlt werden mußte“. Die Einführung der Kreppöschlin in Liv- und Estland — eine Steuer von gegenwärtig 4 Procent bei der Eigenthumsübertragung von Immobilien — fällt, wie wir weiter unten sehen werden, ziemlich genau mit dem Zeitpunkt zusammen, wo das livländische Hofgericht die Eigenthumszuschreibung von Rittergütern an Personen bürgerlichen Standes zu verweigern begann. Es war ein verhängnißvolles Zusammentreffen für den Bürgerstand, daß nun auch der Pfandbesitz, der als ein billiges Ausgleichungsmittel für die vom Eigenthumsbesitz von Landgütern Ausgeschlossenen gelten konnte, wesentliche Beschränkungen erleiden mußte, indem er, von der Staatsregierung damals nicht in seiner Eigenthümlichkeit erkannt, nicht gleich dem Kaufe mit der Bierprocentsteuer belegt wurde (wie es allererst in der Verordnung vom 24. Decbr. 1841 in Beziehung auf langjährige Pfandcontracte geschehen ist). Zur Umgehung jener Steuer wurden nämlich Pfandcontracte statt Kauf-

verträgen, auch zwischen Edelleuten, in dem Maße üblich, daß ein Gesetz von 1802 die Pfandfristen in Liv- und Estland auf 10, darnach (1827) auf nur 3 Jahre beschränkte. Diesen ursprünglich nur zur Wahrung des fisciellen Interesses erlassenen Gesetzen folgte endlich die Verordnung über die Pfandcontracte in den Ostsee-Gouvernements vom 24. Decbr. 1841, welche, mit der Tendenz der Conservirung des Indigenatsadels im Grundbesitz, den Pfandbesitz auf eine ganz neue Rechtsbasis stellte, indem sie ihn ausschließlich als „Sicherung für ein Darlehn“ angesehen wissen wollte und die Compensation der Zinsen des letzteren mit den Einkünften des Immobilien gestattete, somit die römischrechtliche Antichrese dem hier herkömmlichen Pfandbesitzcontracte des deutschen Rechtes substituirt, übrigens die kurze dreijährige Pfandfrist beibehielt.

In Curland — wiewohl hier das ärarische Interesse wegfiel, da diese Provinz von jener Uebertragungssteuer befreit ist — nahmen die Dinge einen ähnlichen Gang. Schon ein Gesetz von 1830 verbot die Verpfändung adeliger Güter auf länger als 10 Jahre. Man bezog indessen diese Verordnung in Curland nicht auf den langjährigen s. g. Erbpfandbesitz, sondern glaubte darin nur Vorschriften für die dort nicht üblichen, dem russischen Rechte eigenthümlichen „Verseckungscontracte“ von Immobilien zur Sicherung eines Darlehns zu erkennen; das Gesetz von 1841 machte jedoch jedem Zweifel hierüber ein Ende.

Wiewohl die „Sicherung eines Darlehns“ auch jetzt niemals die Uebergabe eines Gutes in Pfand veranlaßte, sondern die Pfandcontracte im bürgerlichen Leben materiell nicht anders angesehen wurden als vor der Definition von 1841, daher denn der Pfandschilling regelmäßig dem vollen Werthe des Gutes entsprach, der Pfandgeber auch auf das Einlösungsrecht und die Hyperocha zu verzichten pflegte, so war das Pfandgesetz von 1841 dennoch von eingreifender Wirkung. Ein Fundamentalsatz dieser neuen Verordnung war, daß wenn das Gut nach Ablauf der Pfandzeit vom Pfandgeber nicht eingelöst wurde, es zum öffentlichen Meistbot gestellt werden mußte. Es erklärt sich, daß bei dieser Unsicherheit des Besitzes und den sonstigen in der gegenwärtigen Gesetzgebung den Pfandbesitzern ungünstigen Bestimmungen die Zahl der Pfandcontracte in den Ostseeprovinzen constant im Abnehmen begriffen gewesen ist; ja es wäre zu verwundern, daß überhaupt noch Pfandcontracte über Landgüter abgeschlossen werden, wenn nicht die bedeutende Ansammlung von Capitalien in dem

Bürgerstande dieser Provinzen, seine Intelligenz und seine Tüchtigkeit, die selbst auf die Gefahr schwerer Verluste auch im Landbau Verwerthung finden wollen, diese Thatsache erklärte. Die Zahl der in älterer Zeit auf längere Fristen abgeschlossenen und noch laufenden Pfandcontracte in allen drei Ostseeprovinzen mag sich jetzt kaum auf mehr als 30 belaufen. Sie gehn in den nächsten Decennien zu Ende und tritt alsdann im Fall der Richeinlösung der betreffenden Güter ebenfalls der öffentliche Verkauf derselben ein. Zu diesen Pfandgütern des früheren Rechtes sind endlich in gewissem Sinn noch 19 Güter zu zählen, welche in Kurland in der Zeit zwischen den Gesetzen über die Pfandcontracte von 1830 und 1841 an Personen, die nicht das Indigenat in Kurland hatten, bona fide auf längere Fristen verpfändet worden waren. Hinsichtlich dieser Güter ist im vorigen Jahre die Bestimmung erlassen worden, daß dieselben auf die contractliche Zeit im Besitze der Pfandnehmer und ihrer Erben zu belassen seien, indessen die Cession der Pfandcontracte an andere Personen nur gemäß der Verordnung von 1841 d. h. nur auf 10 Jahre erfolgen könne.

Es wurde oben gesagt, daß der Güterbesitz in den Ostseeprovinzen sich in einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Familien des Indigenatsadels concentrirte. Daß dem so sei, davon wird man sich durch eine Vergleichung der Adelsmatrikeln mit dem güterbesitzlichen Adel leicht überzeugen. Die Adelsmatrikeln unserer Provinzen zählen zwar die recipirten Geschlechter nach vielen hunderten; ein großer Theil derselben ist aber aus den früher angeführten Gründen nur nominell zum Indigenatsadel zu rechnen; eine beträchtliche Zahl anderer Familien ist erloschen, ausgewandert oder seit lange hier nicht mehr besitzlich; so daß, wenn die Schätzung des Indigenatsadels auf 6000 Köpfe beider Geschlechter eine richtige ist, diese Zahl nur in ein paar hundert Geschlechtern vertreten ist, welche die Fülle des Güterbesitzes und der sonstigen Privilegien über sich ausgeschüttet sehen. Und unter diesen Geschlechtern selbst sind viele nur noch in einzelnen Schößlingen, andere dagegen in so zahlreichen Zweigen repräsentirt, daß man bei jedem Güterkauf, bei jeder Aemterbesetzung einem sehr eng geschlossenen Kreise von Namen zu begegnen gewiß sein kann. Der doch nur cum grano salis zu verstehende Ausspruch über die „Zehntausend, welche England regieren“ — in der kleinen Welt unserer Provinzen ist er in der That eine Wahrheit. Es ist eine Oligarchie einer sehr geringen Zahl von Geschlechtern, die über die Ehren und Güter des Lebens auf einem immerhin beträchtlichen Raume der cultivirten Welt gebietet.

Sehen wir nun zu, welchen Gang die Entwicklung eines der wichtigsten und hier besonders in Betracht kommenden Privilegien des Indigenatsadels — des Güterbesitzrechts — in den einzelnen Theilen der Ostseeprovinzen genommen hat.

Für Kurland bestimmte der § 105^{*)} der von polnischer Commission des Jahres 1617 entworfenen „kurländischen Statuten“: „Unadelige und fremde Personen, die nicht das Indigenatsrecht erhalten haben, sollen keine adeligen Güter kaufen und besitzen, bei Verlust der Güter.“ Was unter dem Indigenatsadel damals verstanden worden, ergiebt sich aus dem Punkt III. der gleichzeitig abgeschafften „Regimentsformel“, nämlich auch alle polnischen und litauischen Edelleute, insofern sie mit Landgütern in Kurland angeessen waren. Erst in der unmittelbar folgenden Zeit (1620—34) schloß sich der Adel corporativ enger zusammen, indessen begegnen wir im Ritterbank-Abschiede von 1634, der die Geschlechter des kurländischen Indigenatsadels aufzählt, keinen andern als deutschen Namen; es waren also damals, über zwei Menschenalter seit der Lehnsoberrhoheit Polens, keine polnischen oder litauischen Geschlechter in Kurland ansäßig — während das deutsche Element dieser Provinzen seine friedlichen Eroberungen weit über die politischen Grenzen der Colonie hinaus fortsetzt, wie denn gegenwärtig ein weiter an Kurland gränzender Landstrich Litauens von kurländischen Gutsbesitzern eingenommen ist.

Es hat aber mit diesem Statutenparagraphen eine eigenthümliche Bewandniß. Die verschiedenen Exemplare der Statuten, welche von der Commission an den Herzog, an die Ritterschaft und an das polnische Reichsarchiv gelangten, waren in mehrfacher Beziehung von einander abweichend. So findet sich z. B. weder im herzoglichen noch im polnischen Exemplare die in das ritterschaftliche aufgenommene Bestimmung über den Verlust des Eigenthumsrechts an Bauern, die der Guts Herr in einer Hungersnoth nicht unterstützt habe. Dies war vielleicht nur ein Nachlässigkeitsfehler; anders aber scheint es sich mit dem viel bedeutungsvolleren, den Bürgerstand vom Kauf adeliger Güter ausschließenden § 105 verhalten zu haben. „Die Abfassung der Statuten — sagt v. Richter, Gesch. der Ostseeprovinzen —

*) Homines ignobiles et peregrini, pro indigenis non recepti, Nobilium bona emere et possidere non debent, sub amissione honorum.

war eifertig und bei der Ausfertigung scheint man nicht einmal redlich verfahren zu haben. Der § 105 fehlt sowohl in den piltenischen Statuten als in dem dem Herzog übergebenen und im Reichsarchiv befindlichen Exemplare, und scheint also die Verschiedenheit bei einer so wichtigen Frage nicht auf einem bloßen Versehn zu beruhen. Entweder die Commission wollte den Adel täuschen und ließ das Verbot nur in das eine Exemplar eintragen. Das ist aber bei ihrer Machtvollkommenheit und den vielen dem Adel günstigen Bestimmungen der Regimentsformel nicht wahrscheinlich. Oder Dr. Dreifling veranlaßte die Weglassung der in der Urschrift stehenden Clausel aus den nicht für den Adel bestimmten Exemplaren durch Bestechung des Abschreibers, oder endlich der Adel bewirkte durch ein ähnliches Mittel die Hinzufügung einer Bestimmung, die in der Urschrift nicht stand. Nur die Einsicht der Letztern könnte hier entscheiden; sie ist aber verloren gegangen.“ Das kurländische Oberhofgericht sprach sich denn auch in einem Apellationsurtheile wegen des Gutes Linden vom 10. Januar 1618 dahin aus: „daß das von dem Richter erster Instanz angezogene Fundament, als wenn die Plebeji keine adeligen Güter besitzen sollten, keine Statt haben kann, in dem Statutum in dem Exemplar, so Ihr Fürstl. Durchl. von den Königl. Herren Commissarien übergeben, nicht zu befinden.“ Damit hatte denn der oberste Justizhof Kurlands zugleich erklärt, daß ein anderes Gesetz, außer jenem apokryphen §, nicht existire, welches den Bürgerstand vom Landgüterbesitz ausschloß. Auch die königliche Bestätigung der Statuten erfolgte nicht. Johann Casimir eröffnete den kurländischen Städten am 12. Februar 1649*): „Da die Städte und der Bürgerstand den öffentlichen Lasten und den sanctionirten Gesetzen und Statuten unterlägen, so sei es auch gerecht, daß die Gesetze und Statuten mit ihrem Wissen und ihrer Zustimmung erlassen würden. Woher Königl. Majestät hierdurch Allernädigst erkläre, Sie werde jene ohne die Städte

*) Ziegenhorn, Kurl. Staatsrecht Beilage N. 169. — — „Cum civitates et ordo civicus publicis oneribus et sanctis legibus et statutis subjacere debeant, justum etiam est, ut quoque cum ipsorum scitu et consensu leges et statuta condantur. Quin et S. R. Majestas hisce clementissime declarat, se corpus istud statutorum omnis civitatibus et ordine civico isthic concinnatum, ante non confirmaturam esse, quam et memoratae civitates ordoque civicus per suos deputatos ad ipsorum relectionem et revisionem personaliter admissi in eodem consenserint.

Ueber die Bedeutung von „concinnare“ giebt die l. 3. C. de apostatis (l. 7.) Aufschluß . . . tueri ea, quae sunt commentitia et concinnata, non possunt.

und den Bürgerstand „concinnirten“ Statuten nicht früher bestätigen, als bis die Städte und der Bürgerstand durch ihre Deputirten zu deren Revision persönlich zugelassen seien und ihre Zustimmung erklärt hätten.“ Trotz alledem kamen die Statuten durch die Praxis in Gebrauch und Ansehn; und auch der berühmte § 105 derselben hat seit mehr als 200 Jahren in ununterbrochener Wirksamkeit bestanden. Man braucht keinesweges ein Anhänger der modernen Doctrin von den faits accomplis zu sein, sondern es bedarf nur einigen historischen Sinnes, um die ganze Bedeutung anzuerkennen, welche in jener Thatfache liegt. Ex facto oritur jus. Mit der sentimentalen Phrase: Tausend Jahre Unrecht geben nicht eine Minute Recht — reicht man weder im Völkerverleben noch in dem der Individuen aus. Wenn, was seit Jahrhunderten im Lande in praktischer Uebung gewesen war, bei der Codification des Provinzialrechts unverändert beibehalten wurde, so lag darin eben nur der formelle Ausdruck für das materiell bereits entstandene Recht.

Anders in Livland. Wenn es noch vor zwei Jahrzehnten öffentlich bestritten werden konnte, daß die rigaschen Bürger vor der Unterwerfung Livlands unter das russische Scepter das Recht, adelige Güter zum Eigenthum zu erwerben, bejessen hätten, so erscheint dieser Streit jetzt als ein müßiger, nachdem die in der kaiserlichen Kanzlei redigirte „Geschichtliche Uebersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostsee-Gouvernements“ Th. II. S. 111 und 121 die Existenz dieses Rechts mit dürren Worten constatirt hat. Wohl könnte es wunder nehmen, daß in einem Lande, welches mit seinem „historischen Sinne“ zu coquettiren liebt, überhaupt ein derartiger Streit habe geführt werden können, wohl könnte es Staunen erregen, daß von derselben Seite den betreffenden Gnaden-Urkunden Stephan Bathory's von 1581 und Gustav Adolf's von 1621 nicht dasjenige Gewicht hat beigelegt werden wollen, welches dem um nichts vorzüglicheren Privilegium Sigismund August's von 1561 vindicirt wird*);

*) Formell haben jene beiden Urkunden sogar noch einen Vorzug vor dem Privilegium S. A.; denn sie existiren noch beide im Original, während die Urschrift des Letztern bekanntlich abhanden gekommen und dies Moment späterhin von der schwedischen Regierung bei der Reduction benutzt wurde, die Nichtigkeit des Privilegiums anzustreiten. Die russische Regierung hat dasselbe — die Magna Charta dieser Provinzen, wie sie als die Basis aller späteren Capitulationen nach Auflösung des Ordensstaates mit Recht genannt worden ist (s. „Die Eroberung Livlands im Jahre 1710“ von G. Baron Tiefenhausen) — sans phrase, wenn gleich unter der „clausula Majestatis“, anerkannt. Namentlicher Ukas vom 30. Septbr. 1710.

der weitere Verlauf dieser Untersuchung wird es indessen klar vor Augen stellen, welche Wirrungen das einmalige Verlassen des Rechtsbodens zur Folge haben mußte.

Wir stehen nicht an, als ein solches Verlassen des Rechtsbodens den Punkt 19 der Capitulation der livländischen Ritterschaft vom 4. Juli 1710 zu bezeichnen.

Werfen wir einen Blick auf die politische Lage der Dinge in Livland, unter der diese Capitulation zu Stande kam.

Die wohlberechtigten Protestationen des livländischen Adels gegen die von der schwedischen Regierung unternommene Güterreduction hatten im Jahre 1694 die Aufhebung des verfassungsmäßigen Organs der Ritterschaft, des Landraths-Collegiums, zur Folge gehabt; indessen waren sowohl die Landtage wie das Amt eines Ritterschaftshauptmanns (Landmarschalls) beibehalten worden; auf den Landtagen aber sollten nur die mit Erbgütern angefahrenen Edelleute stimmberechtigt sein und der Ritterschaftshauptmann vom General-Gouverneur ernannt werden. 1697 wurde der erste Landtag nach der neuen Form abgehalten und der „verhaftete“ ehemalige Landmarschall Georg von Ungern-Sternberg — ein Mann, der wenige Jahre früher durch Wahl des Adels zur Vertretung der Landesinteressen berufen, sich darnach willig zum Werkzeuge der schwedischen Regierung hergegeben hatte und sich nun nicht entblödete, den Landtag von 1693 ein „Unwesen“ zu nennen *) — zum Ritterschaftshauptmann ernannt. Es hat nie und nirgend an Personen gefehlt, die sich zu gefügigen Dienern des Despotismus gemacht haben, auch unter denen nicht, die ihrer politischen Stellung nach zum Widerstande gegen die Gewalt berufen sind. Ce sont les esclaves qui font les tyrans.

Der folgende Landtag wurde i. J. 1700 in Riga, unter Zugiehung von Delegirten der Geistlichkeit und der Städte, abgehalten; der eben beginnende nordische Krieg machte die Beschaffung von Kriegsmitteln nothwendig. Es war dies der letzte Landtag unter der schwedischen Herrschaft. Das Kriegsgetümmel, das während der folgenden zehn Jahre Livland erfüllte, machte jede Arbeit des Friedens unmöglich. Im Herbst des Jahres 1709 begann, nachdem Karl's Stern bei Poltawa untergegangen war, die Belagerung Rigas. Dorthin hatte sich ein großer Theil des Adels — über 150 Familien — vor den das flache Land überschwemmenden russischen

*) v. Richter, Geschichte etc. (Th. II. B. II. S. 169.)

Heeren geflüchtet. Außer Riga war nur noch Pernau der einzige feste Punkt, der sich in schwedischen Händen befand. Auch dort hatte ein Theil des Adels Schutz gesucht; die Stadt ergab sich den russischen Waffen 4 Wochen später als Riga nach kurzer Gegenwehr. Mit Rigas Fall war das Schicksal des ganzen Landes entschieden. Die Belagerung dieser starken Festung, unter Peter's eigener Leitung begonnen, zog sich bis tief in das Jahr 1710 hinein. Der Kaiser hatte bei Anbruch des Winters das Heer verlassen und die Weiterführung der Belagerung dem Feldmarschall Scheremetjew übergeben. Ein wiederholtes furchtbares Bombardement, Pest und Hungersnoth zwangen endlich die Stadt zur Capitulation. In drei gesonderten Verträgen wurde diese abgeschlossen: am 3. Juli die Militair-Capitulation seitens des schwedischen General-Gouverneurs Grafen Strömberg, am folgenden Tage seitens der livländischen Ritter- und Landschaft und seitens der Stadt Riga. Daß die schwedische Besatzung eine besondere Capitulation für sich abschloß, lag in der Natur der Sache; daß aber die Stände des Landes nicht in einem gemeinsamen Vertrage mit dem Eroberer pacificirten, war, wenn auch durch den bestehenden Antagonismus zwischen Adel und Bürgerstand erklärlich, ein schwerer politischer Fehler, der den Keim zu fortgesetzten Mißhelligkeiten zwischen den Ständen legte, die sich bis in die Gegenwart hineingezogen haben. Die nach Riga geflüchteten adeligen Familien — eine sehr unfreiwillige „Versammlung“, wie sie gleichwohl genannt worden *) — hatten den Obrist-Lieutenant Georg von Tiesenhausen zum Landmarschall gewählt und ermächtigten ihn, mit einigen von ihm selbst zu wählenden Edelleuten die Capitulationspunkte zu berathen. Es kann begreiflich hier nicht die Absicht sein, die Legitimation der in Riga gerade anwesenden Edelleute zur Wahl eines Landmarschalls und die Berechtigung des letzteren zum Abschluß der Capitulation Namens der Ritter- und Landschaft zu bemängeln; denn wie wohl nach der bestehenden Verfassung (auch vor der „Gnädigen Ordnung“ von 1694) nur besitzliche Edelleute stimmberechtigt auf den Landtagen und zur Wahl eines Landmarschalls waren **), und es durchaus nicht nachweislich ist, wie viel Stimmberechtigte sich unter den nach Riga geflüchteten adeligen Familien befunden haben, wiewohl ferner die zahlreichen nach Pernau

*) „Die Eroberung Livlands etc. von G. Baron Tiesenhausen. Riga 1856.“

**) Wie oben erwähnt, ernannte seit 1694 der General-Gouverneur den Landmarschall. Der Drang der Umstände nöthigte Strömberg, zu Anfang des Jahres 1710 der Ritterschaft dies Recht wieder zuzugestehen.

und Desel geflüchteten, sowie die in gesünderen Gegenden auf ihren Gütern zurückgebliebenen livländischen Edelleute factisch von jeder Betheiligung an den Beschlüssen über ihre wichtigsten Interessen in diesem Augenblicke ausgeschlossen waren; so rechtfertigt es sich doch gewiß vollständig durch den Drang und die Außerordentlichkeit der Umstände, wenn der Theil des Adels, der in der Lage war zu handeln, für den ganzen Stand handelnd auftrat. Und man wird Tiesenhausen und seinen selbstgewählten Beiräthen gern das Verdienst zugestehn, daß sie das patriotische Werk der Wahrung des Landes in seinen theuersten Besitzthümern — seiner Kirche, seinem Recht und seiner deutschen Eigenthümlichkeit — mit Muth und Umsicht in der Capitulation durchgeführt haben. Auf diese Gesichtspunkte hatte sich ihre Mission, zu der sie durch die augenblickliche Lage der Dinge berufen waren, zu beschränken; sie gingen aber über dieselbe hinaus, ja es war — grad heraus gesagt — illoyal, wenn sie a tergo des mitpacisirenden Standes, der Stadt Riga als „Metropolis der Provinz“ (§ 9 der Capitulation derselben), dem livländischen Adel Privilegien stipuliren ließen, durch welche ein sehr wichtiges und seit mehr als einem Jahrhundert unbestrittenes Recht der Rigaschen Bürger aufgehoben werden sollte. Dies ist aber durch den Punkt 19 der Accord-Punkte der livländischen Ritter- und Landschaft vom 4. Juli 1710 geschehen, welcher lautet:

„Die adeligen Güter sollen in Zukunft nur von livländischen Edelleuten gekauft werden dürfen und diese die vorhin verkauften Güter einzulösen befugt sein.“

Wohl mochten die Unterhändler der Ritterschaft für berechtigt erachtet werden, nicht allein die Verfassungs- und Rechtszustände des Landes, wie sie im Augenblick der Unterwerfung bestanden, garantiren, sondern sich auch die Zusicherung geben zu lassen, daß, was dem althergebrachten Rechte zuwider in der letzten Zeit trotz den Protestationen der Stände von der schwedischen Regierung durchgeführt worden war, also namentlich die Reduction und die in Folge derselben geschehene Aufhebung des „Landesstaats“, wieder rückgängig gemacht werden solle; aber diesen Rechtsboden hatten sie unzweifelhaft verlassen, als sie im Punkt 19 eine Bestimmung in die Capitulation brachten, welche einem ihren bürgerlichen Stammesgenossen seit 130 Jahren zustehenden, diesen von den Königen Polens und Schwedens verbrieften und von der Ritterschaft nie bestrittenen noch bestreitbaren Rechte schnurstracks entgegenlief. Wo war da der Sinn für das historische Recht ge-

blieben, in welchem die livländische Ritterschaft noch vor wenigen Jahren sich so standhaft in Stockholm vertheidigt hatte? Und gab es überhaupt noch ein historisches Recht, wenn das der Bürger Rigas auf den Güterbesitz in Livland von einem Mitstande einfach weggewischt wurde? Tiesenhausen und seine Beiräthe waren dessen uneingedenk gewesen, daß es das edle Vorrecht des ersten Standes ist, für die Rechte jedes andern Standes, der gleich ihm zum Organismus des Ganzen gehört, mit der Macht seines Ansehens einzutreten, daß die Achtung fremden Rechtes stets ein Kennzeichen des Volkes gewesen war, dem sie sich durch Abstammung, Sprache und Recht angehörig wußten. In engherziger Verfolgung einseitiger Standesinteressen geriethen sie auf das Gebiet des Unrechts und säeten eine Saat aus, welche in der inneren Geschichte Livlands bis auf den heutigen Tag ihre herben Früchte getragen hat.

Und wie stand Scheremetjew, der andere pacisirende Theil, zur Sache? Peter hatte ihm die Belagerung und, wo möglich, Eroberung Rigas, dieses wichtigsten Waffenplatzes an der Ostsee, aufgetragen. Welchen Umfanges seine Vollmacht für den Fall der Eroberung gewesen, darauf lassen sich nur allgemeine Schlüsse aus den auf die Accordpunkte gegebenen Resolutionen ziehen. Sie weisen darauf hin, daß dem Feinde goldne Brücken gebaut und die neuquerverbundenen Unterthanen durch das Zugeständniß alles dessen, was sie als ihre theuersten Güter besaßen und werth hielten, von vorn herein gewonnen werden sollten. Dagegen deutet der Umstand, daß Scheremetjew alle in den Accordpunkten enthaltenen Desiderien, welche über die Conservation des Bestehenden hinausgingen, mit Aengstlichkeit der Entscheidung des Kaisers vorbehielt (§§ 9. 10. 13. 14. 16. 18. 20. 21) — unzweifelhaft darauf hin, daß ihm von diesem keinesweges *carte blanche* erteilt worden war. Am allerwenigsten konnte es die Aufgabe dieses russischen Generals sein, das Privatrecht dieses Landes einer Revision zu unterziehen und den Rechtsverhältnissen der Bewohner desselben unter einander in einer der wichtigsten Beziehungen eine neue Basis zu geben, bei welcher der eine Theil Alles gewinnen, der andere Alles verlieren sollte; am allerwenigsten konnte dies seine Absicht sein in einem Augenblicke, wo das Loos des in der Stadt concentrirten Landes weniger von der Haltung der dahin geflüchteten adeligen Familien, als von der der Bürgerschaft abhing — einer Bürgerschaft, deren Muth die Schweden im Jahre 1621, wie die Russen bei der Belagerung von 1656 erfahren hatten.

Neuere wie innere Gründe lassen kaum einen Zweifel darüber übrig,

einerseits, daß die Stadt Riga keine Kenntniß vom Inhalt der ritterschaftlichen Capitulation erhalten hat, andererseits, daß Scheremetjew sich der Tragweite dessen im mindesten nicht bewußt gewesen ist, als er auf den verfassungswidrigen Art. 19. die vorbehaltlose Resolution ertheilte: „Wird ratihabirt.“ Wäre die ritterschaftliche Capitulation der Stadt mitgetheilt worden, so würde sich diese gegen den Punkt 19 derselben unzweifelhaft auf ihr gutes Recht berufen und dadurch einfach die sofortige Beseitigung jener Prätenſion oder wenigstens die Verweisung derselben an die Entscheidung des Kaisers veranlaßt haben. Scheremetjew dagegen scheint dem Punkt 19 gegenüber vollkommen naiv gewesen zu sein. Während er viele verhältnißmäßig weit unwesentlichere Punkte der Capitulation der Entscheidung des Zaren vorbehält, ertheilt er dem Punkt 19 — der einzigen, völlig neuen privatrechtlichen Norm in diesem Staatsvertrage — seine bedingungslose Ratihabition, so daß derselbe bei der Resolution des Zaren vom 12. Oct. dess. J. auf die seiner Entscheidung vorbehaltenen ritterschaftlichen Accordpunkte gar nicht weiter zur Sprache kommt. Die Annahme liegt nicht außer den Grenzen der Wahrscheinlichkeit, daß Scheremetjew — in demselben Irrthum befangen, der den später zu erwähnenden Senats-Ukas vom 16. März 1789 so verhängnißvoll machte — an dem Punkt 19 keinen Anstoß genommen, weil nach den ihm geläufigen Vorstellungen in Rußland nur Edelleute zum Eigenthumserwerb von Landgütern mit Bauern berechtigt waren und er in Livland analoge Rechtsverhältnisse voraussetzen mochte. Wunderſam bleibt es aber dann immer, wie er in einem Athem (Punkt 7 der Capitulation der Stadt Riga von demselben Datum) den Bürgern und Einwohnern „ihre Landgüter, Privilegien und Rechte in der Stadt und in den Kreisen“ ebenso vorbehaltlos garantiren mochte.

Wir haben den Ausdruck des russischen Originals „majetnoſti“ hier mit „Landgüter“ wiedergegeben, weil diese Bezeichnung in der ganzen Capitulation durchgängig wiederkehrt, wo überhaupt von Landgütern (adeligen, Kron-, Pfandgütern u. s. w.) die Rede ist; wir stimmen daher nicht ganz mit v. Bunge*) überein, wenn er zwar die Behauptung, es seien in der städtischen Capitulation unter dem Worte „majetnoſti“ Pfandgüter zu verstehen, zurückweist, indessen unter dieser Bezeichnung nur Lehn- oder Rittergüter verstanden wissen will. Und ferner, wurden die Privilegien der rigaschen Bürger „in der Stadt und in den Kreisen“ bestätigt, so gehörte

*) Liv- und estl. Privatrecht § 117 not. k.

doch zu den vornehmsten derselben das ihnen von Stephan Bathory, Gustav Adolf und der vormundschaftlichen Regierung während der Minderjährigkeit Carl's XI. verbriefte Recht des Eigenthumserwerbes von Rittergütern. Wollte man aber sogar annehmen, Scheremetjew habe bei Genehmhaltung des Punktes 19 der ritterschaftlichen Capitulation im vollen Bewußtsein dessen gehandelt, daß hierdurch ein neues Recht geschaffen werde — worauf der Ausdruck: „in Zukunft sollen“ u. s. w. schließen läßt; so stößt man doch sofort auf einen neuen Widerspruch zwischen den der Ritterschaft und der Stadt Riga gemachten Zugeständnissen. Heißt es im Punkt 19: „Forthin sollen nur livländische Edelleute adelige Güter in Livland kaufen dürfen“; so verträgt sich damit allenfalls noch — wenn man von der allgemein gehaltenen Bestätigung der „Privilegien“ der rigaschen Bürger absehen will — die Bestimmung im Punkt 7 der Capitulation der Stadt Riga, daß die Bürger bei ihren Landgütern conservirt werden sollen, also etwa, daß sie hinfort keine Rittergüter mehr sollten kaufen dürfen, wer aber solche erworben habe, in seinem Besitze nicht gestört werden solle. Da fährt nun aber der Punkt 19 der rittersch. Capitulation fort: „und welche Güter dem entgegen bereits verkauft worden, die solle der livländische Adel einzulösen befugt sein“. Wie sich das mit der Aufrechterhaltung des status quo in Beziehung auf den Güterbesitz der rigaschen Bürger habe vereinigen lassen sollen — dazu bedarf es in der That einer höhern Erleuchtung.

Wir sehen, der Punkt 19. der rittersch. Capitulation steht überall auf einem gänzlich durchlöcherten Boden. Mag, wer den Muth dazu hat, es zu rechtfertigen versuchen, daß die Delegirten des Adels diesen Punkt in die Capitulation brachten — eine Entschuldigung liegt vielleicht in der damaligen desolaten Lage des Adels. Er war durch die Reduction gänzlich ruinirt worden. Im Jahre 1690 war der Umfang der Privatgüter etwa so groß wie gegenwärtig der der Domainen. Von der gesammten, damals durch eine Erhöhung des Anslages der Bauerländereien auf 6236 Haken gesteigerten Hakenzahl waren nur 1021 im Eigenthum des Adels geblieben. In diesen wenigstens mochten die Delegirten den livländischen Adel conservirt sehn wollen, wenn überhaupt von einem solchen fernerhin als von einem bestimmenden Factor im Staatsorganismus sollte die Rede sein können; denn die Restitution gegen die Reduction stand damals noch in unbestimmter Ferne, und wenigleich in den Universalien wie im Punkt 15 der rittersch. Capitulation hierauf in allgemein gehaltenen Ausdrücken hingewiesen und ebenso allgemein gehaltene

Zusagen erlangt worden waren, so war der Erfolg im Einzelnen doch noch ein höchst ungewisser und zweifelhafter.

Zur richtigen Würdigung des vielerwähnten Punktes 19 der ritterschaftlichen Capitulation muß, scheint es uns, ein besonderes Gewicht darauf gelegt werden, daß in den Resolutionen auf die Accordpunkte nicht Acte der von einem unbeschränkten Monarchen gegenüber seinen Unterthanen geübten gesetzgebenden Gewalt zu erblicken sind, sondern daß vielmehr die Capitulationen der Ritterschaft und der Stadt die Natur eines Staatsvertrages an sich haben, der zwischen einem fremden Monarchen und den Ständen eines Landes abgeschlossen worden, das in dem Staate, mit welchem jener Monarch sich im Kriege befand, eine gewisse Selbstständigkeit besaß, indem es nur durch eine Personal-Union mit demselben verbunden war. Es war daher auch nur ein Provisorium, das hier zu Stande gebracht werden konnte, da die Einwilligung des Staatsoberhauptes in die Abtretung der Provinzen an den Eroberer — die ja überhaupt erst in dem dereinstigen Friedensvertrage ausgesprochen werden konnte — nicht vorlag und der Fall, daß diese Provinzen beim Abschluß des Friedens bei Schweden bleiben würden, sogar ausdrücklich vorgesehen wurde. (Punkt 30 der ritterschaftlichen Capitulation). Darnach hatte sich denn die Capitulation auf die Feststellung des Verhältnisses zu dem factischen neuen Oberherrn zu beschränken, und mochte dieser sich immerhin zu Concessionen auf Kosten der Staatsgewalt herbeilassen, die bei der bisherigen Regierung nicht zu erlangen gewesen waren; nicht aber konnten in diesen Verträgen Rechtsverhältnisse der neuen Unterthanen zur Sprache kommen, welche in das bestehende Privatrecht eingriffen und dasselbe auf Kosten des einen der capitulirenden Stände zu Gunsten des andern alterirten, ohne daß der beeinträchtigte Theil einmal davon Kenntniß erlangt hatte, was ihm drohte. Die Grundlagen des provinziellen Lebens in Kirche, Recht, Sprache und Cultur zu conserviren — das war die Aufgabe der Livländer im kritischen Juli des Jahres 1710. Mit ungemischter Freude könnte der Provinziale auf die Lösung dieser Aufgabe durch seine Väter zurückblicken, wenn nicht nach einer Richtung der Stand, der sich vorzugsweise zum Träger der conservativen Idee berufen hält, dieser seiner Aufgabe hier so gänzlich uneingedenk gewesen wäre.

Das damals erstrebte Ziel ist nicht erreicht worden. Sind gleich die Accordpunkte vom 4. Juli 1710 noch heutigen Tages die theuerwerthen Grundlagen alles provinziellen Lebens in Livland — der Punkt 19 der

ritterschaftlichen Capitulation ist in seinem Schwerpunkte von keinem der Regenten Rußlands anerkannt worden.

Weder ist der Bürgerstand, so lange unter „livländischem Adel“ aller in Livland ansässige Adel verstanden wurde — wie dies zur Zeit der Capitulation von 1710 der Fall war — irgend in seinem Güterbesitzrechte beeinträchtigt worden, noch ist, nachdem der in Livland güterbesitzliche Adel sich (1747) in der Matrifel zusammenschloß und nun der Begriff des „livländischen Adels“ sich verengerte, dem nicht-livländischen Adel jemals das Güterbesitzrecht entzogen worden. Dem Bürgerstande ist aber dieses Recht, wie wir sehn werden, erst in unsern Tagen (1845) durch einen Act der gesetzgebenden Gewalt genommen worden.

Der Grund jener Nichtanerkennung liegt auf der Hand. Peter wie seine Nachfolger konnten darüber nicht im Zweifel sein, daß Scheremetjew hier etwas zugestanden hatte, was den wohl erworbenen Rechten Dritter zuwiderlief, daß das ertheilte Privilegium somit eine absolute Schranke erhalten habe, die bei jeder Verleihung stillschweigend verstanden wird — ein Rechtsatz, der nicht erst aus dem gemeinen Recht erwiesen zu werden braucht*). Wie der Kaiser entschieden hätte, wenn ihm die Resolution auf den Punkt 19 vorbehalten worden wäre, darauf läßt der Kamentliche Ukas vom 28. November 1713 in unzweideutiger Weise schließen. Der Kaiser garantirt in demselben den Bürgern Dorpats den überkommenen und durch Gnadenbriefe nachweislichen Landgüterbesitz**) auch für die Zukunft; ebenso sollen sie zur Arrende der Kron Güter zugelassen werden. Wir werden sehn, daß der berufene Punkt 19 denn auch schließlich in der Codification des Provinzialrechts (1845) seinem wesentlichen Inhalte nach unberücksichtigt geblieben ist und durch welche eigenthümliche Complication von Umständen diejenigen Bestimmungen in dessen Stelle gesetzt worden, die wir oben angeführt haben.

*) 1. 3. 1. 7. C. de precibus Imperatori offerendis et de quibus rebus supplicare liceat, vel non. (I. 19). — 1. ult. C. si contra jus vel utilitatem publicam vel per mendacium fuerit aliquid postulatum vel imperatum. (I. 22). — 1. 2 § 16. D. (43. 8). — Walscapitulation Art. XV. § 3. — Schmid, Staatsrecht § 67.

**) Der hier für Landgüter gebrauchte Ausdruck ist nicht, wie in der Capitulation von 1710, маенности, sondern мызы, unzweifelhaft aber identisch mit dem ersteren, da die Kron Güter, welche in der Capitulation von 1710 mit den Ausdrücken: „государственные, домашние oder коронные маенности“ bezeichnet werden, hier, in wortgetreuer Uebersetzung der noch jetzt in Livland gebräuchlichen Bezeichnung „publique Güter“ публичные мызы genannt werden.

Versolgen wir die Schicksale des Punkts 19 weiter.

Am 12 October 1710 ertheilte Peter seine Resolutionen auf die in den Capitulationen seiner Entscheidung vorbehaltenen Punkte, gleichzeitig alles, was Scheremetjew mit dem Adel und der Stadt accordirt hatte, ratifizirend. Wir haben bereits oben erwähnt, daß der Punkt 19 nicht zu der speciellen Entscheidung des Kaisers gelangte; ebensowenig geschah dies mit dem ihm widersprechenden Punkt 7 der Capitulation der Stadt Riga. Man war also damit nicht um einen Schritt weiter gekommen.

Am 28 September des folgenden Jahres ertheilte der Baron Löwenwolde der livländischen Ritterschaft auf deren Gesuch in Betreff des Güterbesitzrechts zur Resolution:

„daß, da gemäß den wohlervorbenen und bei der jetzigen Veränderung der Herrschaft von Sr. Zarischen Majestät bestätigten Privilegien der Ritterschaft sie allein das Recht habe, adelige Güter in Livland zu kaufen, in Kraft des 19. Punkts der Capitulation alle Bürger, welche in früherer Zeit adelige Güter gekauft, verpflichtet sein sollten, dieselben den Adelligen für den Kaufpreis und alles, was dazu gezahlt wird, abzugeben“.

Der Baron Löwenwolde war vom Kaiser, Inhalts des Punkts 5 der ebenerwähnten Resolution vom 12. October 1711, mit dem Auftrage nach Livland geschickt worden, die zugesagte Wiederherstellung des s. g. Landesstaats d. h. der ritterschaftlichen Verfassung wie sie vor der „Gnädigen Ordnung“ von 1694 bestanden hatte, ins Werk zu richten. Er hatte also ein durch diese Resolution engumschriebenes Mandat. Die „Gnädige Ordnung“ hatte im Güterbesitzrecht nicht die mindeste Aenderung getroffen; das Güterbesitzrecht und die innere Verfassung der Ritterschaft waren zwei gänzlich heterogene Dinge. Davon indessen abgesehen — Löwenwolde giebt in seiner Resolution nichts Neues. Ob die Ritterschaft ein ausschließliches, wohlervorbenes Anrecht auf die adeligen Güter in Livland hatte, ob dasselbe vom Kaiser bestätigt worden — darüber möge sich ein Jeder sein Urtheil nach dem Vorgeführten bilden. Wir sind in der That nicht im Stande, in der Resolution Löwenwolde's mehr zu erblicken, als die Aeußerung einer wohlwollenden Privatmeinung für seine Standesgenossen, die ihn unmittelbar nach der Capitulation als ihren Abgeordneten nach Petersburg delegirt hatten*), und wagen es zu bezweifeln, ob in dem weiter

*) v. Richter a. a. O. II. 2. S. 321.

unten zu beleuchtenden Streite zwischen der Ritterschaft und der Landchaft der General-Gouverneur Graf Browne in seiner Entscheidung unter den „zwei Privilegien, auf welche die Ritterschaft sich gestützt“, auch die Löwenwolde'sche Resolution verstanden habe (wie dies in der „Geschichtlichen Uebersicht der Grundlagen zc. des Provinzialrechts“ Th. II. S. 140, Anmerkung, vermuthet wird*); vielmehr halten wir es für wahrscheinlicher, daß die Ritterschaft sich bei jenen Streitigkeiten, die sich übrigens nur auf das Näherrecht des livländischen Adels an adeligen Landgütern bezogen, neben dem Punkt 19 der Capitulation auf die Resolution der Kaiserin Catharina I. vom 24. September 1725 berufen habe, Inhalts deren dem Adel bei der Arrende von Domainen und dem Ankauf von adeligen Gütern der „Vorzug“ vor den Bürgern eingeräumt worden war.

Die Ritterschaft setzte indessen ihre Bemühungen, den Punkt 19 ihrer Capitulation bei der Staatsregierung zur Anerkennung zu bringen, während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit Beharrlichkeit fort, jedoch ohne Erfolg. Die hierauf abzielende Supplik des livländischen Landraths-Collegiums an den dirigirenden Senat vom Jahre 1741 hatte, auf Remonstration des Rigaschen Rath's, nur die Folge, daß dem Reichs-Justiz-Collegio die „Untersuchung“ der beiderseitigen Privilegien aufgetragen wurde, ohne daß die Sache indessen dadurch zum Abschluß gedieh. Sie nahm vielmehr erst ein halbes Jahrhundert später eine ganz unerwartete, beiden Theilen ungewisselhaft gleich überraschende Wendung.

So wenig es nun gelang, die Sache bei der Staatsregierung durchzusetzen, ebensowenig fand der Punkt 19 im bürgerlichen und Rechtsleben der Provinz selbst Beachtung. Nach wie vor gingen adelige Güter häufig durch Kauf an Bürgerliche, und zwar nicht allein an Rigasche Bürger, sondern auch an Bürger anderer Städte des Landes und überhaupt an Personen, die nicht von Adel waren, über. Riga galt eben als die Vertreterin des Bürgerstandes, und a potiori sit denominatio. Zudem war in den Constitutiones Livoniae vom 4. December 1582 im Allgemeinen den Bürgern das Recht verliehen, Landgüter zu kaufen, und dies war von der schwedischen Regierung bestätigt worden, die dabei nur den Grundsatz der Erwerbunsfähigkeit der „Fremden“ aussprach**).

*) Sie findet sich nicht in der Sammlung der Reichsgesetze, wie sie denn auch in v. Bunge's „Chronologischem Repetitorium zc.“ wohlbedächtig weggelassen worden ist.

**) v. Bunge, liv- und estländisches Privatrecht § 117.

Auch die Behörden nahmen nicht den mindesten Anstand, derartige Verkäufe als vollkommen rechtsgültig zu betrachten. Schlagen wir die v. Sagemester'schen „Materialien zu einer Geschichte der Landgüter Livlands“ auf. Der Verfasser sagt vorsichtig in der Vorrede: „Ob ein Gut als Erb- oder Pfandgut entstanden sei, habe ich selten genug bezeichnet. Diese Unterlassung geschah absichtlich, weil ich durch meine Arbeit keine Veranlassung zu möglichen Streitigkeiten geben wollte“. Gleichwohl finden sich in seiner sorgfältigen Compilation eine große Menge von Fällen aus der Zeit zwischen den Jahren 1710 und 1789 *) aufgeführt, in denen adelige Güter von Personen zum Eigenthum erworben worden, die nicht süglich einem andern als dem Bürgerstande angehört haben können. Wenigstens lassen die ihnen gegebenen Qualificationen und was sonst über die betreffenden Familien bekannt ist, kaum erwarten, daß wir uns bei den nachfolgenden Exemplificationen in dem einen oder dem andern Falle geirrt haben sollten **). Hier folgen sie:

Pawassern und Frankendorf wurden 1786 vom Altermann Raawe gekauft. Dies ist der Fall, welcher, wie wir sehn werden, eine so bedeutsame Rolle in der vorliegenden Frage zu spielen bestimmt war.

Das Erbrecht an Lambertshof oder Kleistshof wurde 1754 von dem Obristen von Tielau auf den damaligen Pfandinhaber, Bürgermeister Andreac, übertragen.

Lohfeldshof wurde 1723 an den Pastor Willebrandt verkauft.

Bellenhof wurde 1776 an Daniel Stubendorf verkauft.

Auch Hinzenberg mit Wangasch scheint hierher zu gehören. 1787 „cedirte“ die Capitainin von Essen diese Güter an den Georg Kenny, dessen Wittve dieselben dem J. F. Wilpert „verpfändete“.

Taurup wurde 1766 von dem Bürgermeister Barber im Meistbot erstanden.

Waidau wurde 1783 dem Ältesten Eberhard Bewell verkauft.

*) Aus welchem Grunde hier dieser terminus ad quem angenommen worden, wird aus der ferneren Darlegung erhellen.

**) Verkäufe von adeligen Gütern an Personen, die zweifellos den Reichsadel besaßen, sind vielfach vorgekommen, hier aber, wo es sich zunächst um das Güterbesitzrecht des Bürgerstandes handelt, übergangen worden, obgleich der Punkt 19 der ritterschaftlichen Capitulation nach dem Abschluß der Matrikel (1747) den nichtmatriculirten Adel ebenso vom Güterbesitz ausschloß wie die Bürgerlichen.

Grütershof wurde 1731 von dem Stabschirurgen Georg Nebelius gekauft.

Kaltenbrunn wurde 1780 dem Bürgermeister Barber verkauft.

Berseshof wurde vor 1783 von dem Oberfiscal Bergmann meistbietlich erstanden. So viel bekannt, hatte der Käufer erst 1787 sich den damals hier eben so beliebten wie billigen s. g. österreichischen Adel besorgen lassen, mit welchem es übrigens sonst weiter nichts auf sich hatte, außer der Befriedigung einer der Zeit namentlich in den höheren Schichten der rigaschen Kaufmannschaft grassirenden und in einzelnen Exemplaren auch noch in unsern Tagen spuckenden Eitelkeit.

Gustavsberg, gleich Berseshof früher eine Appertinenz von Jürgensburg, gehörte 1780 einem Langhake.

Kipsal wurde 1739 von der Propstin Hilde, geb. Meyer, dem Pastor Gruner verkauft.

Klein-Brangelschhof wurde 1787 von der Wittve des Fr. von Böllersahn an den Bürgermeister Wenzel „überlassen“.

Kürbelschhof war 1770 im Besitz des Christian Grönberg, dessen Erben 1793 das Gut weiterverkauften.

Kulsdorf mit Lemsküll wurde 1772 vom Lemsalschen Bürger Sprotte meistbietlich erstanden.

Rüssel wurde 1765 von dem von Linde an den Johann Gustav Frey „überlassen“, der das Gut 1772 weiter verkaufte. Wir glauben nicht, daß letzteres in Folge eines mit einem eventuellen Kaufcontract verbundenen Frey'schen Pfandcontractes geschehen sei, weil diese Art von Contracten in Livland erst nach Einführung der Krepoststeuer beim Verkauf von Immobilien (1783) üblich wurde.

Rammenhof oder Tyrßen wurde 1725 dem Johann Merkly verkauft. Der Propst Merkly verkaufte demnächst 1783 das Gut dem Kaufmann Johann Friedrich Schröder.

Ruzky besaß 1738 im Eigenthum der Wittve des Propstes Hinkeldey.

Horstenhof wurde 1752 an den Kreiscommissär Rickmann verkauft. Ohlschhof wurde zwischen den Jahren 1760 und 1768 an den Hofkellermeister Langerhansen verkauft.

Lamsdorfschhof wurde nach 1738 an den Pastor Gottsched verkauft, 1763 an den ebengenannten Langerhansen.

Marzen erkaufte 1783 der Älteste Hermann Fromhold.

Appelten erkaufte 1726 der Rigasche Bürger Johann Meiners.

Russen wurde 1786 dem Pastor Panzer „überlassen“.

Hessenhof, früher eine Appertinenz von Roetfenshof, wurde 1740 dem Disponenten Kraz verkauft.

Schreibershof wurde 1784 von Hermann Gotthard Wichmann erkaufte.

Adsel-Schwarzhof wurde 1783 dem Consistorial-Secretair Scottus verkauft.

Soor wurde 1785 von Dr. Römer erkaufte.

Neu-Camby wurde 1785 an den Ernst Andreas Witte verkauft.

Luhde-Großhof wurde 1760 von Johann Georg Thomsen im Meistbot erstanden; seine Erben verkauften das Gut 1787 dem Rathsherrn Schröder.

Neu-Carolen wurde 1755 der Propstin Leukfeld, geb. Remmert, verkauft.

Ropenhof mit Löwenküll wurde 1755 an den Pastor Schäwe verkauft.

Aus der „Ersten Fortsetzung zur v. Hagemeister'schen Gütergeschichte“ entnehmen wir noch folgende hierhergehörige Fälle:

Mahaken wurde 1754 von den Söhnen des Licent-Zuspectors Pauffler zum Eigenthum erworben.

Wohlershof wurde 1787 von dem Daniel Steinhauer an den Postmeister Radecki verkauft.

Turkain befand sich 1767 im Eigenthum des Sohnes des Ordnungsgerichts-Commissärs Reußler.

Schreibershof wurde 1786 von Herman Gotthard Wichmann an Matthias Härtel verkauft.

Loper wurde 1788 vom Advocaten Fontin erkaufte.

Diese Beispiele ließen sich leicht vermehren, wenn man die Fälle, in denen v. Hagemeister die bürgerlichen Gutsbesitzer nicht ausdrücklich als Eigenthümer bezeichnet, genauer untersuchte. Auch finden sich bei ihm hin und wieder irthümliche Angaben. Daß er z. B. den Käufer des Gutes Planup im Jahre 1740 „einen von Hartung“ nennt, ist um so auffällender, als eben dieser Kauf in die wieder angeregte principielle Erörterung der

von der Ritterschaft gegenüber dem Bürgerstande rücksichtlich des Güterbesitzes in Anspruch genommenen Privilegien hineinspielt. Der rigasche Bürger Christian Ludwig Hartung hatte, nachdem er das genannte Gut erkaufte, beim livländischen Hofgerichte um den Erlaß eines Proclams in Beziehung auf diesen Kauf nachgesucht. Das Hofgericht gab am 1. November 1742 dasselbe nach, alle diejenigen ausruhend, „welche entweder das Näherrecht zum Besitze dieses Gutes zu behaupten vermeinen und die creditorio nomine oder auf eine andere Weise eine gegründete Ansprache daran haben möchten“. Im Laufe des Proclams machte nun der Baron Otto Budberg das Näherrecht geltend, und erging hierauf am 6. April 1743 ein hofgerichtlicher Bescheid folgenden Inhalts: „Auf des Barons O. Budberg's Gesuch, ihn in Erkaufung des Gutes Planup dem rigaschen Bürger Hartung zu präferiren und das Vorrecht zu dem Besitze desselben Gutes gegen Erlegung der stipulirten Kaufsumme ihm zu adjudiciren und wessen sich der Käufer vorgemeldeten Gutes, Bürger Hartung, darauf erklärt, auch was dabei sowohl E. W. E. Rath der Stadt Riga als E. W. E. Ritterschaft des Herzogthums Livland bewahrt. vorgestellt —

da Herr Supplicant sich dahin erklärt, wie seine Intention nicht dahin gehe, der Stadt Riga ihre Privilegien, vermöge deren die Bürger daselbst Güter im Lande zu besitzen berechtigt zu sein vermeinen, anzutreten, einfolglich in gegenwärtigem casu die quaestio nur darauf beruhet: ob Herr Supplicant bei dem verfallenen neuen Verkaufe des Gutes Planup, nachdem er sich im Proclam gemeldet, ex jure Nobilitatis et Indigenatus nach Anleitung derer von ihm allegirten hohen Kais. Privilegiorum das jus protimiseos vor Supplicato zu genießen habe, dahingegen daß die bei Eml. Erl. hohen Reichs-Justiz-Collegio vorgegebene Litispandez in gegenwärtigen terminis bestehe, mit nichts erwiesen worden; als hat sich Supplicatus auf Supplicantis Gesuch in 10 Tagen einzulassen“.

Das Reichs-Justiz-Collegium bestätigte mittelst Resolution vom 9. December 1743 diesen Bescheid; auf die im Namen des Rathes der Stadt Riga durch den Deputirten Rathsherrn von Ulrich eingegebene Supplix befahl indessen der Senat mittelst Ukases vom 4. März 1745, den Bürger („Reßchanin“) Hartung bis zur Erledigung der anhängigen Untersuchung der Privilegien nicht zum Rechtsgange mit dem Baron Budberg zu zwingen. Planup wurde denn auch nicht durch Näherrecht eingelöst, sondern 1752 von der Wittve Hartung's an den Major von Meyer verkauft.

Die hier angeführten Beispiele des bürgerlichen Güterbesitzes sowie der Güterbesitz des zahlreichen, nicht zur livländischen Matrikel gehörenden Adels werden es ausreichend erklären, wenn dieser ansehnliche Bruchtheil des Grundbesitzer*) im Jahre 1766, als die Kaiserin Katharina II. Deputirte aus dem ganzen Reiche zur Abfassung eines neuen Gesetzbuches nach Moskau berief, sich neben der livländischen Ritterschaft, welche bis dahin nach Wiederherstellung des „Landesstaats“ allein das Land repräsentirte, Geltung zu schaffen suchte. Dies gelang, indem die Kaiserin der „Landschaft“, wie nun der Complex der adeligen nicht indigenen Edelleute und der bürgerlichen Gutsbesitzer genannt zu werden anfang, gestattete, neben dem Delegirten der Ritterschaft einen eigenen Vertreter zur „Gesetzes-Commission“ abzuschicken — eine schwerlich zum Wohle des Landes gereichende Anomalie in der Vertretung derselben essentiellen Interessen durch zwei rivalisirende und einander mit Mißtrauen beobachtende Organe, eine Erscheinung indessen, die sich durch die 1747 zum Abschluß gediehene enge Abschließung des livländischen Adels in der Matrikel zur Genüge erklärt. Da nun die „Landschaft“ fortan von der Gouvernements-Regierung gleich der Ritterschaft zu Berathungen über die Angelegenheiten des Landes convocirt wurde und ein eigenes „Haupt“**) wählte, so konnte es nicht ausbleiben, daß die in gewisser Beziehung paritätische Stellung dieser Corporationen zu neuen Conflicten wegen des Güterbesitzes führte — nicht zwar, daß der Landschaft das Güterbesitzrecht überhaupt noch streitig gemacht worden wäre; das war, nachdem sie von der Monarchin als ein eigenthümlicher Bestandtheil der livländischen Landgutsbesitzer anerkannt worden war, nicht mehr möglich; den Angelpunkt des Streites bildete vielmehr damals (wie schon zur Zeit des Plannp'schen Processus) nur das Näherrecht***) des livländischen Adels gegen Personen, die, nicht zur Matrikel gehörend, Landgüter zum Eigenthum erworben hatten.

Dieses Näherrecht des Indigenatsadels — eine aus der Gesetzgebung

*) Aus der Entscheidung zu Punkt III. des f. g. Browne'schen Compromisses von 1774 (f. u.) geht hervor, daß die Landschaft damals im Besitz mindestens des 10. Theiles des privaten Grundes und Bodens war.

**) „Marshall“ wird er in der „Geschichtlichen Entwicklung“ II. S. 139 Anm. genannt.

***) „Einkaufs-“ oder „Relutionsrecht“ heißt es gemeinhin in den Acten jener Zeit, wobei die Wirkung an Stelle der Ursache (der Marklösung des deutschen Rechts) gesetzt wurde.

aller Culturstaaten gegenwärtig verschwundene Antiquität — von dem wir in Livland während der polnischen und schwedischen Periode keine Spur finden, sollte ebenfalls durch den Punkt 19 der ritterschaftlichen Capitulation begründet werden. Wir können uns hier jeder Kritik dieser Rechtsbasis enthalten; es wird genügen, darauf hinzuweisen, daß alles, was wider den aus jenem Punkte abgeleiteten Anspruch auf das ausschließliche Güterbesitzrecht des livländischen Adels angeführt worden, mit gleichem Gewichte gegen das Näherrecht desselben geltend gemacht werden kann. Die Resolution der Kaiserin Catharina I. vom 24. September 1725 auf eine Supplication des livländischen Adels änderte in der Sachlage nichts. Die Monarchin entschied: „daß in Betreff der Verarrendirung von Kronsgütern an den Adel nach den Privilegien verfahren werden solle und daß nach den Punkten 17. und 19. der Capitulation (vom 4. Juli 1710) und nach dem Ukase Peters I. von 1712 (1. März) der Adel bei Arrenden (von Kronsgütern) und beim Ankauf von Gütern den Vorzug vor den Bürgern haben solle“. Ueber den ausschließlichen Anspruch des Indigenatsadels auf die Arrendirung der Domainen sei hier bemerkt, daß dieser allererst durch den Ukas vom 18. Januar 1741 als freie kaiserliche Gnade gewährt wurde, dies Recht indessen in unsern Tagen (am 9. Juni 1840) wieder aufgehoben und alle Stände zur Arrendirung von Kronsgütern zugelassen worden sind. Hinsichtlich des Güterbesitzes aber nimmt die Resolution vom 24. Sept. 1725 einfach Bezug auf den vielbesprochenen Punkt 19 der Capitulation und auf die im Namen des Kaisers vom Fürsten Menschikow auf ein Memorial des livländischen Adels ertheilte Resolution vom 1. März 1712. Diese ist also das *relatum*; sehen wir zu, was sie enthält. Zwar läßt der Adel hier im Punkt 9 des Memorials zur Begründung seines Anspruches auf die Arrendirung der Kronsgüter einfließen, daß der Bürgerstand überhaupt zum Güterbesitz nicht berechtigt sei und daß durch dieses ihm zu schwedischer Zeit eingeräumte Recht dem Adel eine große Beeinträchtigung zugefügt worden; auf diesen Punkt lautet aber die Resolution folgendermaßen:

„Zwar solle der Adel immer vor den Bürgern zur Arrende von Kronsgütern zugelassen werden, Se. Zarische Majestät wolle aber auch nicht diejenigen Bürger verlegen, denen Kronsgüter von der schwedischen Krone in Pfand gegeben worden.“

Wie man sieht — nicht ein Wort über den ausschließlichen Güterbesitz des Adels, ebensowenig wie hierüber das Mindeste in den Resolutionen auf die

andern 12 Punkte des Memorials zu entdecken ist. Auch über das Näherrecht des Adels statuirte die kaiserliche Entscheidung von 1725 nichts, was über den Punkt 19 der Capitulation hinausginge. Gleichwohl entspannen sich in Veranlassung des von livländischen Edelleuten in einzelnen Fällen beanspruchten Näherrechts mehrfache Prozesse und war alle Sicherheit des Besitzes dadurch in Frage gestellt, da — im Widerspruch gegen den sonst unbestrittenen Grundsatz der Verjährbarkeit aller Klagen — der Adel die Anstellung der Näherrechtsklage an gar keine Frist gebunden wissen wollte, also eine nur noch im vorjustinianischen Rechte vorkommende *actio perpetua* prätendirte. Die Unerträglichkeit derartiger Zustände führte denn endlich zu dem Compromiß von 1774. Der Senat schrieb durch den Ukas vom 26. Juni 1773 dem General-Gouverneur Grafen Browne vor, diese Differenzen zu entscheiden, was er denn am 5. März 1774 that, „nachdem beide Theile, E. E. Ritterschaft eines Theils und die livländische Landschaft andern Theils, ihre Prä- und Repräsentationen an- und beigebracht und, da sie darüber nicht einig werden können, ad sententiam provociret.“

Der Schwerpunkt lag offenbar in der Präcisirung des vom Indigenatsadel beanspruchten Näherrechts, dem „Hauptartikel“, wie dies die Entscheidung im ersten Punkte richtig hervorhebt. Die Landschaft hatte — wie uns bedünken will, mit vollem Rechte — verlangt, daß die Ritterschaft hierauf gänzlich verzichte. Die Ritterschaft dagegen hatte nur insoweit nachgegeben, daß das Näherrecht an Gütern, die bisher von Personen, welche nicht zu ihrem Verbande gehörten, erworben worden, nicht weiter geltend gemacht werden sollte; für die Zukunft aber solle es nicht unbeschränkt, sondern nur innerhalb der Proclamsfrist von einem Jahr 6 Wochen und 3 Tagen exercirt werden dürfen.

Bei dieser „billigen Declaration“ solle es denn sein Bewenden haben — entschied der General-Gouverneur — „um so mehr als die Ritterschaft in dieser Sache zwei Privilegien für sich allegiret.“

Wie es mit diesen Privilegien steht, haben wir oben gesehn*). Zu dessen — die Landschaft beruhigte sich dabei, und so ist denn dieses Com-

*) Welche Privilegien von der Ritterschaft angeführt worden, ist aus der Resolution nicht ersichtlich. Wir vermuthen: der Punkt 19 der Capitulation von 1710 und die Resolution der Kaiserin Catharina I. vom 24. Sept. 1725. Auch Supel (Nord. Misc. St. 5 und 6 S. 319) sagt: „Sie (die beiden Privilegien) sind, wenn ich mich recht erinnere, von dem Kaiser Peter I. und der Kaiserin Catharina I., wenigstens ist mir kein älteres Privilegium über diese Sache jemals zu Gesicht gekommen.“

promiß die noch heute bestehende Basis für das Näherrecht des livländischen Indigenatsadels geworden.

Der zweite Punkt betraf das Steuerbewilligungsrecht der nicht zur Matrifel gehörenden Gutsbesitzer auf den Landtagen.

Dies war eine allerdings sehr bedeutungsvolle Concession der Ritterschaft und wurde dieselbe demgemäß vom Grafen Browne bestätigt.

Im dritten Punkte hatte die Landschaft das, scheint es, gänzlich unrechtfertigte Anverlangen gestellt, die Ritterschaft solle die „wegen des Deputirten“ gemachte Schuld von ungefähr 5000 R. bezahlen.

Dieser Deputirte war von der Landschaft nach St. Petersburg, wohin die Gesetzes-Commission aus Moskau versetzt worden war, delegirt worden und hatte sich daselbst geraume Zeit aufgehalten. Mit welchem Rechtsgrunde nun die Landschaft verlangen konnte, daß die Ritterschaft — welche ebenfalls einen Delegirten in St. Petersburg zu defrayiren hatte — die Kosten auch für den landschaftlichen Vertreter tragen solle, ist in der That schwer abzusehn. Der General-Gouverneur entschied gleichwohl „ex aequo et bono“, daß die Ritterschaft zur Tilgung der Schuld 3000 Thaler Alberts beitragen solle, „wogegen aber“ — was die Sache vielleicht erklärt — „alle übrige Prätenstion an E. E. Ritterschaft von Seiten der Landschaft aufhöret.“

Ein großes Ungeschieß endlich bewies die Landschaft in der Aufstellung des vierten Punktes, in welchem sie forderte: daß das Haupt der Landschaft, Canzelleirath von Reimersen, und der Deputirte, Major von Blummen, in das Corps der Ritterschaft recipirt würden. Mit diesem ihre politische Unmündigkeit an den Tag legenden Anverlangen wurde denn die Landschaft wohlverdientermaßen, „weil diese Forderung lediglich ihr Personale berühre und mit denen Gerechtsamen der Landschaft auf keine Weise confundirt werden könne,“ zurück- und an die Ritterschaft gewiesen.

Mit diesen Entscheidungen war der Bewegung die Spitze abgebrochen. Die Landschaft hatte im Wesentlichen erreicht, was sie gewollt hatte: Sicherung in ihrem gegenwärtigen Güterbesitz, Beschränkung des adeligen Näherrechts, Theilnahme am Steuerbewilligungsrecht. Sie wurde zwar noch weiterhin von der Regierung zu den Landtagen convocirt und aufgefordert, ihr Haupt zu wählen; letzteres geschah auch noch, wie aus der Publication der Statthalterschafts-Regierung vom 7. Nov. 1784 ersichtlich*),

*) v. Bunge (liv- und estl. Privatrecht § 55 not. c.) scheint dies Publicat nicht gekannt zu haben.

bis zur Aufhebung der livländischen Adelsmatrikel; ein weiterer Erfolg wurde aber nicht errungen, — man muß annehmen, weil nach der Resolution von 1774 das praktische sich eben nur auf die Güterbestandsverhältnisse beschränkende Interesse geschwunden war und sich keine politischen Capacitäten von weiterreichendem Blick unter den Landsassen finden mochten.

Während auf diese Weise die innerhalb des Landes selbst gegen den immatriculirten Adel zu Tage getretene Reaction in den Sand verlief, trat wenige Jahre darauf von außen her ein unerwartetes Ereigniß heran: im Jahre 1785 wurde — nach Einführung der s. g. Statthalterchafts-Versassung in Liv- und Estland — die allgemeine für das Reich erlassene Adelsordnung auch auf Livland ausgedehnt und im folgenden Jahre das Landraths-Collegium „als nicht weiter erforderlich“ aufgehoben.

Gleichzeitig wurde in den Städten dieser Provinzen die allgemeine Stadtordnung eingeführt.

Vom formellen Gesichtspunkte aus können wir es nur auf das tiefste beklagen, daß bei diesen in das Verfassungsleben der Stände so tief eingreifenden Veränderungen die Stände dieser Provinzen nicht gehört wurden. Und wir glauben, sie hatten doch ein Recht gehört zu werden, nachdem ihnen ihre Sonderverfassung durch einen Vertrag mit dem Eroberer, durch die Friedensschlüsse des neuen Oberherrn mit der früheren Regierung dieser Provinzen, durch die Confirmationen bei jedem Thronwechsel garantirt worden waren. Eine andere Frage aber ist es, ob die traditionellen Beheruse, mit denen man jener Neuerungen noch jetzt bei uns zu gedenken pflegt, in der That auch aus inneren Gründen so berechtigt sind, wie sie von jenem Standpunkte des formellen Rechtes aus allerdings erscheinen.

Wie viele unter den Lebenden kennen denn jene viel berufenen Institutionen genauer? Wer hat sich davon Rechenschaft gelegt, was aus ihnen unter den Händen der Provinzialen hätte entwickelt werden können? Nicht daran wollen wir erinnern, daß viele edelgesinnte Männer in allen Ständen unserer Provinzen die neuen Ordnungen mit Begeisterung begrüßten — man wird uns entgegen: es war eben die Aufklärungsperiode; auch sind wir nicht im Zweifel darüber, daß das neue Ständerecht, nicht allein weil gänzlich ohne Rücksicht auf die Verhältnisse dieser Provinzen abgefaßt, sondern auch an sich zu manchen wesentlichen Bedenken Anlaß geben mochte; nichtsdestoweniger halten wir es hier am Orte zu

betonen einestheils, daß man über die eigentliche Bedeutung und die Tragweite der Statthalterchafts-Versassung bei uns vielfach sich im Irrthum befindet, andererseits für die Lichtseiten derselben und die in ihr verborgenen Entwicklungskeime kein Auge gehabt hat. Der eigentliche Kern des provinziellen Lebens blieb von ihr gänzlich unberührt — die Kirche und ihre Verfassung, die Sprache, das auf deutschrechtlicher Grundlage ruhende Privat- und Prozeßrecht, die Justizverfassung; nur ihre Benennungen hatten die Behörden geändert. Neu war die, übrigens unabweisbar gewordene Organisation der obersten Administrativbehörden, in gewissen Beziehungen modificirt die Adelsverfassung, völlig umgestaltet dagegen die der Städte; und wenn ein Stand Grund hatte über die Neuerungen zu klagen, so waren dies die Städte mit ungleich größerer Berechtigung als der Adel.

Zum Adel des Gouvernements gehörten fortan alle in demselben beständigen Erbadeligen, die nach sechs verschiedenen, übrigens gleichberechtigten Kategorien in das adelige Geschlechtsbuch eingetragen werden mußten. Zu der ersten gehörten die von den russischen Herrschern oder andern gekrönten Häuptern in den Adelsstand erhobenen Geschlechter; zu der zweiten der Militairadel, vom Oberoffizier an; zur dritten der Civildienstad, von der 8. Rangklasse an; zur vierten der ausländische, in Rußland anerkannte Adel; zur fünften der titulirte Adel; zur sechsten die alten (d. h. über 100 Jahre zurückreichenden) Adelsgeschlechter. Aus der corporativen Verfassung dieses Adels erwähnen wir Folgendes: Der Adel versammelte sich regelmäßig alle drei Jahre zur Berathung der Landesangelegenheiten. Er (nicht, wie in den letzten schwedischen Zeiten in Livland der General-Gouverneur) wählte zu seiner Vertretung einen Gouvernements-Marschall und Kreismarshälle. Die Versammlung empfing Anträge vom General-Gouverneur oder vom Gouverneur über die Interessen der Provinz und beschloß über dieselben. Ebenso hatte sie das Recht der Initiative zu Vorschlägen über die Bedürfnisse des Landes und durfte ihre Beschwerden durch Deputirte an den Senat oder an den Thron bringen. Ihr war das Selbstbesteuerungsrecht ohne Controle des Staats eingeräumt. Sie durfte anrühige Personen aus ihrem Verbande entfernen und war folgeweise berechtigt, solche, die sich zur Reception meldeten, zurückzuweisen. Nach dem Grundsatz, daß jeder nur von seinen Standesgenossen gerichtet werden solle, besetzte der Adel durch Wahl aus seiner Mitte sämtliche Landesjustizämter. Auch die Aemter in den Landes-Administrativbehörden (die

obersten ausgenommen) wurden von ihm auf gleiche Weise besetzt. Zur Wählbarkeit gehörte ein Alter von 25 Jahren und ein gewisses (mindestens 100 R. betragendes) Einkommen aus Landgrundbesitz. Edelleute, die in der Provinz nicht besitzlich und jünger als 25 Jahre waren, konnten auf den Adelsversammlungen erscheinen, hatten jedoch kein Stimmrecht. Vollberechtigt sollte endlich in der Adelsversammlung nur der Edelmann sein, welcher im Staatsdienste den Oberoffiziersrang erreicht hatte.

Man erkennt leicht, daß in der neuen Adelsordnung zwar die wichtigsten ständischen Befugnisse anerkannt sind, daß sich in ihr indessen auch manches Schablonenhafte findet, das dem reicher entwickelten corporativen Leben in diesen Provinzen unbedingt nachstand. Ein Mittelstand, der auch in allgemeinen Landesangelegenheiten das Gewicht seiner Intelligenz und seines Reichthums in die Waagschale legen konnte, fehlte in Rußland und ist auch jetzt durch die „Ehrenbürger“ nicht geschaffen worden; so waren denn nach den neuen Verfassungen die Städte auf ihre Mauern und der Bürgerstand auf die Städte beschränkt. Von einer Betheiligung der Städte und der nichtadeligen Gutsbesitzer an den Versammlungen, auf denen allein die Interessen des ganzen Landes verhandelt wurden, war in der Adelsordnung begreiflich nirgends die Rede; denn die Städte in Rußland hatten seit den Zeiten der Hanse aufgehört eine politische Rolle zu spielen und der Nichtadelige war zum Landgüterbesitz nicht berechtigt. Was lag näher, als daß unter den in beiden Beziehungen abweichenden Verhältnissen unserer Provinzen dahin gearbeitet werden mußte, eine Modification der erlassenen Verordnungen nach dieser Richtung zu erwirken. Und es würde dies im Laufe der Zeit wohl gelungen sein, wenn die neuen Ordnungen einen längeren Bestand gehabt hätten. Aber während ihres 11jährigen Bestehens geschah nichts; der Adel that keine Schritte zur Wiederherstellung der politischen Rechte seines Mittelstandes, wo sie mit den seinigen zusammenfielen; und der Bürgerstand war, wie wir sehen werden, durch die neue Stadtordnung viel tiefer betroffen als der Adel und durch die Neuordnung der ihm nächstliegenden Interessen vollaus in Anspruch genommen. Ebenso wenig zweifeln wir daran, daß die einseitige Bevorzugung des in den Staatsdienst tretenden Adels in der neuen Verfassung in diesen Provinzen, deren Adel sein überreiches Contingent für den Staatsdienst, insbesondere die Armee, zu stellen gewohnt ist, auf die Dauer nicht aufrechterhalten und die Anschauung durchgedrungen wäre, daß der Adel, zumal hier, noch einen andern und höheren Beruf habe als den des un-

mittelbaren Staatsdienstes*). Allerdings war die ständige Repräsentation des Adels in den Landraths-Collegien aufgehoben worden; wir finden aber sogar in der weiteren Entwicklung der Adelsverfassung im Reiche späterhin permanente Adels-Deputirten-Versammlungen außerhalb der Adelsversammlungen und haben daher bei dem regen Sinne der Provinzialen für corporatives Leben und bei den reichen Anknüpfungspunkten, welche die Geschichte bot, allen Grund anzunehmen, daß auch hier die Wiederherstellung einer ständigen Adelsvertretung aus einer wahrhaften Belebung der neuen Formen organisch hervorgewachsen wäre. Alle diese zeitweiligen Unzulänglichkeiten schlagen wir aber gering an gegenüber der von der Adelsordnung freilich nicht beabsichtigten, aber dennoch durch sie bewirkten Rückkehr zu der alten, seit 40 Jahren verrückten Verfassung dieser Provinzen. Der grundbesitzende Adel, die Vertretung des großen Grundbesitzes hatte nun die Stellung in der Verfassung wiedererlangt, die ihm seit alters zugestanden hatte und die erst in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Livland, auf Oesel und in Estland durch die Constituirung der Matrikeln in einer Periode politischer Stagnation alterirt worden war. Es ist eine alte Erfahrung, daß wenn das Wesen eines Instituts sich zu überleben anfängt, die Formen um so schroffer hervortreten. Wir zweifeln daran, daß die Idee des Indigenats die Wirkung gehabt hat, dasjenige Element zu kräftigen, in welchem diese Provinzen durch alles Ungemach ihrer Geschichte ihre Stärke gefunden haben.

Wir haben noch mit einem Worte den unserm gegenwärtigen Zwecke ferner ab liegenden Einfluß zu berühren, den die Einführung der neuen Stadtordnung auf unsere Städte übte. Die Umgestaltung ihrer Verfassung war eine radicale. Die bisherige aristokratische Gliederung der Stadtgemeinde in den Rath und die beiden Gilden wurde aufgehoben; der obrigkeitliche Stand — der Rath — ergänzte sich hinfort nicht mehr durch Cooptation, sondern wurde in dreijährigen Wahlen durch die Stadtgemeinde

*) In der weiteren Entwicklung der russischen Adelsordnung finden wir bereits wesentliche Modificationen dieses Grundsatzes. Das Stimmrecht auf den Adelsversammlungen — auch bei Wahlen — wurde allen Edelleuten eingeräumt, die 100 Bauern oder 3000 Dessjatinen unangestobelten Landes besaßen; desgleichen auch den Edelleuten, die ein Gut von 100 Bauern als Pfand oder zum Lebtagsbesitz innehatten; endlich den Majoratsbesitzern in den f. g. westlichen Gouvernements. Auch wer 3 Jahr Adelsmarschall gewesen, erhielt, wenn auch nicht besitzlich, ein volles Stimmrecht. Die kleinen adeligen Grundbesitzer (d. h. die mindestens 5 Bauern oder 150 Dessj. Land besaßen) theilnahmen an den Wahlen durch Deputirte.

auf breiter Basis gewählt; in gleicher Weise neben der Justizbehörde eine oberste städtische Verwaltungsbehörde (Duma); die Bedingungen des Eintritts in die große (kaufmännische) und die kleine (Handwerker-) Gilde wurden gänzlich abgeändert, indem für den ersteren Zweck nur der Nachweis eines bestimmten Capitals erfordert wurde, während der Grundsatz der freien Arbeit tief in die Zunfteinrichtungen hineingriff; das Steuerwesen und die Verwaltung des Communal-Vermögens wurden reformirt; die Verpflichtung zum Militärdienst, zum Theil in Geld ablösbar, auf die städtische Bevölkerung ausgedehnt u. s. w. Jetzt, nach fast 100 Jahren, steht man mit lächelndem Erstaunen auf die Bestrebungen der geistreichen Kaiserin, die ihrer Zeit so weit vorausgeeilt war, daß erst das Leben der dritten Generation in die Bahnen einzulenken beginnt, die sie damals vorgezeichnet hatte. Trennung der Justiz von der Administration, eine Stadtverordneten-Versammlung, Beschränkung des Zunftzwanges — alle diese Postulate des modernen Staats- und Communallebens finden sich dort bereits angebahnt; und trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Stadtordnung bleibende wohlthätige Spuren in Riga zurückgelassen, die Administration und das Steuerwesen namentlich haben ihr viel zu verdanken*).

Wohl mag in der jetzt lebenden Generation ein ungetrübtes Urtheil diese Verhältnisse vielleicht kühler betrachten und richtiger würdigen; aber es ist nicht zu leugnen, daß damals eine Verstimmung über die octroyirten neuen Ordnungen durch alle Stände ging. So finden wir denn auch in einer

*) Uebrigens war die Frage der neuen Stadtordnung mit dem Restitutions-Ukase des Kaisers Paul vom 28. November 1796 noch keineswegs definitiv gelöst. Nachdem Kaiser Alexander I. im Manifest vom 2. April 1801 die Stadtordnung „für eine der hauptsächlichsten, unveränderlichsten und unantastbarsten Einrichtungen“ erklärt hatte, theilte sich die Rigasche Bürgerschaft in zwei Parteien, von denen die eine die Wiederherstellung der Stadtordnung verlangte, während die andere sich für die alte privilegierte Verfassung aussprach. In der Versammlung der Rigaschen Stadtgemeinde vom 15. December 1802 ward durch Stimmenmehrheit (151 gegen 2) festgesetzt, um Wiederherstellung der Stadtordnung zu bitten. Auf kaiserlichen Befehl erfolgte im folgenden Jahre (29. Januar 1803) eine Abstimmung der ganzen Rigaschen Bürgerschaft hierüber, bei welcher sämtliche Glieder des Magistrats, 18 an der Zahl, ihre Stimmen gegen die neue Stadtordnung abgaben, wogegen von den 417 Kaufleuten 264 sich für dieselbe erklärten, so daß allein die 444 Stimmen des Handwerkerstandes, aus welchem nur 70 für die Stadtordnung abgegeben wurden, den Ausschlag zu Gunsten der alten Verfassung gaben. Daß bei dieser Abstimmung aber auch andere Motive, als die Ueberzeugung von dem praktischen Vorzuge dieser oder jener Verfassung, mitgewirkt, ergibt sich aus der „Geschichtlichen Uebersicht der Grundlagen u. des Provinzialrechts“ Th. II. S. 158 ff., der wir diese Notizen entnommen haben.

sorgfältigen neueren historischen Arbeit*) die Thatsache constatirt, daß unmittelbar nach Einführung der Statthaltertschafts-Verfassung (und unzweifelhaft in Folge derselben) eine Anzahl der hervorragendsten Persönlichkeiten im Rigaschen Rath (Schwarz, Berens, von Gerngroß, von Biecken, Behrendt, von Holst, Berens von Rautensfeldt) aus demselben austrat. Es wäre besser gewesen, diese Männer hätten auf ihren Posten ausgeharrt; vielleicht wäre dann das Ereigniß, von dem wir sogleich sprechen werden, nicht so folgenschwer geworden, wie dies der Fall gewesen.

Der Rigasche Aeltermann Raawe hatte das adelige Gut Pawassern mit Frankendorf gekauft und war dieser Kauf vom livländischen Hofgerichte — der für die Corroboration von Eigenthumsübertragungen adeliger Güter competenten Behörde — am 8. October 1787 einfach bestätigt worden. Der Käufer veranlaßte hierauf das übliche Proclam zur Meldung aller derjenigen, welche gegen diesen Verkauf Einsprache zu erheben gesonnen sein sollten, und machte nunmehr der livländische Edelman von Spalhaber das adelige Näherrecht an dem genannten Gute geltend. Das Hofgericht (damals der „Gerichtshof bürgerlicher Sachen“) sprach sich in seinem Urtheil vom 3. April 1788 u. a. dahin aus: „daß hier zwar nicht das Recht der rigaschen Bürger, Güter zu besitzen, bezweifelt werde, dieses Recht aber nicht ausschließe, daß ein Immatriculirter von Adel nicht ein vorzüglicheres Recht zum Besitz haben könnte“, und anerkannte das von Spalhaber geltend gemachte Näherrecht in Grundlage des Punkts 19 der rittersch. Capitulation von 1710 und der „auf die Vereinbarung zwischen dem immatriculirten Adel und der Landschaft sich gründenden“ Resolution vom 5. März 1774. Raawe beschwerte sich über dies dem bestehenden Rechtszustande offenbar völlig entsprechende Urtheil beim Senat, welcher nun im Ukase vom 16. März 1789 zwar die hofgerichtliche Entscheidung bestätigte, indessen zugleich weit über dieselbe hinausging, indem er es dem Hofgerichte zum Vorwurf machte, daß dasselbe überhaupt dem Raawe, der als ein Bürger nach den Gesetzen kein Recht habe, Landgüter zu besitzen, das Gut Pawassern zum Eigenthum zugeschrieben habe, „woher dem Gerichtshofe zu bemerken zu geben, ähnlichen Verfahrens sich hinfort zu enthalten“. In den Entscheidungsgründen erwähnt zwar der Senat des Privilegiums Stephan Bathory's von 1582, indessen sei darin das Recht der Bürger, Landgüter zu besitzen, von der königl. Confirmation abhängig gemacht

*) Die Rigasche Rathslinie von S. J. B. (Rathsherr Böthführ) Riga. 1857.

worden —“ (eine Formalität, die damals bei jeder Erwerbung eines Landgutes, auch durch einen Adligen, beobachtet werden mußte!); dagegen wird das Privilegium Gustav Adolfs von 1621 und das von 1662 völlig mit Stillschweigen übergangen und endlich der Punkt 19 der ritterschaftl. Capitulation (dessen zweiter Theil der hofgerichtlichen Entscheidung zu Grunde lag) ohne Rücksicht auf die damals gleichzeitig erfolgte Bestätigung der Privilegien der Stadt und des Bürgerstandes, ohne Rücksicht auf den Punkt 19 der ritterschaftlichen Capitulation suspendirenden Senats-Ukas vom 4. März 1745 an die Spitze gestellt.

Peter der Große hatte am 15. Juni 1714 das weise Gesetz gegeben, daß kein in einer Privatsache erlassener Ukas Anwendung auf andere Fälle leiden solle, es sei denn, daß das Gesetz eine Lücke in der betreffenden Beziehung enthalte, welchen Falles bis zur Vervollständigung des Gesetzes und der Veröffentlichung dessen nach solchen „Separat-Ukasen“ verfahren werden solle. Im Uebrigen hätten die Gerichte nach den Gesetzen zu entscheiden und keinerlei Ukasen, die nicht zur allgemeinen Befolgung oder die den Gesetzen zuwider erlassen worden, seien sie auch als „Namentliche Ukasen“ bezeichnet, zum Beispiel zu nehmen. Diese Vorschrift war durch den Befehl des Justiz-Collegii vom 15. October 1719 wieder eingeschränkt worden. Auch nach dem Jahre 1789 waren Verordnungen in ähnlichem Sinne ergangen, wie der Senats-Ukas vom 22. Februar 1798 und das diese Frage ausführlich erörternde, am 17. Februar 1825 allerhöchst bestätigte Reichsraths-Gutachten (S. II. 31. August 1825). Es lag hier die Frage zur Entscheidung vor, ob eine Ehefrau ihrem Ehegatten rechtsgültig ein Landgut verkaufen dürfe. Am 26. Februar 1763 hatte der Senat, unter persönlichem Vorsitz der Kaiserin Catharina II., diese Frage gelegentlich eines einzelnen Falles verneint. Gleichwohl sprach sich die Gesetzes-Commission dahin aus, daß dieser Ukas, weil nicht im Reiche publicirt, die Kraft der früheren Gesetze nicht habe abändern können und daher auf denselben keine Rücksicht zu nehmen sei. Der Reichsrath trat dieser Ansicht bei und der Kaiser bestätigte sie.

Trotz alle dem nahm das livländische Hofgericht den oben erwähnten Ukas in der Raawe-Spalkhaberschen Sache von nun an als ein Gesetz zur Richtschnur und verweigerte den Bürgern die Zuschreibung von Landgütern zum Eigenthum. Die damalige Repräsentation der Stadt Riga kam hier von dem Vorwurf der Indolenz, in der sie die Vertretung der Rechte

des Bürgerstandes unterlassen, nicht freigesprochen werden. Die erfolgreiche Intercession des Rathes im Jahre 1743, wo es sich um die Abwehr eines Angriffes von viel geringerer Tragweite, nämlich um das vom Adel beanspruchte Näherrecht wider die Bürger beim Kauf von Landgütern handelte — war von den Epigonen vergessen worden.

Die Statthalterschafts-Verfassung wurde 1796 vom Kaiser Paul wieder aufgehoben und die frühere Verfassung des Adels wiederhergestellt. Die livländische Adelsmatrikel nahm wieder dieselbe Stellung ein, die sie in der russischen Periode bis zum Jahre 1785 innegehabt hatte. Und das Güterbesitzrecht — wenn durch eine Rechtsverweigerung Recht entstehen kann — war durch eine eigenthümliche Wendung der Dinge ein wesentlich anderes geworden. Der livländische Adel hatte in der Capitulation von 1710 das ausschließliche Güterbesitzrecht beansprucht; nach Constituirung der Matrikel (1747) war der „Indigenatsadel“ in die Stelle des „livländischen Adels“ getreten; er hatte jenen Anspruch im Laufe des Jahrhunderts wiederholt zur Anerkennung zu bringen gesucht, jedoch ohne Erfolg; im Compromiß von 1774 war schon von diesem ersten Theil des Punkt 19 der Capitulation gar nicht weiter die Rede und die Ritterschaft errang nur ein beschränktes Näherrecht gegen die nicht immatriculirten adeligen und die bürgerlichen Gutsbesitzer; dann wird die Adelsmatrikel in ihrem bisherigen Sinne aufgehoben; in diese Zeit fällt eine Entscheidung des Senats in einer Privatsache, durch welche gelegentlich ein ganzer Stand des Landes eines wesentlichen Rechts beraubt wird; die Adelsmatrikel tritt hierauf wieder in ihre früheren Rechte und steht nun — ohne ferneren Widerspruch zu erheben — eine zweite Kategorie zum Güterbesitz Berechtigter neben sich, gegen die sie, nachdem der Begriff des „livländischen Adels“ sich in den des Indigenats verengert hatte, mit gleichem Rechte wie gegen den Bürgerstand ihr ausschließliches Güterbesitzrecht hätte geltend machen können, wenn sie nicht im Jahre 1774 mit beiden compromittirt hätte, nachdem sie zu der Erkenntniß gekommen war, daß der Punkt 19 der Capitulation von 1710 nicht durchzusetzen sei. Es wird demnach klar sein, daß der russische d. h. der nicht-livländische Adel das Güterbesitzrecht in Livland mit nicht mehr Recht behalten als der Bürgerstand es daselbst verloren hat. Die Logik der Thatfachen ist nicht die Logik des Rechts.

So ging dem Bürgerstande Livlands das Güterbesitzrecht factisch verloren.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen sollte auch dem Bürgerstande die Hoffnung auf die Wiedererlangung seines alten Rechtes erwecken. War gleich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts dem Bürgerstande in Livland die neue Zuschreibung von Landgütern verweigert worden, so hatte man es hier doch nicht gewagt auf Grund jenes Ukases alle bürgerlichen Gutseigenthümer, die sich bereits im Besitze befanden, zu deposciren; lange Jahre zogen sich die Verhandlungen darüber hin, auf welche Weise diese Verhältnisse zu lösen seien. Inhalts des Senats-Ukases vom 3. December 1828 sprach sich nun der Reichsrath, unter Bestätigung des Kaisers, über die Frage: welche Frist für den Verkauf derjenigen Güter in Liv- und Estland festzusetzen sei, die von Personen besessen würden, welche zum Eigenthum an Landgütern nicht berechtigt seien — dahin aus: daß, da die Leibeigenschaft in Liv- und Estland aufgehoben worden und es nach den Reichsgesetzen auch Personen nichtadeligen Standes gestattet sei, Grundeigenthum ohne Leibeigene zu erwerben, die Umstände, welche dieser Frage zu Grunde gelegen, sich völlig geändert hätten; woher der Reichsrath befinde, daß eine weitere Entscheidung hierüber nicht ferner erforderlich sei*). Man hätte glauben sollen, daß der Bürgerstand von dieser Rehabilitation nun einen umfassenden Gebrauch machen und sein lange verkümmertes Recht wieder praktisch zur Geltung bringen würde; aber das Bewußtsein von diesem Rechte war ihm durch einen vierzigjährigen Missbrauch dermaßen abhanden gekommen, daß nur zwei Fälle bekannt geworden sind, in welchen diese allerhöchste Entscheidung zur Anwendung gekommen; nichtsdestoweniger ist dieselbe, wie wir weiter unten sehen werden, nach einer andern Richtung hin von der äußersten Bedeutung für den Bürgerstand geworden.

Ein rigascher Kaufmann hatte das zur adeligen Landrolle gehörige Gut Lugausholm im öffentlichen Meistbot beim rigaschen Landgericht erstanden, das Hofgericht ihm aber, als einem Bürgerlichen, die Adjudication verweigert, auf erhobene Beschwerde indessen der Senat durch Ukas vom 24. März 1833 mit Hinweisung auf jenes allerhöchst erlassene Gesetz die Weigerung des Hofgerichts für unrechtfertig erklärt und den Käufer für besitzberechtigt erkannt. Der zweite Fall betraf das adelige Gut Kosenberg, dessen Zuschreibung zum Eigenthum an den dasselbe auf Grund eines Pfand- und eventuellen Kaufcontracts innehabenden Besitzer das Hofgericht ver-

weigerte, weil er seinen Adel nicht erweisen konnte. Der Senat befohl jedoch mittelst Ukases vom 9. October 1834 die Zuschreibung dieses Gutes an den bisherigen Pfandbesitzer zum Eigenthum, auf jenes Gesetz von 1828 und den Ukas in der Lugausholm'schen Sache hinweisend und den vom Hofgerichte geltend gemachten Einwand, daß nach der Verordnung von 1828 den Nichtadeligen zwar die Erwerbung von Grundeigenthum, nicht aber von „Dörfern“ (Derewni) gestattet sei, was für die Ostseeprovinzen nur die Bedeutung von „Landgütern mit adeligen Höfen“ haben könne — als unbegründet zurückweisend. Diese Vorschrift wurde laut dem Senats-Ukase vom 10. December 1837 in der allgemeinen Versammlung des 4., 5. und Meßdepartements des Senats bestätigt, mit Hinweisung darauf, daß das Gesetz vom 3. December 1828 bis hiezu durch kein neueres Gesetz aufgehoben worden; ein am 11. April 1838 erlassener allerhöchster Befehl stiftete indessen die Zuschreibung adeliger Güter an Nichtadelige in den Ostseeprovinzen bis zur Codification des Provinzialrechts; und in diesem 1845 erschienenen Gesetzbuche ist von Kaiserlicher Majestät die Verordnung erlassen worden: daß in Livland nur erbliche Edellente Rittergüter zum Eigenthum erwerben sollen.

Wir haben noch einen flüchtigen Blick auf die Entwicklung des Güterbestrechts auf Desel und in Estland zu werfen.

Auf Desel, das beim Beginn der kriegerischen Colonisation dieser Lande durch die Deutschen zum dritten Theile der Stadt Riga zugefallen war, hatte sich die Ritterschaft früh zu einem gesonderten corporativen Verbande zusammengeschlossen und 1524 ihrem Landesherrn, dem Bischof Johann Kypel, als die Wogen der Reformation schon an diese abgelegene Insel schlugen, ein wichtiges Privilegium in Beziehung auf den Güterbesitz abgetrogt — die Ausdehnung der Erbfolge beider Geschlechter in der Seitenlinie bis ins fünfte Glied, die s. g. „neue Gnade“. Indessen weder in dem, so gern als die Magna Charta Desels citirten Kypelschen Privilegio noch in irgend einer in späterer Zeit dem Adel ertheilten Gnadenurkunde haben wir die ausdrückliche Ausschließung des Bürgerstandes oder des nicht-öfentlichen Adels vom Güterbesitz entdecken können. Das Kypelsche Privileg schließt die Bürger allerdings von der „neuen Gnade“ d. h. von dem eben definirten erweiterten Erbrecht aus, aber nicht mit einer Sylbe vom Güterbesitz; und von der „Ritterbürtigkeit“ der eives war zu der Zeit längst nicht mehr die Rede. Zwar konnten die dem Bürgerstande das Güterbestrecht garantirenden Privilegien Bathory's und Gustav Adolf's

*) v. Bunge, liv- und estl. Privatrecht § 116.

auf das dänische Desel keinen Bezug haben; aus welchem Grunde aber die gleichartige königliche Resolution vom 31. October 1662 für das schwedische Desel keine Geltung gehabt haben sollte, ist nicht abzusehn. Ob das „pommersche Recht“, das — man weiß nicht in welcher äußeren Veranlassung — gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf Desel praktisch geworden war, Bestimmungen enthalten habe, welche jene Exklusivität begünstigten, wissen wir nicht; jedenfalls wurde die Anwendung desselben i. J. 1695 von der schwedischen Regierung untersagt. Eine besondere Capitulation endlich hat Desel im großen nordischen Kriege mit Rußland nicht geschlossen, wie dies seitens der liv- und estländischen Ritterschaft und der Städte Riga, Reval, Dorpat und Pernau geschah; ein im März 1710 in Desel einfallender Kosakenheer machte der schwedischen Herrschaft ein Ende, die nur noch auf das besetzte Arensburg beschränkt blieb; und dieses übergab der schwedische Commandant Appelbohm am 15. September durch eine Militär-Capitulation. Erst im Frieden zu Nystadt wurde Desels, das Schweden noch bis zum letzten Augenblicke mit zäher Hartnäckigkeit für sich zu retten suchte, Erwähnung gethan und die Conservation der unter der schwedischen Regierung bestandenen Privilegien zugesichert. Daß der Adel mit dem Eroberer nicht eigens paciscirt hatte, mag seinen Grund übrigens nicht sowohl in der Güterreduction haben, die auch Desel heimgesucht und dem Adel nur etwas über den vierten Theil des gesammten Grundbesitzes gelassen hatte (in Livland war der Adel bei der Reduction noch weit schlimmer gefahren), als vielmehr in der Pest, die grade um die Zeit der Occupation der Insel durch die Russen am furchtbarsten wüthete und dieselbe in dem Maße entvölkert hatte, daß noch 15 Jahre später $\frac{1}{5}$ des Landes wüst lagen.

Es liegen indessen andere Umstände vor, welche, wenngleich rein thatsächlicher Natur, dennoch von unabweisbarem Gewichte für die Gestaltung des Rechtszustandes gewesen sind. Die insulare Abgeschlossenheit Desels begünstigte in demselben Maße das engere Aneinanderschließen der daselbst ansässigen Adelsgeschlechter, als die völlige Ohnmacht des Bürgerstandes auf der Insel keinen Gedanken an Kämpfe um den Güterbesitz, wie sie auf dem festländischen Livland geführt wurden, aufkommen ließ. Den rigaschen Bürger zog aber nichts nach Desel, um auch dort sein Recht geltend zu machen; es lag nahe genug, daß, wenn er sich bestmöglich machen wollte, er es vorzog, sich in Livland anzukaufen. Dies thatsächliche Moment ist der Grund, aus welchem das s. g. Browne'sche Compromiß von 1774

auf Desel keine Anwendung gefunden hat; es fanden sich auf der Insel ebensowenig bürgerliche Gutsbesitzer, als adelige nicht zur Matrikel gehörige, wiewol diese erst vor nicht gar langer Zeit (1741) abgeschlossen worden war.

Wenn sonach das Provinzialrecht von 1845 das ausschließliche Güterbesitzrecht des immatriculirten bieschen Adels ausgesprochen hat, so ist darin eben nur die Anerkennung einer seit Jahrhunderten bestehenden Thatsache zu erblicken, die nur etwa durch das oben erwähnte Gesetz vom 3. December 1828 für die Zukunft in Zweifel gestellt werden konnte, ein Gesetz, welches indessen, wie wir gesehen haben, für Livland — um so gewisser aber auch für Desel, wo Streitfragen, wie sie jene Verordnung veranlaßt hatten, gar nicht vorlagen — bis zur Codification des Provinzialrechts sistirt und in diesem in Beziehung auf die adeligen Güter nicht festgehalten worden ist.

In Estland endlich finden wir einen festen Rechtsboden für das Güterbesitzrecht des Adels gegenüber dem Bürgerstande; was aber dort unter Adel verstanden worden, wird näherer Erörterung bedürfen. „Die estländische Ritterschaft bemühte sich auch im Lauf der schwedischen Herrschaft um das den Bürgern Revals gegenüber ausschließliche Recht auf den Grundbesitz“^{*)}. Zwar erhielt der um die Mitte des 17. Jahrhunderts zu Stande gekommene Entwurf des estländischen Ritter- und Landrechts, in welchem Fremde und Nichtadelige von der Erwerbung von Landgütern ausgeschlossen werden^{**)}, niemals die Bestätigung der schwedischen Regierung; insbesondere erklärte die Königin Christina der Ritterschaft: „daß darüber, wie es zu verhindern sei, daß Nichtadelige Güter in Estland besitzen, J. R. M. für dieses Mal nichts entscheide, sondern den Landrathen überlasse, ihre Meinung zu sagen, auf welche Weise dies zu veranstalten sei, ohne Präjudiz für die Rechte der einen oder der andern Seite“^{***)}; indessen setzte die estländische Ritterschaft ihre Bemühungen zur Erringung dieses Rechtes beharrlich fort und es gelang ihr — genau um dieselbe Zeit, wo die schwedische Regierung dem Bürgerstande in Livland das Güterbesitzrecht von neuem confirmirte — jenen Anspruch durchzusetzen. In der noch heute die Rechtsbasis für die Ausschließung des Bürgerstandes vom Güterbesitz in Estland bildenden Resolution vom 30. Juli 1662 heißt es: „da die Ansprüche weder von der einen noch von der andern Seite mit besonderen Privilegien bewiesen

*) Geschichtl. Uebersicht der Grundlagen x. Th. II. S. 174.

**) B. IV. Tit. 14 Art. 1, 2.

***) Resolution vom 17. Januar 1651.

werden können" — nämlich die Bürger prätendierten ihrerseits das ausschließliche Besizrecht von Immobilien in der Stadt — „und beide sich nicht auf andere Weise vertragen mögen, so solle in Zukunft keinem Adelligen gestattet sein, Häuser in der Stadt zu kaufen und keinem Reval'schen Bürger, Grundgüter zu kaufen und nach Eigenthumsrecht zu besitzen, sondern nur nach Pfandrecht". Die Protestation der revaler Deputirten gegen diese in der That ganz absonderliche Entscheidung ex bono et aequo,* die vernünftigerweise dahin hätte lauten sollen, daß beide Theile mit ihren Prätenstionen abzuweisen seien, hatte keinen andern Erfolg, als daß am folgenden Tage der Stadt Reval zugestanden wurde, Landgüter für ihre Gemeindebedürfnisse kaufen zu dürfen; und die gegenseitige Abschließung des Adels und der Städter ließ denn schließlich darauf hinaus, daß der Adel, der bereits den „Dom" zu Reval mit seinen von der Cinquartirungslast befreiten Häusern beherrschte, auch in der übrigen Stadt Grundeigenthum nach Belieben erwarb, wenn auch auf den Namen von Bürgern, die sich offenkundig dazu hergaben, bis denn endlich im Beginn dieses Jahrhunderts die Stände der Stadt dieses nicht länger haltbare Privilegium freiwillig aufgaben (15. Januar 1801).

Der Adel ist somit in Estland seit 200 Jahren zum Güterbesitz alleinberechtigt. Aber welcher Adel? Das durch die Praxis, wie in Kurland die „Statuten“, allmählig zur vollständigen Anerkennung gebrachte estländische Ritter- und Landrecht begreift darunter in der obenangeführten Stelle nicht allein den estländischen, sondern auch den schwedischen Adel; die Resolution von 1662 setzte den Adel, ohne Unterschied, dem Bürgerstande entgegen; die Confirmationen der Privilegien der estländischen Ritterschaft vom 29. September 1710 und 1. März 1712 bestätigen einfach den hergebrachten Rechtszustand; die estländische Adelsmatrikel gelangte allererst i. J. 1743 zum Abschluß — kurz es kann keinem irgend begründeten Zweifel unterzogen werden, daß bis zum ersten Viertel des laufenden Jahrhunderts jeder erbliche Edelmann in Estland adelige Güter zum Eigenthum erwerben konnte.

Wir haben oben das auch für Estland erlassene Gesetz vom 3. Decbr. 1828 erörtert, welches nach Aufhebung der Leibeigenschaft auch Nichtadelige zum Güterbesitz für berechtigt erklärte. In Estland war dieser Rechtsgrundsatz schon unmittelbar nach Emanirung der Bauer-Verordnung in Anwendung gekommen. Am 19. October 1816 hatte der estländische Civil-Gouverneur Baron Uexküll an das estländische Oberlandgericht rescribirt:

Dasselbe habe kürzlich in einer Publication wegen öffentlichen Verkaufs eines Landgutes nur solche Personen zum Bieten aufgefördert, die adelige Güter in Estland zu kaufen berechtigt seien. Da aber nach der am 23. Mai 1816 allerhöchst bestätigten Bauer-Verordnung Niemand von dem Erwerbe von Grundeigenthum in Estland ausgeschlossen sei, so theile er dies dem Oberlandgerichte zur Nachachtung, beziehungsweise Emendation seiner Publication mit. In Folge dessen wurden im Laufe der nächsten Jahre adelige Güter vom Oberlandgericht mehrfach an Personen des Bürgerstandes zum Eigenthum zugeschrieben (z. B. noch im Jahre 1822 das Gut Hackeweid an den Postcommissär Glocke für 88,000 R. B. M.). Auf die Vorstellung der estländischen Ritterschaft, „daß dadurch die dem russischen Adel zufolge Reichsgesetzes im allgemeinen, sowie die der estländischen Ritterschaft insbesondere bestätigten Rechte gekränkt erschienen“, erfolgte indessen unter dem 31. März 1823 ein Inhibitorium seitens des General-Gouvernements, welches die Zuschreibung von adeligen Gütern an Nichtadelige bis auf weiteres untersagte, und so hängt es mit der Publication des estländischen Oberlandgerichts vom 4. April 1823 zusammen, deren v. Bunge (liv- und estl. Privatrecht § 116 Anm. k.) erwähnt; keinesweges wurde aber damals das Recht des Reichsadels zum Erwerbe von Rittergütern in Estland irgend bezweifelt.

Das Gesetz vom 3. December 1828 selbst gab jedoch alsbald die Veranlassung zu einer unerwarteten Wendung der Sache. Die estländische Bauer-Verordnung hatte auch dem freien Bauer den erblichen Besitz „unbeweglichen Vermögens“ zugestanden. Zur Erläuterung dieses Ausdruckes erfolgte das allerhöchst bestätigte Reichsraths-Gutachten vom 2. August 1829. Dasselbe definiert den Theil des Edelhofes, den der Gutsbesitzer seinen Bauern verkaufen dürfe, und bestimmt ferner, daß die Bauern, als Acquirenten von Parcellen eines Edelhofes, niemals die den letzteren anlebenden Rechte erwerben dürften. In den Motiven dieses Gesetzes findet sich die Bemerkung eingestreut: „daß die gegenwärtigen adeligen Höfe in Estland mit allen daran geknüpften, ausschließlich den immatriculirten Edelleuten zustehenden Rechten und Vorzügen nur in den erblichen Besitz der zu dieser Corporation gehörigen Personen gelangen dürfen; woher die obigen Beschränkungen im Verkaufe einzutreten hätten“.

Ob es die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein könne, durch eine nur auf die Bauer-Verordnung bezügliche Zusatzbestimmung eingreifende, mit der Agrar-Gesetzgebung durchaus in keinem Zusammenhange stehende Mende-

runge in den Rechtsverhältnissen anderer Stände eintreten zu lassen, dürfte doch nicht ohne Grund bezweifelt werden; es entspannen sich denn auch in Estland nach 1829 verschiedene Prozesse, in denen der nichtimmatriculirte Adel sein bisheriges Güterbesitzrecht geltend zu machen suchte; ein allerhöchster Befehl vom 11. April 1838 sistirte indessen die Zuschreibung von adeligen Gütern in Livland an Nichtadelige, in Estland an nichtimmatriculirte Edelleute bis zur Codification des Provinzialrechts; und in diesem finden wir in Beziehung auf den Güterbesitz in Estland als Grundsatz ausgesprochen, was in dem Reichsraths-Gutachten vom 2. August 1829 nur als Voraussetzung gegeben worden war.

So finden wir denn in Estland den Zustand verkörpert, der von mancher Seite auch für die andern Theile der Ostseeprovinzen herbeigewünscht wird: nur indigenatsadeligen Grundbesitz, keine Kron Güter, nicht einmal den Nothbehelf der bürgerlichen Lehen wie in Kurland. Die Geschichte nicht unseres Landes allein lehrt, wohin solche Anschauungen und Bestrebungen führen.

Wir haben alles in der bisherigen Darstellung über die Güterbesitzverhältnisse in unsern Provinzen, wie sie sich entwickelt und — wie wir gesehen haben, zum großen Theil erst seit dem Codificationsjahr 1845 — rechtlich gestaltet haben, vorausschicken zu müssen geglaubt, um die Bedeutung in das volle Licht zu stellen, welche der unerwartete Entschluß der Staatsregierung, ihre hier belegen umfangeichen Domainen, wenigstens theilweise, zu verkaufen, haben mußte.

Nach dem jetzt bestehenden Rechte schließt der indegenatsadelige Kurländer, Estländer und Deseler nicht allein seine übrigen Landsleute, bürgerlich oder adelig, vom Güterbesitz aus, sondern die immatriculirten Edelleute eines jeden dieser Landestheile stehen denen der andern in gleichem Maße ausschließend gegenüber. Der indigene Livländer muß zwar seinen immatriculirten Nachbarn — wie jedem erblichen Edelmann — die Erwerbung von Rittergütern zum Eigenthum gestatten; aber er kann sie binnen Jahr und Tag deposciren — ein Recht, von dem besonders in neuerer Zeit wieder häufiger Gebrauch gemacht zu werden scheint. Der Bürgerliche hat jetzt überall das Güterbesitzrecht eingebüßt; der Bauer ist auf die Möglichkeit des Erwerbes von Parcellen eines Rittergutes beschränkt; man streitet noch darüber, ob ihm das Recht in allen Theilen unsrer Provinzen zufliehe; und wo man darüber nicht mehr streiten kann, wird dem Bauer,

bei der principiellen Abneigung eines großen Theiles der Grundbesitzer gegen den Verkauf der Bauerländereien, die Realisirung dieses Rechtes nur ausnahmsweise ermöglicht*). Ein Zwang zur Veräußerung ist aber begreiflich nicht statthast; der Grundsatz der freien Uebereinkunft zieht sich mit Recht als rother Faden durch die ganze Agrar-Gesetzgebung; auf diese Freiheit der Entschließung kann aber zunächst nur durch die Macht der Ueberzeugung, wir zweifeln nicht aber auch durch die Macht der Dinge eingewirkt werden.

Will der Bürger eine solche Parcellen eines adeligen Guts zum Eigenthum erwerben, so ist dies an Bedingungen geknüpft, die, wie die Dinge einmal hier liegen, als erniedrigend erscheinen. Nimmt ein Nichtimmatriculirter, adelig oder bürgerlich, in Estland, auf Desel oder in Kurland ein Rittergut auch nur in Pfandbesitz, so kann jeder örtlich Immatriculirte binnen Jahr und Tag gegen ihn das Näherrecht ausüben (dessen praktische Anwendung man übrigens bisher, soviel uns bekannt wenigstens in Kurland, verschmäht hat). Aber sogar der Indigena ist in seiner eignen Provinz nicht sicher, daß ein Gut, welches er erworben ihm nicht über Nacht wieder entzogen werde — es droht ihm das Näherrecht der Familie des Verkäufers. In Liv- und Estland kann ein ererbtes Landgut, wenn der Eigenthümer dasselbe an eine nicht zur Familie gehörige Person verkauft hat, von dem nächsten Verwandten des Verkäufers binnen Jahr und Tag eingelöst werden, ja der nähere Verwandte verdrängt sogar den entfernteren, der ein „Erbgut“ der Familie gekauft hat, aus dem Besitz. Im eigentlichen Kurland ist dieses Familien-Näherrecht zwar längst außer Gebrauch gekommen, indessen hat es sich noch im Gebiete des piltenischen Rechts**), wenn auch auf den nächsten Agnaten beschränkt, erhalten und ist außerdem in ganz Kurland nur bei Gesammthandgütern zulässig***).

*) In Livland — dem einzigen Theile unserer Provinzen, wo der Adel ein Credit-Institut errichtet hat, das dem Bauerstande den Erwerb von Grundeigenthum zu erleichtern bestimmt ist — hat die Bauer-Rentenbank seit den mehr als 10 Jahren ihres Bestehens noch nicht für volle 300,000 R. Rentenbriefe emittirt; in den übrigen Landestheilen ist, so viel bekannt, von Privaten noch nicht eine Scholle an Bauern verkauft worden.

**) Das piltenische Recht gilt im ehemaligen Bisthum Piltten, das gegenwärtig unter die Oberhauptmannschaften Hafenpoh, Goldingen und Tuckum vertheilt ist — einer der reichsten Landstriche Kurlands, der sich, Dank der verschwenderischen Hand des Herzogs Magnus von Holstein, des tollen „Königs von Livland“ mit seiner Residenz Oberpahlen, zum größten Theil im Privatbesitz befindet.

***). Fast alle Arten des gesetzlichen Retractrechts sind durch neuere Gesetze als der

Zu alle dem kommen nun endlich noch die Familien-Fideicommissstiftungen, durch welche der Grundbesitz, bis jetzt vorzugsweise freilich nur in Kurland, gebunden ist. Wir verkennen keineswegs die Bedeutung von Güterfideicommissen für ein Land wie das unsrige, wo der Adel eine so hervorragende Stellung einzunehmen berufen ist; und wenn gleich wir das leuchtende Beispiel Englands vorziehen möchten, wo in häufigen Fällen Güter ohne jegliche fideicommissarische Verordnung sich einzig durch die Macht der Sitte viele Jahrhunderte lang in der Familie erhalten haben; so begrüßen wir doch, gegenüber dem auch bei uns eingerissenen Güterschacher, die in Liv- und Estland, wo es noch wenig Fideicommissie giebt, gegenwärtig zu Tage tretende Neigung des Adels zur Begründung derartiger Stiftungen mit Freude; sie werden aber, ohne das wahre Interesse des Landes zu verletzen, nicht über ein gewisses Maß des gesammten Grundes und Bodens hinausgehn dürfen, wie dies schon jetzt in Kurland der Fall ist, wo nahe an 100 „Majorate“ bestehen, darunter die größten Güter des Landes, und noch einige zwanzig nach zuverlässigen Nachrichten in Testamenten latitiren.

Allen diesen Verhältnissen gegenüber wird man sich dem Resultate kaum verschließen können, daß es wohl in der ganzen Culturwelt keine Region giebt, in der die Erwerbung des Grundbesitzes auch nur annähernd von so vielen Bedingungen abhängig gemacht, von so vielen Schranken und Hemmnissen umgeben und für die nicht Vollberechtigten so unsicher wäre, wie in unsern Ostseeprovinzen. Der Begriff des „Indigenats“ ist in keinem Staate des modernen Europa mehr auf einen einzigen Stand, geschweige denn auf einen besonderen abgegrenzten Kreis innerhalb eines Standes beschränkt, wie bei uns, sondern das Indigenat umfaßt alle Staatsangehörigen und gewährt ihnen Vorrechte vor den Fremden (Ausheimischen) nur in politischer, nicht in privatrechtlicher Beziehung. Der Artikel 18 der Bundesacte gewährt jedem Unterthanen der deutschen Bundesstaaten das Recht der Erwerbung von Grundeigenthum innerhalb des ganzen Bundesgebiets; nicht minder sind überall in Deutschland Ausländer zum Erwerbe von Grundeigenthum berechtigt (Forensen) und derselbe Grundsatz findet sich in allen andern Staaten Europas wieder. Betrachten wir insbesondere Rußland, so konnten zwar nach der bisherigen Gesetzgebung Landgüter

Staatsflucht und Nationalwirthschaft zuwider aufgehoben und auch da, wo sie es nicht sind, nur particularrechtlich, selbst die Erblosung (retractus gentilitius) nicht ausgenommen. Freiherr von Holzschuher, Theorie und Casuistik des gemeinen Civilrechts. Bd. III. S. 764 not.

mit Bauern nur vom Erbadel zum Eigenthum besessen werden; die Zahl dieser Berechtigten, ist aber bei dem Heere von Beamten und bei der Leichtigkeit, mit welcher bis vor wenigen Jahren der Erbadel im Staatsdienst erlangt werden konnte, eine außerordentlich große, und jeder erbliche Edelmann ist in jedem Gouvernement des Reiches gleichmäßig besitzberechtigt*). Die gegenwärtig durch die starke und milde Hand unseres Kaisers herbeigeführte Aufhebung der Leibeigenschaft hat aber auch in Beziehung auf das Güterbestrecht wesentliche Aenderungen zu Wege gebracht. Nach dem Inhalt des am 19. Februar d. J. allerhöchst bestätigten Reichsraths-Gutachtens über die Veräußerung, Vererbung, Verpfändung und Verarrendirung von Landgütern mit Bauern hat hinfort Jedermann (mit Ausnahme von Hebräern) das Recht, Privatgüter mit Einschluß der Bauerländereien zu kaufen, wenn gleichzeitig mit dem Zustandekommen des Verkaufsvertrages über das Gut die Bauern ihre Ländereien in der durch die örtlichen Verordnungen bestimmten Ausdehnung zum Eigenthum erwerben und der Acquirent des Gutes sich zu solchem Verkaufe anheischig macht. Wenn eine derartige Vereinbarung nicht zu Stande kommt, so muß vor der gerichtlichen Bestätigung des Verkaufs-Vertrages zum Ablauf der Bauerländereien durch die Bauern in Grundlage der hierüber in den Verordnungen enthaltenen Bestimmungen geschritten werden**).

Zu den privilegierten Theilen des Reiches (die in privatrechtlicher und andern Beziehungen nicht auf dem Boden des Reichsrechts, sondern auf eigenthümlicher Basis stehn) gehören namentlich: das Königreich Polen, das Großfürstenthum Finnland und unsere Ostseeprovinzen. Rücksichtlich der Erwerbung von Grundbesitz gelten für Polen dieselben Grundsätze wie bisher für das übrige Reich d. h. jeder russische Erbadelige ist besitzberechtigt und erwirbt dadurch einen Titel zur Eintragung in die örtliche Adelsmatrikel. In Finnland ist jeder Eingeborene — Edelmann, Bürger oder Bauer — zum Landgüterbesitz berechtigt, ebenso jeder, der zum Reichsadel gehört, ohne daß es einer Reception in die finnländische Adelsmatrikel bedürfte. Im Uebrigen ist die Naturalisation in Finnland nur bei der Aufnahme in den Adel des Landes von der durch den finnländischen Senat einzuholenden kaiserlichen Genehmigung abhängig; sie erfolgt gegen Entrichtung einer, aller-

*) Ein Näherrecht des Gouvernements-Adels kennt das russische Recht nicht, sondern nur einen — sehr beschränkten — Familien-Retract.

**) Baltische Monatschrift, März-Heft d. J. S. 314.

dingas nicht unbeträchtlichen Steuer von 1000 R. S. für russische Unterthanen, von 600 R. S. für Ausländer.

So sind wir denn wieder bei unsern Provinzen angelangt, wo sich uns das eigenthümliche Schauspiel aufthut, daß der Adel jeden andern Stand vom Landgüterbesitz ausschließt, der Indigenatsadel aber wieder den Reichsadel, endlich die einzelnen Adelscorporationen einander gegenseitig und, um dem System die Krone aufzusetzen, innerhalb der einzelnen Matrifel die Familie jeden nicht zu ihr Gehörenden — in der That ein bellum omnium contra omnes!

Wie ein erlösendes Wort erklang in diese Zustände hinein die Erklärung der Staatsregierung, daß sie Domainen zu verkaufen beabsichtige, und zwar unter Concurrenz aller Stände. Diese Maßregel war eine Folge der Anerkennung derjenigen politisch-ökonomischen Grundsätze, welche bereits vor längerer oder kürzerer Zeit die übrigen Staaten Europas zur Veräußerung von Domainen veranlaßt hatten. Für unsere Provinzen aber hatte sie eine noch weit tiefere Bedeutung. Sollte der seit 15 Jahren kategorisch festgestellte Rechtszustand in Beziehung auf den Güterbesitz nicht wieder in Frage gestellt werden; so war der Verkauf der Domainen der einzige glückliche Ausweg, welcher der Härte jener exclusiven Bestimmungen die Spitze abbrach, ohne das bestehende Recht zu alteriren. Der Bürger, der Bauer, der gebildete Mittelstand, unter welchem letzteren sich eine große Zahl dem Reichsadel angehöriger Personen befindet — sie alle erhielten mit einem Schlage die schwer entmißte Aussicht auf die Erwerbung ländlichen Grundbesitzes, in welchem sie nicht gestört werden konnten. Es war eine edle Gelegenheit für den bevorrechteten Stand, alten Haders verzessend seinen Stammesgenossen die Hand zu bieten, welche diese, der Unbill vergangener Zeiten nicht weiter gedenkend, zu ergreifen nicht gezögert hätten.

Aber der Widerhall, den der ausgesprochene Wille der Staatsregierung fand, klang verworren und unharmonisch. In die freudige Zustimmung von der einen Seite mischten sich von der andern Seite Stimmen des Widerspruches und der Eifersucht.

Prüfen wir die Einwendungen, die gelegentlich des Domainen-Verkaufes laut geworden sind.

„Die Domainen sind überhaupt unveräußerlich“ — so sagen die Einen; „sie sind, wenn veräußerlich, nur dem Indigenatsadel käuflich, in Livland ausnahmsweise allem Erbadel, jedoch hat der Indigenatsadel das Näherrecht“ — so sagen die Andern. Wir glauben kaum in der Annahme zu

irren, daß die Ersteren ihren Satz nur formulirten, weil sie die Unhaltbarkeit des zweiten erkannten.

Betrachten wir zunächst, wie es mit der angeblichen Unveräußerlichkeit der Domainen zusammenhängt.

Die Geschichte unserer Provinzen lehrt uns, daß von einer Unveräußerlichkeit der Domainen in dem Sinne etwa, wie sie in andern Staaten Europas von den Ständen gegenüber der Willkühr der Regenten geltend gemacht worden ist, hier nicht hat die Rede sein können. Livland (im weitern Sinn) wurde durch Eroberung gewonnen. Aller Grundbesitz wurde von vorn herein dem Staate d. h. dem Orden und den Bischöfen erobert und ging erst von diesen durch Verleihung an die Vasallen theilweise in Privatbesitz über, welcher sich allmählig, zuerst durch Erweiterung der Erbfolge, dann durch Allodification in vollständiges Eigenthum verwandelte.

In Livland (im engeren Sinn) ist während der polnischen und schwedischen Periode seitens der Regierungen das Recht der freien Disposition über die Güter der Krone überreich geübt worden; ja die Reclamationen der livländischen Ritterschaft gegen die Reduction stützten sich wesentlich auf jene Befugniß der Krone*).

In der Capitulation der Ritterschaft vom 4. Juli 1710 stoßen wir aber auf eine Bestimmung, welche die Auffassung wohl zuzulassen scheint, als sei in ihr die Unveräußerlichkeit der Domainen grundsätzlich ausgesprochen worden. In der bei uns verbreiteten Formulirung der Capitulation, wie sie sich in v. Bunge's „Repertorium der russischen Gesetze für Liv-, Est- und Kurland“ findet, lautet der betreffende § 14 der Capitulation also:

„Die Kronsgüter und eigentlichen Domainen werden der Krone vorbehalten und mögen nimmer in perpetuum alienirt werden; wenn sie indeß je von der Krone verkauft oder verpfändet würden, sollen sie bis zur völligen Einlösung in des Käufers oder Pfandhalters Händen und Genuß bleiben“.

In der später (1830) erschienenen offiziellen Sammlung der russischen Reichsgesetze (Polnoje Sobranije Zakonow Rossijskoi Imperii) lautet aber dieser Punkt wörtlich folgendergestalt:

„Dagegen werden die Staats- und eigentlichen Domainengüter für immer, wie sich gebühret, der Krone zu den Landeslasten überlassen und können derselben niemals auf irgend welche Weise auf immer-

*) v. Richter, Geschichte der Ostseeprovinzen Th. II. Band II. S. 154.

während die Zeit abgesprochen werden (отрешены); wenn dieselben aber mit Bewilligung der obersten Staatsgewalt gekauft oder in Pfand gegeben worden, so sollen sie in den Händen und in der Nutzung des Käufers oder Pfandhalters bleiben, bis sie bezahlt oder gänzlich eingelöst worden“.

Diese Verstonen scheinen ihrer Tendenz nach etwas ganz Entgegengesetztes zu bedeuten. Zunächst wird nicht zu übersehn sein, daß der Text des § 14, wie er uns in der russischen Gesessammlung vorliegt, nicht das Original, sondern eine Uebersetzung ist; denn die Ritterschaft hatte die Capitulations-Punkte am 29. Juni 1710 — selbstverständlich in deutscher Sprache — aufgesetzt, und eine Uebersetzung derselben erfolgte erst im russischen Lager bei Dreilingsbusch, wohin der Obrist Buddberg dieselben brachte. Es ist uns unbekannt, ob Friebe und Gadebusch, nach deren Relationen v. Bunge die Capitulation wiedergiebt, der deutsche Text derselben vorgelegen hat; jedenfalls liegt ein ganz verschiedener Sinn in ihren Angaben über diesen Punkt und in der Sammlung der Reichsgesetze. Man vergesse nicht: die Ritterschaft war es, die sich den § 14 ausbedang. Die Frage liegt also nahe: was wollte sie damit? Nach unserer Ansicht Folgendes: einmal wollte sie, da gleichzeitig die Restitution gegen die Reduction im § 15 nachgesucht, auch bereits in den Universalien zugestanden war, für die „eigentlichen Kronsgüter“ (d. h. diejenigen Güter, welche vor der Reduction der Krone gehört hatten) den Grundsatz der Unveräußerlichkeit derselben von der neuen Regierung ausgesprochen sehn, damit diese nicht, wie es zu polnischer und schwedischer Zeit geschehn war, durch großartige Landvergebungen ein dem provinziellen Leben fremdes Element in der Provinz einbürgern; dann aber mochte die Ritterschaft zugleich den § 17 der Capitulation im Auge haben, welcher dem Adel bei Verpachtung der Kronsgüter ein Vorzugsrecht vor den Bürgern ausbedang. Die Schlußbestimmung des § 14 dagegen geht offenbar nicht, wie v. Bunge angiebt, auf die Zukunft, sondern nach dem unzweideutigen Wortlaut auf die Vergangenheit, („если оныя куплены или подъ закладъ взяты, то имѣютъ оныя — — остаться, пока они уплачены — — будутъ“), und in diesem Sinne ist denn auch die vorbehaltene Resolution des Kaisers vom 12. October 1710 ergangen. Die Ritterschaft wollte hiermit wohl eben nur einer weitern Ausbeutung der schwedischen Reductions-Maßregeln vorbeugen.

Zimmer bleibt aber noch die Frage übrig: verpflichtete sich die Krone durch den § 14, die Domainen nicht zu verkaufen? Wir glauben sie ver-

neinen zu müssen. Dem Zusammenhange nach ist der erste Satz des § 14 eine Concession der Ritterschaft. Sie hatte sich im § 13 die Unantastbarkeit der säcularisirten Güter gesichert; sie hatte im § 15 um die Rückgabe der reducirten Güter nachgesucht; sie hatte im Schlußsatz des § 14 sich die Wiedererstattung des Kauf- und Pfandschillings verkaufter oder verpfändeter Domainen stipuliren lassen; dagegen erklärte sie denn im Eingange des § 14, „keinerlei Ansprüche an die eigentlichen Domainen erheben zu wollen, welche der Krone zur Bestreitung der öffentlichen Lasten zufallen sollten“. Folgen wir nun der Auffassung dieser Bestimmung, wie sie laut der Uebersetzung verstanden werden mußte; so vermögen wir aus derselben nichts anderes herauszulesen, als daß die Krone — welche mit einem Male sich in einen bedeutenden Güterbesitz in dem eroberten Lande versetzt sah — die Concession der Unantastbarkeit dieses Besitzes annahm, wie sie andererseits Concessionen zur Sicherung des Privatbesitzes machte; daß es aber vollständig ihrem Ermessen anheimgestellt bleiben mußte, die öffentlichen Bedürfnisse des Landes aus dem Ertrage der Kronsgüter oder aus anderweitigen Mitteln zu bestreiten. Denn die gesammten an den Staat fallenden Einkünfte aus Livland, unter denen die aus den Domainen keinesweges die bedeutendsten sind, bildeten im Finanzetat nicht eine besondere Cassé, sondern fielen der Gesamtheit der Staatseinnahmen zu. Es war also ein Recht des Staates, diese Einkünfte für die Provinz zu verwenden, nicht eine Pflicht. Die Pflicht hörte nicht auf, wenn sich auch der Staat gewisser Einnahmequellen aus der Provinz entäußerte.

Thatsache ist es, daß unmittelbar nach dem Abschluß der Capitulation und das ganze vorige Jahrhundert hindurch mit verschwenderischer Hand Vergabungen von Domainen an Livländer und Nichtlivländer erfolgt sind und daß keine Remonstrations dagegen zu irgend welcher Zeit von Seiten der Ritterschaft erhoben worden ist. Auch hat die Staatsregierung bereits im Manifest vom 10. September 1810 ihre Absicht zu erkennen gegeben, Domainen in den drei Ostseeprovinzen auf dem Wege des öffentlichen Meistbots zu veräußern, und wenn dieser Plan, wie anzunehmen wegen der bald darauf erfolgenden französischen Invasion, damals nicht in Ausführung gebracht wurde, so hat die Regierung ihn gegenwärtig definitiv ins Werk gesetzt — wir glauben, mit denselben Rechte, mit dem jedem privaten Besitzer die freie Disposition über sein Eigenthum zuständig ist.

Sehen wir nun zu, wie es in Kurland mit der Unveräußerlichkeit der Kronsgüter steht, für die sich dort Stimmen erhoben haben.

Das staatsrechtliche Verhältniß der Domainen war zu herzoglicher Zeit allerdings ein wesentlich anderes als in Livland. Stand Kurland gleich im Lehnsnexus zur Republik Polen, so hatte das kleine Land doch eine in sich abgeschlossene politische Existenz und konnte nicht, wie Livland von Schweden, finanziell von dem größeren Staate ausgebeutet werden, dessen Oberherrlichkeit es anzuerkennen hatte. So waren denn die aus den ehemaligen Ordens- und bischöflichen Gütern hervorgegangenen Domainen ausschließlich für Kurland bestimmt und dienten zur Unterhaltung des herzoglichen Hofstaats, der kleinen Militärmacht des Landes, zur Besoldung der Landesbeamten und andern öffentlichen Zwecken. Allerdings hatte unter diesen Umständen die kurländische Ritterschaft ein gewisses Interesse an der Conservation der Domainen, da, wenn die Einkünfte aus diesen wie aus den Zöllen und andern Intraden zur Bestreitung der öffentlichen Bedürfnisse nicht ausreichten, der Ausfall doch schließlich durch „Landeswilligungen“ vom Privatbesitz — die im Laufe der Zeit mit der Umwandlung des Kriegswezens an die Stelle des „Kosdienstes“ getreten waren — hätten gedeckt werden müssen.

Als Obereigenthümerin der Domainen galt nach der damaligen staatsrechtlichen Theorie die Krone Polen; die Herzöge hatten nur ein Nutzungsrecht an denselben, wogegen sie das volle Eigenthum an ihren Allodialgütern, die sie mit ihrem Privatvermögen gekauft hatten, besaßen^{*)}. Diese letzteren zählten daher auch nicht zur s. g. „Lehnsfahne“ — dem Inbegriff der eigentlichen Domainen, welche nicht zu den „Landeswilligungen“ steuerten — sondern zur „Adelsfahne“, den Rittergütern, und war die

^{*)} Dies ist u. a. in der „Declaratio regia“ vom 5. April 1739 sehr präcis ausgesprochen. (Ziegenhorn, Beilage Nr. 321). Der Herzog Peter wurde bei seiner Abdication für diese Güter von der russischen Krone mit 2 Mill. R. entschädigt, und sind dieselben hierauf von der russischen Regierung dem Complexe ihrer übrigen Domainen in Kurland in deren Besitz mit der Unterwerfung des Herzogthums trat, einverleibt worden. Es findet daher gegenwärtig kein rechtlicher Unterschied zwischen den ehemaligen fürstlichen Allodialgütern und den eigentlichen Domainen statt. Es war ein Act der gesetzgebenden Gewalt, wenn die russische Krone jene Güter zu Staatsgütern erklärte und sie daher dem Ressort des Finanz-, später des Domainen-Ministeriums, nicht aber dem der Apanagen oder des kaiserlichen Hauses zuwies. Dieselben steuern denn auch seit jenem Zeitpunkte gleich den übrigen Domainen nicht mehr zu den Landeswilligungen; ihre Zuziehung zu Kirchenbauten gleich den Privatgütern ist aber als eine Reallast ganz allgemeinen Charakters ersichtlich nicht ein Kennzeichen für die besondere Rechtsqualität dieser Güter. Vgl. v. Bunge kurl. Privatrecht § 103, not. b.

Hinzuziehung der herzoglichen Allodialgüter zu den Willigungen durch eine Reihe von Landtagschlüssen, herzoglichen Concessionen und oberlehnsherrlichen Entscheidungen während des letzten Jahrhunderts der herzoglichen Regierung von der Ritterschaft erkämpft worden.

Aus der Lehnsnatur der Domainen folgt aber mit nichten deren Unveräußerlichkeit, sie schloß vielmehr nur die Veräußerung ohne Zustimmung des Lehnsheeren aus, und die Investituren der Herzöge legten ihnen in dieser Beziehung eine Verpflichtung gegenüber der Krone Polen auf, nicht aber constituirten sie ein Recht der Ritterschaft, für welche die Investitur lediglich ein zwischen Dritten geschlossener Pact blieb. So bestimmt das Investitur-Diplom Ernst Johann's vom 5. April 1739, daß wenn der Herzog (Domainen) verkaufen, vertauschen, verpfänden wolle, er sie zuerst dem Könige anzubieten habe; wolle sie dieser nicht, so möge der Herzog sie veräußern an wen er wolle, wenn es nur ein Indigena sei, worunter — fährt das Diplom fort — auch Polen und Litauer zu verstehen.

So haben denn auch thatsächlich Vergebungen von Domainen seitens der Herzöge theils als Acte reiner Liberalität theils zur Ausgleichung erhaltener Darlehen u. vielfach stattgefunden, und sind die noch gegenwärtig in Kurland bestehenden s. g. bürgerlichen Lehen (etwa 30 an der Zahl) ein redender Beweis jenes von den Herzögen geübten Hoheitsrechts^{*)}. Sie wurden durchweg an Personen vergeben, die nicht zum Adel, in späterer Zeit Indigenatsadel gehörten; und wir müssen annehmen, daß die Herzöge diese Verleihungen durchgängig nicht aus ihren Allodialgütern, sondern aus den eigentlichen Domainen vornahmen, weil die bürgerlichen Lehen zu der „Lehnsfahne“ gerechnet wurden, während sie zur „Adelsfahne“ hätten gezogen werden müssen, wenn sie aus dem herzoglichen Allod hervorgegangen wären. Auch heutigen Tages noch steuern die bürgerlichen Erbgüter nur dann zu den Landeswilligungen bei, wenn sie in das Eigenthum eines kurländischen Indigenats-Edelmannes übergegangen sind und dieser, um das Stimmrecht auf den Landtagen zu erlangen, sich freiwillig erbietet, für das Gut die Willigungen zu bezahlen. Die Steuerpflicht hört aber auf, sobald das Gut wieder Eigenthum eines non-Indigena wird^{**)}.

^{*)} Einige dieser Güter datiren übrigens noch aus der Ordenszeit z. B. das bürgerliche Lehen Stirnen, welches 1545 vom Ordensmeister Brüggeneß dem Bürger Joachim Pinnow verlehnt wurde; auch die Lehn-Briefe über Krahzen sind aus der herrenmeisterlichen Zeit (1414 und 1503); und ein Theil des Gutes Feldhof (bei Goldingen) ist von Gottfried Kettler noch als Herrmeister (1561) dem Landschreiber Gamper conferirt worden.

^{**)} Landtagschluß vom 21. März 1803 § 13. kurl. Landtagsordnung §§ 30 u. 32

Auf der Voraussetzung der rechtlichen Existenz derartiger Verhältnisse beruht denn auch das Allodificationsdiplom des letzten kurländischen Herzogs Peter von 1776. Nachdem Herzog Gotthard bereits 1570 die unbedingte Allodification der bisherigen Lehen ausgesprochen hatte, wurden die später verliehenen Lehen im ebengenannten Jahre gleichfalls allodificirt, unter den charakteristischen Ausdrücken: „daß alle von den früheren Herzögen den Einwohnern Kurlands jedes Standes verlehnten Güter in deren unbeschränktes Eigenthum übergeben sollten.“*)

Was gegenüber diesen thatsächlichen und rechtlichen Momenten für die Unveräußerlichkeit der Domainen angeführt wird, beweist einerseits nicht das was es soll, und hat andererseits eine Bedeutung nur für die herzogliche Periode Kurlands, nicht für die Gegenwart.

Man hat sich auf die s. g. *Ordinatio futuri Regiminis* vom 5. Decbr. 1727 berufen, in welcher es allerdings heißt, daß „die herzoglichen Güter für alle Zeit ihre Natur beibehalten sollen.“**) Man hat aber vergessen, daß diese „Ordnung der zukünftigen Regierung“ nur ein Project gewesen und daß sie ein solches geblieben ist. Der kurländische Adel hatte noch zu Lebzeiten des letzten Kettler, Herzog Ferdinand, den Grafen Moritz von Sachsen zum Herzog gewählt, der polnische Reichstag indessen diese Wahl nicht anerkannt, Moritz in die Acht erklärt und die Einverleibung Kurlands auf den Fall der Gröföffnung des Lehns ausgesprochen. Eine königliche Commission erschien zur Ausführung dieses Beschlusses in Mitau. Der Landtag mußte wegen der angemaßten Wahl um Verzeihung bitten, dieselbe für nichtig erklären und die Einverleibung Kurlands im voraus gutheißen. Hierauf wurde von der Commission die ganze Einrichtung des Landes als polnische Provinz für diesen Fall bestimmt und dabei der Ritterschaft Manches zugestanden, das sie vielleicht für das eingebüßte Wahlrecht schadlos halten könnte***). Nun, man weiß, daß die Dinge ganz anders kamen, als die politische Weisheit im Jahre 1727 sich träumen ließ. Die Eventualität der Einverleibung Kurlands in Polen trat nicht ein und somit blieb denn auch jene „*Ordinatio*“ in der Luft hängen.

Noch weniger beweist für die Unveräußerlichkeit der Domainen der s. g. *Pacifications-Reichstag* von 1736 und die *Danziger Convention* vom

*) „*Omnia bona a Ducibus anterioribus incolis Curlandiae ejuscunque status et conditionis sive titulo gratuito sive oneroso — in feudum collata*“ —

**) „*Bona Ducalia in sempiternum naturam suam retinebunt*“ etc.

***) *Gruse* I. S. 289 ff.

12. Novbr. 1737. Beides sind Staatsverträge zwischen der Krone Polen und dem Herzog von Kurland, die folgeweise nur für die Contrahenten Rechte und Verbindlichkeiten erzeugten; zudem sprechen sie nur von der Verpflichtung des Herzogs zur Einlösung der verpfändeten herzoglichen Güter.

Die *Compositions-Acte* zwischen dem Herzog Peter und der Ritterschaft vom 18. Februar 1793 endlich wird herbeigezogen, um für die Unveräußerlichkeit der Domainen Zeugniß zu legen. Im 13. Punkt derselben heißt es: der Herzog solle für seine Lebenszeit über die Einkünfte der eigentlichen Domainen disponiren dürfen; unter den folgenden Regierungen aber sollten die Oberräthe und Räthe den Herzog bei der Verwaltung dieser Einkünfte controliren, damit nichts davon ohne Noth aus den Herzogthümern versandt noch sie ihrer Bestimmung zuwider verwendet würden!

Die Bestätigung dieser dem zugleich schwachen und eigensinnigen Herzog von der Ritterschaft abgetrohten *Compositionsacte* erfolgte indessen am 19. Nov. 1793 mit ausdrücklichem Vorbehalt der Rechte der Oberlehns herrschaft*) — sie war also ersichtlich für die Krone Rußland als Nachfolgerin der Krone Polen nicht verbindlich.

Man sieht leicht, der Grundirrtum bei der Vertheidigung der Unveräußerlichkeit der Domainen in Kurland liegt darin, daß man das frühere kurländische Staatsrecht noch gegenwärtig in allen Beziehungen für anwendbar erachtet, gleichwohl aber dabei in den weiteren Fehler verfällt, die Kaiser von Rußland den Herzögen zu substituiren, während jene doch nicht allein an die Stelle dieser, sondern auch der Oberlehns herrschaft getreten sind. Durch diese Vereinigung der Gewalten in der russischen Krone sind einerseits alle die zwischen der Oberlehns herrschaft und dem Lehns herzoge errichteten Verträge von selbst weggefallen, andererseits haben die Beschränkungen aufgehört, welche den Herzog gegenüber der Krone Polen banden. Und dahin gehören nun namentlich jene oben erwähnten Bestimmungen im *Investitur-Diplom* von 1739.

Die russische Krone ist denn auch, nachdem sie mit der Unterwerfung Kurlands in den Besitz der Domainen getreten war und mit diesen die herzoglichen Allodialgüter, gegen eine Entschädigung von 2 Millionen R. S. an den letzten Herzog, verbunden hatte, zu keiner Zeit im Zweifel über ihre völlig freie Dispositions befugniß über dieselben gewesen, ebensowenig

*) *Gruse* II. S. 213.

als dieselbe bisher von irgend welcher Seite her angetritten worden ist. In der Periode von 1795 bis 1803 haben die Kaiserin Catharina II. und die Kaiser Paul und Alexander 26 große Güter aus dem Complexe der Domainen in Kurland theils an Privatpersonen theils an die kurländische Ritterschaft vergeben, und zwar nicht allein schenk-, sondern auch tauschweise, wie z. B. die Güter Alt- und Neu-Nahden an den Grafen Kuttaffow gegen seine in den Gouvernements Kurland und Koströma belegenen Güter vertauscht worden sind. Von diesen 26 Gütern sind 6 der kurländischen Ritterschaft, 9 an kurländische Indigenatsedelleute, 11 an Personen verliehen worden, die nicht zur kurländischen Matrifel gehörten. Durch das oben erwähnte Manifest vom 10. September 1810 endlich gab die Staatsregierung ihre Absicht zu erkennen, Domainen auch in Kurland öffentlich zu verkaufen, eine Absicht, die sie indessen erst im Jahre 1859 in Ausführung gebracht hat.

Wir haben nun noch einer Behauptung zu begegnen, die wir von verschiedenen Seiten ganz ernsthaft und mit dem Scheine der Ueberzeugung haben aufstellen hören — der Behauptung nämlich, „daß die Domainen Rittergüter seien“, oder genauer ausgedrückt, daß die Domainen die Eigenschaft von Rittergütern annehmen, sobald sie in Privatbesitz übergangen; daß daher bei ihrer Erwerbung zum Eigenthum alle die Grundsätze in Anwendung zu bringen seien, welche in diesen Provinzen für die Rittergüter gälten, d. h. daß sie nur vom Indigenatsadel erkaufte werden könnten, außer in Livland, wo jeder Erbadelige kaufberechtigt sei, jedoch dem Indigenatsadel das Näherrecht zustehe.

Zur Begründung dieser These wird einerseits angeführt, daß die Domainen alle wesentlichen Eigenschaften der Rittergüter hätten, andererseits auf den Art. 11. Th. II. des Provinzialrechts Bezug genommen, wonach, „wenn Jemand durch allerhöchste kaiserliche Gnade ein Rittergut in einem der Ostseegouvernements erhält, er dadurch von selbst in der Zahl der indigenen Edelleute des Landes, worin das ihm verliehene Gut belegen ist, tritt“.

Jedem, der sich nur irgend mit der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte beschäftigt hat, wird es ohne weiteres einleuchten, daß die erstere Behauptung nur unter Ignoranz der Geschichte des Grundeigenthums in den deutschen Territorien, denen sich diese Verhältnisse in unsern Provinzen durchaus analog entwickelt haben, hat aufgestellt werden können, wobei denn die rechtlichen Begriffe über die charakteristischen Merkmale der ver-

schiedenen Arten ländlichen Grundeigenthums in ein bedenkliches Durcheinander gerathen sind. Wenige Andeutungen werden genügen, um es klar zu legen, daß nicht, wie behauptet worden, die Krone ihre Güter als adeligen Grund besitze, sondern daß umgekehrt, wenn auf die historische Entstehung des Privatbesitzes zurückgegangen wird, vielmehr aller Privatbesitz hier aus dem Grundbesitz des Staates hervorgegangen ist.

Das Recht der Eroberung war fast überall die Basis des Grundeigenthums; und nirgends in Deutschland ist dies in eminentem Sinne der Fall gewesen als in unsern Ostseeprovinzen bei ihrer Unterwerfung durch den Orden. Es gelangte also aller Grundbesitz von vornherein in das Gemeineigenthum des Ordens und der die Landeshoheit mit ihm theilenden Bischöfe; und aus diesem unmittelbaren Besitze des Staates zweigte sich im Laufe der Zeit ein Theil des Grundeigenthums durch Verleihung an — meist ritterbürtige — Private, die nicht in die Ordensverbindung traten, gegen Verpflichtung zu Ritterdiensten ab und wurde dann durch Erweiterung des Erbrechts, endlich durch Allodification allmählig vollkommenes Privateigenthum. Anderes Grundeigenthum wurde an Städte, an Freie, jedoch nicht Ritterbürtige, endlich auch an Bauern verlehnt, mit anderweitigen, nicht ritterlichen Verpflichtungen.

Ganz dem entsprechend unterscheiden sich im deutschen Rechte in ihren rechtlichen Beziehungen seit der ältesten Zeit als die Hauptkategorien des privaten Grundbesitzes: Rittergüter, Bauerngüter und die in der Mitte zwischen ihnen stehenden s. g. Sattelgüter, welche sich zwar von bäuerlichen Lasten frei erhalten haben, indessen nicht alle Vorrechte der Rittergüter genießen. Daß die beiden letzteren Arten in unsern Provinzen nur in geringem Maße vertreten sind, hat seinen Grund in dem wesentlich kriegerischen Charakter der deutschen Einwanderung, sowie in der Einführung der Leibeigenschaft der Urbewohner.

Bekannt ist die in verschiedenen Ländern Deutschlands zwischen den Regierungen und den Ständen ventilirte Streitfrage: wem das Eigenthum an den Domainen zustehe? ob dem Staate oder der regierenden Familie? Diese Frage hätte in Liv- und Kurland noch allenfalls einen Sinn, wenn die Stände die Unveräußerlichkeit der Domainen hätten behaupten wollen, die aber, wie wir gesehen haben, bei uns nicht in Frage kommen kann. Und dann hätte äußersten Falles immer doch nur das Eigenthumsrecht der Stände als solcher behauptet werden können, zu denen auch der wenigstens in Liv- und Estland, wenn auch kümmerlich vertretene Bürgerstand

zu zählen gewesen wäre. Aber bei uns ist wohl zuerst die Behauptung aufgestellt worden, daß die Domainen als solche Rittergüter seien und daß den einzelnen Mitgliedern der Adelscorporationen unserer Provinzen beim Verkauf der Domainen dieselben Privilegien zur Seite ständen, die ihnen vom Gesetz in Beziehung auf die Acquisition von Rittergütern eingeräumt worden.

Es bedarf in der That nur eines Blickes in die Schriften unserer Germanisten, um davon Ueberzeugung zu gewinnen, einerseits, daß die Domainen im deutschen Rechtsleben überall den Gegensatz zum privaten Grundbesitz bilden und daß in dem letzteren das Rittergut ebenso eine eigenthümliche Potenzirung des Eigenthumbegriffs darstellt, wie das Bauergut eine Schwäherung desselben.

Ein Rittergut (*praedium nobile, equestre, adeliges Gut*) heißt ein Landgut, welchem die Vorrechte und Standespflichten des niederen Adels ankleben und von dem ehemals der Verfassung nach Ritterdienste geleistet wurden. Die Vorrechte der Rittergüter, die ursprünglich von der Person des Besitzers ausgingen, jedoch im Laufe der Zeit mit dem Grundstück selbst verbundene Gerechtsame wurden, sind theils staatsrechtlicher, theils privatrechtlicher Natur. Zu den ersteren gehören hauptsächlich: einerseits die Steuerfreiheit, welche für die frühere Zeit allerdings aus der Natur der Steuern sich rechtfertigen läßt, da Steuern überhaupt nur als Surrogat der Kriegslieferung gefordert wurden und der Adel den Kriegsdienst persönlich leistete. Sie kann gerade deshalb aber im heutigen Rechte um so weniger noch in Anspruch genommen werden, da die ganze Steuer- und Kriegs-Verfassung überall sich gegenwärtig verändert hat; andererseits die Landtagsfähigkeit, welche sich geschichtlich daraus erklärt, daß der Adel seines freien Landbesitzes wegen landtagsfähig gebildet war, als die andern Personen, welche ursprünglich dasselbe Recht hatten, mit der Freiheit ihres Grundbesitzes auch dieses Recht verloren hatten.

Particularrechtlich gehört noch hierher: die Einquartirungsfreiheit, die Freiheit von Zöllen und indirecten Abgaben und der befreite Gerichtsstand.

Zu den privatrechtlichen Vorrechten gehören dagegen hauptsächlich folgende: die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Jagd und Fischei, das Patronatsrecht, die Schenk-, Brau- und Brennereigerechtigkeit, endlich einzelne Arten von Bannrechten (Mühlenszwang u. a.)

Der Beweis der Ritterguteigenschaft wird in der Regel durch die „Ritterrollen“, das öffentliche Verzeichniß der in einem bestimmten Territo-

rium zu dieser Kategorie zählenden Güter, geführt und in deren Ermangelung aus dem Dasein derjenigen Eigenschaften, die oben als die wesentlichen Merkmale eines Rittergutes bezeichnet worden, in der Regel durch den Nachweis der auf dem Gut haftenden Landstandshaft oder daß von dem fraglichen Gute Ritterdienste (gegenwärtig das Aequivalent dafür, das i. g. Ritterpferd oder Rittergeld) geleistet werden; denn einzelne Vorrechte der Rittergüter kommen auch bei andern Gütern vor. Es versteht sich, daß die Eigenschaft eines Gutes als Rittergut mit den im einzelnen Fall behaupteten Rechten streng bewiesen werden muß, wenn sie bestritten werden.

Die Erhebung eines Landguts zu einem Rittergut kann gegenwärtig nur durch ein ausdrückliches landesherrliches Privilegium erfolgen, welches jedoch kaum zur Herstellung eines Zustandes genügen würde, der jenen durch die Geschichte gestalteten Verhältnissen dem innern Gehalte nach vollkommen gleich käme.*)

Diese mit den Worten unserer anerkanntesten Germanisten**) wiedergegebenen Grundsätze in Betreff der Rittergüter werden vollständig genügen, um, den Maßstab unserer provinziellen Verhältnisse an dieselben gelegt, nicht nur die völlig analoge Rechtsbildung bei uns, sondern auch das unterscheidende Moment des Rittergutes gegenüber allen andern Güterkategorien — Domainen, bürgerlichen Erbgütern, Communal- (Patrimonial-) Gütern etc. zu vergegenwärtigen.***)

Alle charakteristischen Merkmale eines Rittergutes, wie sie eben angegeben, finden sich auch bei unsern adeligen oder Rittergütern. Weil nun aber auch die Krongüter, insofern sie nicht einfache „Landstellen“ sind, sondern einen Hof, Ackerareal und Bauergesinde haben, die privatrechtlichen Attribute eines adeligen Gutes besitzen, so ist man auf die eigenthümliche Schlußfolgerung verfallen, die Krongüter seien, sobald sie in das Privat-

*) Die Verleihung der Ritterguteigenschaft an Landgüter kommt auch noch gegenwärtig in Deutschland vor. So findet sich in dem Landtags-Abchiede vom 16. October 1860 für die Stände der Provinz Westphalen folgender Passus: „Den Anträgen der getreuen Stände entsprechend haben Wir den Gütern Mühlheim im Kreise Aunsberg (und noch 5 andern namentlich bezeichneten), auf die Dauer der Besitzzeit ihrer dormaligen Eigenthümer und deren ehelichen Descendenz die Eigenschaft landtagsfähiger Rittergüter beigelegt. (Preussische Zeitung vom 7. November 1860.)

**) Maurenbrecher, deut. Privatrecht II. § 650. — Phillips, deut. Privatrecht II. § 191. — Eichhorn, Einleitung in das deutsche Privatrecht § 287. — v. Gerber, System des deut. Privatrechts § 79.

***) Woland betreffend vergl. man hierüber Supel's Nord. Misc. Stück 22 und 23.

eigenthum übergangen, eben nichts anderes als Rittergüter. Man hat dabei aber das genus mit der species identificirt. Allerdings sind alle Rittergüter in privatrechtlicher Beziehung privilegierte Landgüter, nicht aber sind alle privilegierten Landgüter Rittergüter. Die Domainen werden im Fall ihres Ueberganges in Privatbesitz ebensowenig zu Rittergütern als es gegenwärtig die Corporationsgüter und die bürgerlichen Lehen sind. Das Privilegium, das ihnen allein gemein ist, begreift nur die privatrechtlichen Befugnisse in sich, nicht die staatsrechtlichen.

Und hier eben ist der Scheidepunkt. Einerseits sind die Steuerverhältnisse der Rittergüter andere als die der übrigen Landgüter, andererseits ist die Landtagsfähigkeit ein Vorrecht nur der Rittergüter.

An die Stelle des Rosdienstes, der in Kurland nur von den Rittergütern geleistet wurde, sind die Willigungen getreten, und diese werden gegenwärtig nur von den adeligen Gütern getragen, nicht aber von den sonstigen Kategorien der kurländischen Landgüter, weder von den Kron-, noch von den städtischen Gütern, noch von den bürgerlichen Lehen. Zu herzoglicher Zeit mußten, wie früher erwähnt, auch die fürstlichen Allodialgüter zu den Landeswilligungen steuern; seit aber auch diese in den Complex der Domainen der russischen Krone übergegangen, nehmen sie weiter keinen Theil an den Landeswilligungen; und die bürgerlichen Lehen steuern nur dann zu denselben, wenn ein kurländischer Indigenatsedelmann ein solches zum Eigenthum erworben hat und sich freiwillig zur Entrichtung jener Steuern verpflichtet — eine Verpflichtung, die mit dem Momente wieder aufhört, wo das bürgerliche Lehen wieder in die Hände eines non-Indigena übergeht*). Ein gleicher Unterschied ergiebt sich in Beziehung auf die Steuerverhältnisse der Privat-, der Kron- und der Patrimonialgüter in Livland, welche letzteren zu den Ritterschafts-Etat- und Ladengeldern nicht beisteuern.

Die Landtagsfähigkeit ferner ist in Livland, auf Desel und in Kurland ein Attribut ausschließlich der Rittergüter, und nur die zur Matrifel gehörenden Besitzer solcher Güter haben ein volles Stimmrecht auf den Landtagen.**). Darüber aber, welches die auf den Landtagen stimm-

*) v. Bunge, kurl. Privatrecht § 103.

**) Provinzialrecht Th. II. Art. 97. 100. 191. 276. Von der Eigenthümlichkeit der s. g. Rentenirer in Kurland ist weiter unten die Rede. Für Estland gebraucht das Gesetz (Prov.-Recht II. Art. 210) in Beziehung auf die Landtagsfähigkeit den allgemeinen Aus-

berechtigten Rittergüter sind, existiren bei den einzelnen Ritterschaften speciell Verzeichnisse. In Kurland wird dasselbe die „Stimmtafel“ genannt;*) in den andern Theilen der Ostseeprovinzen bestehen „Landrollen“, in denen die adeligen Güter als solche vermerkt sind.

In Kurland, wo man seit alters diese Verhältnisse am schärfsten und consequentesten entwickelte, hat sich das Rechtsverhältniß der Rittergüter am prägnantesten im Gegensatz zu denjenigen Privatgütern gestaltet, die nicht zu den Rittergütern zählen — wir meinen zu den bürgerlichen Lehen. Auch diese haben die allgemeinen Vorrechte der eigentlichen Landgüter (und dies wird unter den Worten des Gesetzes — Provinzialrecht Th. II. Art. 876 Num. — zu verstehen sein, wenn es daselbst heißt: mit den s. g. bürgerlichen Lehen in Kurland seien einige Berechtigungen der Rittergüter verknüpft); aber sie stehen nicht in der „Stimmtafel“ verzeichnet, sie steuern nicht zu den „Landeswilligungen“. Wenn nun ein Indigena ein bürgerliches Lehen zum Eigenthum erwirbt, so kann, wie eben erwähnt worden, das Gut „landtagsfähig“ gemacht werden, wenn der Acquirent sich zur Entrichtung der Willigungen verpflichtet. Auf den ersten Blick erscheint dies als ein Widerspruch gegen die allgemeinen Grundsätze: daß ein Landgut die Rittergutseigenschaft nur durch ein landesherrliches Privilegium erwerben könne; daß diese Eigenschaft dann eine bleibende sei; daß Niemand sich selbst privilegiren könne. Aber dieser Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Es ist treffend bemerkt worden**), „daß es in Kurland zweierlei Arten von Rittergütern gebe: perpetuelle und bloß temporäre, ja man könnte sogar noch eine dritte Kategorie hinzufügen: bloß ideelle, die in der Wirklichkeit in Grund und Boden gar nicht existiren, sondern bloß in der Angabe einer s. g. Rentenirersumme bestehen, indem nämlich auch solche Indigenatsedelleute, welche kein stimmfähiges Gut besitzen, unter gewissen Bedingungen berechtigt sind, eine bestimmte Steuerquote nach Maßgabe ihres mindestens auf 4200 R. anzugebenden Vermögens zu entrichten und dann wie Besitzliche mitzustimmen.“***) Man sieht, die

druck Landgut; wir haben aber gesehen, daß die Begriffe Landgut und Rittergut in Estland so ziemlich zusammenfallen.

*) Art. 276 a. a. D. „Die in den Versammlungen stimmberechtigten Rittergüter werden in einer besonderen Stimmtafel verzeichnet, deren Führung und Vervollständigung dem Ritterschafts-Comité obliegt.“

**) G. Neumann im Inlande 1849 N. 9.

***) Provinzialrecht Th. II. Art. 276.

„temporairen“ und die „ideellen“ Rittergüter fallen so ziemlich zusammen; wie im ersteren Falle die Fiction eines Rittergutes gemacht wird, so im zweiten die überhaupt eines Gutes; und in diesem wie in jenem Falle hängt es einzig von der Willensbestimmung der darauf hin ein Stimrecht auf den Adelsversammlungen Erwerbenden ab, dasselbe wieder aufzugeben, ohne daß eine reale Basis nachbliebe. Wir sehen somit in Kurland eine Classe von Privatgütern, die, aus den Staatsgütern hervorgegangen, zwar alle privatrechtlichen Vorrechte eigentlicher Landgüter haben, gleichwohl aber nicht Rittergüter geworden sind, indem die ersten Erwerber derselben nicht zur Ritterschaft des Landes gehörten. Und genau in derselben Rechtslage werden sich nun diejenigen Domainengüter befinden, welche von der Krone unter der Concurrenz aller Stände zum öffentlichen Meistbot gestellt werden. Ob der erste Erwerber dann zum Indigenat gehört oder nicht, wird, als eine Zufälligkeit, über die Natur des Gutes nicht entscheiden. Entscheidend vielmehr ist, daß die Domaine nicht Rittergut war und daß sie nicht als solches verliehen worden, sondern daß ein Jeder — Indigena oder nicht — sie von vornherein titulo oneroso zum Eigenthum zu erwerben berechtigt gewesen war. Der Indigena, der die Domaine erwirbt, wird sie daher nur in derselben Weise zum „temporairen“ Rittergut machen können, wie die bürgerlichen Lehen; es wird aber ein solches Gut auch für alle Zukunft von Jedermann zum Eigenthum erworben werden dürfen. Der Ausnahmefall, in welchem nach der gegenwärtigen Gesetzgebung eine Domaine zum Rittergute wird, soll weiter unten besprochen werden.

Die Frage nun, warum es denn bisher nicht auch in Livland bürgerliche Erbgüter gegeben habe, ist allerdings leichter aufgeworfen als beantwortet, und überließen wir die Lösung gern einer künftigen Feder, wenn der Zusammenhang der vorliegenden Erörterung nicht eine wenigstens flüchtige Berührung dieser Frage erheischte. Wir müssen zu diesem Zweck noch einen Augenblick bei Kurland verweilen, dessen consequente Rechtsentwicklung wohl geeignet erscheint, über diese dunkle Partie des livländischen öffentlichen Rechts einiges Licht zu verbreiten.

In Kurland war der Eigenthumsbesitz von adeligen Landgütern mindestens seit dem Jahre 1642 nur immatriculirten kurländischen Edelleuten zugänglich; die engen Verhältnisse des Landes erklären es, daß die Herzöge bürgerliche Lehen aus dem Complex der Domainen meist in geringem

Umfange für bescheidene Verdienste vergaben; nur selten wurden größere Güter an Bürgerliche (für Darlehen u. dgl.) verlehnt; erst die russische Krone verschenkte in den ersten Jahren ihrer Herrschaft Domainen in größerem Maßstabe, theils an Mitglieder der kurländischen Ritterschaft, theils an andere Personen. In Betreff der an die ersteren vergebenen Güter wird nun anzunehmen sein, daß sie, weil eben von der obersten Staatsgewalt an Mitglieder des immatriculirten Adels zum unbeschränkten Eigenthum vergeben, eo ipso die Natur von Rittergütern erlangt haben, wenn dies in den Verleihungsurkunden auch nicht ausdrücklich ausgesprochen worden; um so gewisser ist's aber andererseits, daß die Domainengüter, welche die russischen Herrscher an Personen verliehen, die zur Zeit der Verleihung das Indigenat in Kurland nicht hatten, genau nach denselben Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen sein werden, wie die von den früheren Landesherren an Nichtadelige oder (seit 1634) an nichtimmatriculirte Personen vergebenen Landgüter, um so gewisser, sagen wir, weil die russische Krone, welche nicht allein an die Stelle der kurländischen Herzöge, sondern auch an die der Krone Polen getreten war, unzweifelhaft ein freieres Dispositionsrecht über die Domainen hatte, als die Herzöge.

In Livland treten wir in größere Verhältnisse. Das Land war seit dem Verlust seiner Unabhängigkeit stets ein Theil eines großen Reiches gewesen. Die polnische, die schwedische, die russische Krone vergaben Güter an Deutsche, Polen, Schweden, Russen für hervorragende dem Staate geleistete Dienste, oft auch nach Hofgunst; sodaß denn die Vergabungen von Staatsgütern in Livland vorzugsweise an Edelleute stattgefunden haben. Mit einer solchen Erwerbung eines Landgutes trat aber nach der früheren livländischen Verfassung der betreffende Edelmann ipso jure in die Reihen des livländischen Adels und gewann das verschenkte Gut, wie unter ähnlichen Verhältnissen in Kurland, die Natur eines adeligen Gutes. Wir finden indessen in dem sehr instructiven Werke v. Hagemeister's („Materialien zu einer Geschichte der Landgüter Livlands“) nicht selten, namentlich in der schwedischen Periode, Güterverleihungen auch an Personen bürgerlichen Standes. Abgesehen von allen denen, die nicht als Adelige bezeichnet sind, auch nicht zu den bekannten schwedischen Geschlechtern gehören und sich in der livländischen Matrikel nicht finden — und die Zahl solcher Beliehenen ist ziemlich ansehnlich — wollen wir uns begnügen, einige Fälle herauszuheben, in denen der bürgerliche Stand der Donatarien kaum zweifelhaft sein dürfte:

Grütershof wurde 1632 dem Kopenhagenschen Amtmann Heinrich Grüter donirt;

Lubbert-Menzen 1626 von Gustav Adolf dem Wendenschen Bürger Hans Lender;

Sackhof 1592 vom König Sigismund dem Dörptschen Bürgermeister Johann Grölich;

Randen 1626 dem Secretär Andreas Buraeus;

Lugden und Ilmajal 1600 dem Dörptschen Bürgermeister Jürgen Kregmar;

Knippelschhof oder Munnamäggi 1626 dem Dörptschen Rathsherrn Hans Kennie;

Alt-Kusthof 1626 von Gustav Adolf seinem Leib-Medicus Jacob Robertson;

Siljamoise (heut zu Sagelan gehörig) unter der polnischen Regierung dem Dörptschen Bürgermeister Elias Mengershausen;

Kawershof von Stephan Bathory dem Dörptschen Bürger Berendt Westmann;

Altenthurn von demselben dem Dörptschen Bürger Johann Grölich;

Rasin und Rudenhof 1626 von Gustav Adolf seinem Secretär Johann Jaegeraeus, der späterhin unter dem Namen von Strömsfeldt geadelt wurde;

Urbs von Gustav Adolf dem Dörptschen Prediger Caspar Pegow u. a. m.

Wir glauben, daß in diesen Verleihungen von Landgütern an Nichtadelige, nicht minder aber auch in den nach 1747 (in welchem Jahre die livländische Matrikel sich abschloß) vorgekommenen Donationen von Domainen an Personen, die nicht zum livländischen Indigenat gehörten, genau dasselbe rechtliche Material zu „bürgerlichen Lehen oder Erbgütern“ in Livland vorhanden gewesen wäre, wenn es sich mit dem Güterbesitzrecht in Livland nicht anders verhalten hätte als in Kurland. Es bildete sich in Livland durch jene Donationen nur aus dem Grunde nicht eine eigene Kategorie von privaten Landgütern neben den Rittergütern, weil, wie wir gesehen haben, der Güterbesitz bis zum Jahr 1789 de facto und bis zum Jahre 1845 de jure auch dem Bürgerstande zugänglich war. Es sind daher jene Güter sämmtlich in der livländischen Landrolle als adelige verzeichnet, die Entstehung von bürgerlichen Erbgütern in Livland ist aber

erst in unsern Tagen eine rechtliche Möglichkeit geworden, seit durch das Provinzialrecht der Eigenthumserwerb der bestehenden Rittergüter nur dem Erbadel zugestanden worden und nun anderweitige Landgüter durch den Verkauf der Domainen in den Privatbesitz übergehn sollen, während durch Verleihung derselben gegenwärtig in den Ostseeprovinzen allerdings nicht mehr bürgerliche Erbgüter, sondern nur Rittergüter entstehen können.

Die oben gegebenen Exemplificationen hatten übrigens nur den Nachweis zum Zweck, daß die Landesherren Livlands vor dem Jahre 1710 das Recht frei und unbestritten geübt hatten, Staatsgüter auch an Nichtadelige zu vergeben. Unter der russischen Herrschaft sind wir allerdings auf keine Güterverleihungen an Personen des Bürgerstandes gestoßen; dies beweist aber nicht, daß die russischen Herrscher solche Donationen nicht hätten machen können — und worin sollten sich ihre Befugnisse von denen ihrer Vorgänger unterscheiden haben? — sondern jene Thatsache läßt vielmehr nur erkennen, daß in diesen Provinzen nach ihrer Vereinigung mit einem Reiche, das eines Mittelstandes entbehrte, der Bürgerstand auch hier in dem Maße zurückstehn mußte, als der Adel in den Vordergrund trat.

Wenn nun auch gegenwärtig in Livland allerdings keine privaten Landgüter existiren, die nicht Rittergüter wären, so fehlt es doch auch hier nicht an einem Belege für den Satz: daß ein privilegiertes Landgut nicht nothwendig ein Rittergut sein müsse — wir meinen die Patrimonialgüter der livländischen Städte. Daß sie alle privatrechtlichen Vorrechte der eigentlichen Landgüter haben, steht fest; daß Riga aber nicht wegen seines Güterbestandes den Landtag besuche, ist in diesen Blättern unlängst zur Genüge nachgewiesen worden. Wenn dem nicht so wäre, warum sendeten denn nicht auch Dorpat und Pernau, die ebenfalls ansehnliche Landgüter besitzen, ihre Vertreter auf den livländischen Landtag?

Man sieht, die Begriffe Landgut und Rittergut decken sich in den Ostseeprovinzen keinesweges, wie wohl hat behauptet werden wollen.

Dies ist denn auch die officiële Auffassung der Sache. Denn schon die ausdrücklich auch für die Ostseegouvernements erlassenen Manifeste vom 24. Mai und 10. September 1810, welche von dem Verkauf der Reichsdomainen handeln, gestatten dem höheren Kaufmannsstande den Ankauf von Kronsgütern mit Bauern, wobei als Gegensatz hinzugefügt wird, daß dies Recht sich nicht auf den Ankauf von Privatgütern mit Bauern er-

strecken solle; die Kaufleute sollten jene Güter zum vollen Eigenthum besitzen, „ohne jedoch dadurch aus ihrem Stande herauszutreten und adeliche Rechte zu erwerben“.

Nicht minder bietet die Gesetzgebung über die Pfandcontracte in den Ostseeprovinzen eine treffende Erläuterung zu der principiell durch die örtlichen Gesetze durchgehenden Scheidung zwischen den zum Eigenthums-erwerb auf gewisse Kategorien von Personen beschränkten und in der Pfandsfrist begrenzten adeligen Gütern und derjenigen Freiheit der Disposition, welche sich die Krone in Beziehung auf ihre Domainen beständig gewahrt hat. Die Ukasen über die Pfandcontracte vom 25. April 1802, 14. Juli 1827, 14. December 1831, 24. December 1841 und 29. April 1846 sprechen überall nur von dem adeligen Grundbesitz, in dessen Verpfändung der Adel mehr und mehr beschränkt wird. Insbesondere normirt die Verordnung vom 24. December 1841 die gegenwärtig bestehenden kurzen Pfandsfristen von 10 Jahren für Kurland und von 3 Jahren für die übrigen Theile der Ostseeprovinzen ausdrücklich nur für die adeligen Güter und wahrt der Krone dagegen ebenso ausdrücklich völlig freie Hand rücksichtlich der Dauer der Verpfändungsfrist ihrer Domainen.

Die Entscheidung Kaiserlicher Majestät vom 3. December 1828 ferner, deren wir oben gedacht haben, erhebt es zur völligen Gewißheit — wenn diese nicht bereits durch anderweitige Gründe außer Zweifel gestellt wäre — daß in den Ostseeprovinzen unter dem Begriffe Rittergut nur eine eigenthümliche Gattung des privaten Grundbesitzes zu verstehen sei. In der früheren Darlegung ist der Senats-Ukas vom 16. März 1789, welcher dem livländischen Hofgerichte die Eigenthumszuschreibung von Landgütern an Nichtadelige untersagt hatte, näher beleuchtet worden. Die darin liegende Verletzung des provinziellen Rechtes war durch die gesetzgebende Macht weder aufgehoben noch anerkannt worden; es herrschte eben ein rein factischer Zustand in Beziehung auf den Güterbesitz; die Beschwerden der Verletzten lagen unentschieden im Senat und im Reichsrath; da wurde die Leibeigenschaft in diesen Provinzen aufgehoben, und nun erklärte der Reichsrath unter allerhöchster Bestätigung, daß in Folge dessen „die jener Frage zu Grunde liegenden Umstände sich von selbst verändert hätten und eine weitere Beurtheilung derselben unnöthig, daher die vorliegende Sache für sowohl im Reichsrath als im Senat beendigt anzusehn sei“^{*)}.

*) Vergl. die officiële „Geschichtliche Uebersicht der Grundlagen v. des Provinzialrechts“ Th. II. S. 142.

„Hierdurch wurde — heißt es a. a. D. weiter — wie vom Reichsrath anerkannt worden, die Frage über den Besitz von Grundeigenthum in den Ostseegouvernements in Beziehung auf die von den allgemeinen Gesetzen des Reiches in Betreff des Besitzes von mit Leibeigenen besetzten Grundstücken eingeführten Beschränkungen entschieden^{*)}. Dagegen blieb eine andere völlig örtliche Frage unentschieden, nämlich über den Besitz von adeligen Landgütern (Rittergütern) in der durch die besondere Gesetzgebung und die Gewohnheiten des Ostseegebiets ihnen gegebenen Bedeutung, die der Reichsrath in seinem Gutachten vom 2. August 1829 berührte. Daher dauerten die Streitigkeiten hierüber zwischen den verschiedenen Ständen in den Ostseegouvernements fort“. Es wird nun erwähnt, daß diese Streitfrage allendlich durch die von Sr. Kaiserlichen Majestät bestätigten Unterlegungen des Oberdirigirenden der II. Abtheilung der kaiserlichen Kanzlei vom 5. und 19. Mai 1841 entschieden worden seien.

Jenes, übrigens nicht publicirte, Reichsraths-Gutachten vom 2. August 1829 interpretirte den § 4 der estländischen Bauer-Verordnung, wonach der estländische Bauer das Recht hatte, „Ländereien und andere unbewegliche Güter zum Erbe und Eigenthum zu erwerben“, authentisch dahin, daß der estländische Bauer, welcher Grundeigenthum erwerbe, nicht auch diejenigen Rechte erlangen könne, welche den immatriculirten Edelleuten, von denen er Parcellen großer gutherrlicher Höfe gekauft, zuständig seien^{**)}; und in der livländischen Bauer-Verordnung, auf welche dabei Bezug genommen wurde, hieß es übereinstimmend damit im § 54: Der livländische Bauer ist zu erblichem Besitz unbeweglichen Vermögens, jedoch keines adeligen Gutes, berechtigt^{***)}.

Das Provinzialrecht von 1845 endlich, worin die eben erwähnte Unterlegung des Oberdirigirenden der II. Abtheilung der Kaiserlichen Kanzlei

*) Das russische Recht gestattete bekanntlich nur dem Erbadel, Land mit leibeigenen Bauern zum Eigenthum zu besitzen; dem Bürgerstande war nur erlaubt, „unangefestelte Ländereien“ zu erwerben. Smod der Reichsgesetze (ed. 1842) Band IX. art. 565.

**) S. 182 a. a. D.

***) Wir können nicht umhin an dieser Stelle einer Anschauung entgegenzutreten, die in Kurland als ein Dogma angesehen zu werden scheint und der wir auch in dem Artikel: Zur Agrargesetzgebung in Kurland (im diesjährigen Februar-Fest der B. M.) begegnen — der Anschauung, als sei der kurländische Bauer gegenwärtig nicht berechtigt, Parcellen eines adeligen Guts zum Eigenthum zu erwerben. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der kurländischen Bauer-Verordnung und eine ganze Reihe von Bestimmungen in dieser selbst dürften es über allen Zweifel erheben, daß der Bauer in Kurland nicht minder wie in den

als Quelle allegirt ist, (sie ist hier überall vom 20. Juni 1841 datirt, unzweifelhaft aber mit den obenangeführten identisch) besagt im Theil II Art. 876:

„Die besondere Gattung der auf dem Lande besetzten unbeweglichen Güter, welche Rittergüter heißen, können mit vollem Eigen-

übrigen Theilen der Ostseeprovinzen seit der Aufhebung der Leibeigenschaft zum Eigenthums-erwerbe von Immobilien jeder Art, mit Ausnahme von ganzen Rittergütern, berechtigt ist. Es ist bekannt (S. den „Historischen Versuch über die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen von R. J. L. Samson von Himmelsfiern, Beilage zum Jahrgang 1838 des „Inlandes“ S. 119 f.), daß der erste von der in Kurland zur Aufhebung der Leibeigenschaft niedergelegten Commission entworfene Plan die kaiserliche Bestätigung nicht erhielt, daß vielmehr der Kaiser Alexander unmittelbar nach Bestätigung der estländischen Bauer-Verordnung unter dem 5. December 1816 an den General-Gouverneur Marquis Paulucci rescribte: „wie zwar der kurländische Entwurf, dem die livländische Bauer-Verordnung von 1804 zu Grunde gelegt sei, größtentheils dem Zwecke entsprechend befunden worden, daß indessen das Verhältniß der den Bauern nach Beschaffenheit der Grundstücke, wie in Livland, nicht erreicht werden könne. Mit Rücksicht auf die inzwischen bestätigte estländische Bauer-Verordnung lasse Sr. Majestät daher dem kurländischen und piltenischen Adel Seinen Willen darüber eröffnen: daß derselbe über die Wahl zwischen dem vom General-Gouverneur unterlegten Plane und der für Estland bestätigten Bauer-Verordnung berathschlage“. Der kurländische Landtag erklärte sich mit überwiegender Mehrheit für die Annahme der nach dem Ortsverhältniß zu modificirenden estländischen Bauer-Verordnung, worauf der Kaiser in dem Promulgations-Akt vom 25. August 1817 mit den Worten: „Nachdem Wir ersehen, daß die kurländische Bauer-Verordnung in ihren wesentlichen Grundsätzen mit der estländischen übereinstimmt, indem festgestellt wird: — 2) daß den Bauern zugestanden worden, Landeigenthum erblich zu erwerben“ — das neue Bauergesetzbuch für Kurland bestätigte.

Kann nach einem so unzweideutigen Ausspruch der gesetzgebenden Gewalt über die Fähigkeit des Bauern zum Grundeigenthumserwerb eben dieses Recht — einer der Cardinalpunkte der estländischen Bauer-Verordnung (§§ 4, 13, 126 ders.) — für Kurland irgend in Zweifel gezogen werden? Dennoch ist dies geschehn. Man hat sich auf die Scheidung von Bauerland und Hofesland in Liv- und Estland berufen, die in Kurland nicht existire, wo vielmehr der sämtliche Bodenumfang eines Rittergutes Hofesland sei; die ein Grundeigenthum der Bauern voraussetzenden §§ der kurl. B.-V. aber hat man nicht auf Gefindesländereien der Rittergüter, sondern nur auf die der bürgerlichen Lehen, auf die bäuerlichen Erbgüter und auf städtisches Grundeigenthum beziehen wollen. Der edle Monarch, der eine halbe Million seiner Unterthanen einem menschenwürdigeren Loos entgegenführte, indem er ihnen die Freiheit der Person und des „erblichen Erwerbes von Grundeigenthum“ garantierte — Er sollte also dem Bauerstande in der That nur für die Ausnahmefälle das Grundeigenthum haben gewähren wollen? für die kleine Gefindezahl der meist unbeweglichen bürgerlichen Lehen? für die freien Bauerländer, die, etwa 10 an der Zahl, be-

thumsrechte besitzen in Kurland, Estland und auf der Insel Deseel bloß indigene, örtlich immatriculirte, in Livland aber sämtliche Erbadelige“.

Aus diesen klaren Gesetzesbestimmungen geht denn mit Evidenz hervor, daß die allerhöchste Entscheidung vom 3. December 1828 durch die späteren Verordnungen nur in Beziehung auf die adeligen oder Ritter-

kaumlich seit Jahrhunderten in denselben Familien vererben? für das Grundeigenthum in den Städten, in welche der Bauer sich gar nicht einmal übersiedeln durfte? (Erst ein Menschenalter später wurde diese letztere Beschränkung aufgehoben). Daß dem nicht also sein könne, wird jedem unbefangenen Blicke klar sein. Der Kaiser wollte, daß der kurländische Bauer wie der liv- und estländische in seiner Heimath die Möglichkeit des Grundeigenthums erwerbes habe; und wie dieses jetzt auf den Domainen in Erfüllung gegangen, so sollte dasselbe schon nach der B.-V. auf den 500 Privatgütern Kurlands stattfinden können; nur adelige Güter als solche sollte der Bauer nicht erwerben dürfen, wie dies der § 54 der livl. B.-V. bereits ausdrücklich festgesetzt hatte und für Estland späterhin unter dem 2. August 1829 restrictiv interpretirt wurde. Es ist zudem ein Irrthum, als hätten die bei Aufhebung der Leibeigenschaft erlassenen Bauer-Verordnungen für Liv- und Estland das Bauerland und Hofesland derartig geschieden, daß jedes eine inalterable species für sich dargestellt hätte. Bereits oben ist der Rückschritt der livl. B.-V. von 1819 in dieser Beziehung berührt worden. Das Bauerland war nicht unantastbar, es konnte zum Hofeslande gezogen werden. Dies gilt noch heutigen Tages für Deseel, wo die livl. B.-V. von 1819 noch in Kraft besteht. Die unverrückbare Feststellung des Bauerlandes ist erst eine Frucht der neuesten Agrargesetzgebung in Liv- und Estland.

Sehen wir nun die Bestimmungen der kurl. B.-V. an, welche vom Rechte der Bauern zum Eigenthumserwerb von Immobilien handeln. § 13. Ein Glied einer Bauergemeinde kann an mehreren Orten Eigenthum erwerben und Pachtverträge schließen. § 20. Der kurl. Bauer ist bei der Acquisition von unbeweglichem Eigenthum von der Entrichtung der Pöschlin und der übrigen Kronsabgaben befreit. § 28. Unter Bauerwirthen werden Pächter oder auch Eigenthümer von Gefindestellen verstanden. § 59. Die Mitglieder einer Gutsgemeinde können in einer andern Gemeinde Grundstücke eigenthümlich besitzen. § 94. Der kurl. Bauer hat das Recht, bewegliches und unbewegliches Eigenthum zu erwerben und zu besitzen, in Gemäßheit des § 4. (Der § 4 beschränkt aber den Bauer im Landgrundbesitz gleich dem non indigena d. h. er darf nach dem § 105 der Stat. Curl. keine adeligen Güter, bona Nobilium, kaufen). §§ 122 und 123 handeln von der Intestaterbfolge in bäuerlichem eigenthümlichem unbeweglichem Landvermögen, dem Vorzuge der männlichen Erben dabei und der Beschränkung der Parcellirung. § 174. Der kurl. Bauer hat das Recht, jedes von ihm erworbene eigenthümliche Grundstück einem Andern auf beliebige Zeit zur Benützung oder in Pacht zu geben. § 492. Punkt 8. a. stellt die Pflichten des Gemeindegerechts bei bäuerlichen Concursen in Beziehung auf das unbewegliche Vermögen fest. § 545 erimmt Eigenthümer von Landstellen, die wenigstens 6 Loß rigisch Ausfaat Winterkorn in jedem Felde haben, und deren ältesten Söhne von der Rekrutierung. Sollen wir noch weiter citiren?

güter in ihrer Anwendung sistirt und schließlich durch das Provinzialrecht aufgehoben worden ist, daß sie aber in Beziehung auf allen Grundbesitz, der nicht „zu der besonderen Gattung der auf dem Lande belegenen unbeweglichen Güter, welche Rittergüter heißen“, gehört, also namentlich in Bezug auf die Domainen, noch heutigen Tages in voller Kraft besteht und Anwendung erleiden muß.

Wir kommen schließlich auf den Art. 11 Thl. II des Provinzialrechts. Er lautet:

„Erhält Jemand durch Allerhöchste Kaiserliche Gnade ein Rittergut in den Ostseegouvernements, so tritt er dadurch von selbst in die Zahl der indigenen Edelleute des Landes, worin das ihm verliehene Gut gelegen ist, und sein Geschlecht wird unverzüglich in die örtliche Matrikel eingetragen“.

Hieraus hat man das vom Gesetz selbst implicite ausgesprochene Anerkennungsfolgern wollen: daß die Domainen eben nichts anderes als Rittergüter seien; denn wie sollten sonst „Rittergüter“ donirt werden?

Schon die römischen Juristen fanden es für nöthig auszusprechen: „es sei unrecht irgend eine Partikel eines Gesetzes herauszugreifen und darnach zu urtheilen oder Gutachten abzugeben, statt auf das Gesetz in seiner Totalität einzugehn“^{*)}. Allerdings scheint es, daß der Ausdruck „Landgut“ im Art. 11 der präcisere gewesen wäre; wenn aber „Rittergut“ und „Landgut“ nach dem ganzen System des bestehenden Rechts nicht identisch sind — können sie es durch eine Einzelverordnung werden, welche eben doch nur die Bestimmung hat, sich in das bestehende Recht einzuordnen und dasselbe zu ergänzen^{**)}? Wir haben von der Majestät des Gesetzes einen zu hohen Begriff, um die Unterstellung zuzulassen, das Gesetz habe sich mit sich selbst in Widerspruch setzen wollen. Wir kommen indessen ganz einfach zu einem völlig harmonischen Resultate, wenn wir den Art. 11 — ein Ausnahmegesetz, also ein restrictiv und seinem genauem Wortverstande nach zu interpretirendes — so auffassen, daß die Donation

^{*)} l. 24. D. de leg. (l. 3.). Incivile est, nisi tota lege perspecta, una aliqua particula ejus proposita judicare vel respondere.

^{**)} Ein völliges novum ist die erwähnte Bestimmung übrigens wenigstens für Livland nicht. Bereits i. J. 1764 hatte die Kaiserin Catharina die Ausnahme von drei Offizieren, denen sie Arenten von Landgütern in Livland verliehen hatte, (auf welche damals der immatriculirte Adel ein ausschließliches Recht hatte) in die livländische Adelsmatrikel vorgeschrieben.

einer Domaine eben diejenige Modalität ist, unter welcher ein Krongut zum Rittergut erhoben wird. Alle anderen Modalitäten, unter denen die Krone sich ihres Grundeigenthums entäußert, haben diese Wirkung nicht. Das freie Verfügungsrecht der Krone über ihre Domainen, sei es sie zu verschenken oder zu verkaufen, zu vertauschen oder zu verpfänden, steht bei uns fest; wir wissen, daß Vergebungen von Staatsgütern zu allen Zeiten an Personen aller Stände vorgekommen sind, an Ritterbürtige und Nichtritterbürtige, an Bürger und Bauern^{*)}. Die veränderten Bedingungen des modernen Staatslebens haben es mit sich gebracht, daß der Staat seine Güter jetzt nicht mehr unter Verpflichtung zu persönlichen Diensten oder zur Belohnung geleisteter Dienste vergiebt, sondern daß er dieselben nicht anders in das Privateigenthum übergehen läßt, als gegen Entrichtung ihres Werthes. Das Verhältniß hat sich insofern umgekehrt, als die frühere Regel — die Donation — jetzt zur Ausnahme geworden ist. während die frühere Ausnahme — denn es sind in früherer Zeit Domainen an Private auch verkauft, vertauscht und verpfändet worden — jetzt zur Regel erhoben ist. Wenn nun das Gesetz mit dem Falle der Donation gegenwärtig die Verleihung des Indigenats verbindet, so ändert dies erstlich nichts in den Bedingungen der sonstigen Fälle der Entäußerung von Staatsgütern. Es bedarf zu diesem Zwecke keines neuen Gesetzes neben dem von 1845. Wie die früheren Regierungen dieser Provinzen die unbeschränkte Freiheit der Vergebung und Veräußerung von Staatsgütern an Personen aller Stände hatten und übten, so hat und übt die russische Krone dies Recht auf dem Boden unserer provinziellen Verfassung auch heute. Die Güter, die sie titulo lucrativo verleihen kann an wen sie will, kann sie nicht verpflichtet sein, titulo oneroso nur an eine bestimmte Kategorie von Personen zu veräußern.

Der Bürgerstand hat sich in tiefer Ehrfurcht dem erhabenen Willen seines Monarchen gebeugt, der ihm den Eigenthumserwerb von adeligen Gütern versagte; um so freudiger hat er die gegenwärtig kundgegebene kaiserliche Entschließung begrüßt, welche ihm eine Aussicht auf den Güterbesitz eröffnet, auf die er, bei dem bisher befolgten Grundsatz der Unver-

^{*)} Konnte doch sogar in den Zeiten des strengen Lehnrechts der Lehnsherr Gründe der Lehnunsfähigkeit übersehen, namentlich die Nichtritterbürtigkeit, „wie sich denn in der That außerordentlich viel Beispiele von Lehen an Bürgerliche finden“ (v. Gerber, System des deut. Privatrechts § 110); und an Beispielen solcher Verlehnungen in der Zeit des „angestammten Rechts“ fehlt es auch bei uns nicht.

äußerlichkeit der Kron Güter, kaum zu hoffen gewagt hatte. So wird denn durch den Verkauf der Domainen eine eigenthümliche Classe von Landgütern in Livland, auf Oesel und in Kurland entstehen, deren Rechtsverhältnisse sich eng an die der schon bestehenden „bürgerlichen Lehen oder Erbgüter“ in der letzteren Provinz anschließen werden. Sie werden das berechtigte Bedürfnis des bisher vom Landgrundbesitz ausgeschlossenen Mittelstandes nach gesichertem Besitz befriedigen und einem neuen, wir zweifeln nicht, segensreichen Elemente im grundbesitzenden Stande den Boden bereiten. Welch ein versöhnendes Moment aber unter den eigenthümlichen Verhältnissen unserer Provinzen gerade in der Hinstellung einer freien Quote des Grundes und Bodens liegen wird — dem, hoffen wir, wird sich Niemand verschließen.

Wir stehn am Schlusse. Man vergesse es nicht: in öffentlichen Verhältnissen kann eine Erbschaft nicht sub beneficio inventarii angetreten werden; der neue Träger eines überkommenen Rechtes muß die Schulden seiner Vorgänger zahlen, bis auf die letzte. Unser grundbesitzender Stand hat die Schuld seiner Väter gegen den Bauernstand in edler Weise abzutragen begonnen; möge er jetzt auch der Pflicht gegen die bürgerlichen Genossen seines Stammes und seiner Kirche eingedenk sein, nicht allein, indem er ihnen nicht Rechte bestreitet, die ihnen nach dem Gesetz des Landes zustehn, sondern noch mehr, indem er in hochherziger Selbstlosigkeit sich entschließt, auch den edlen jetzt gebundenen Kräften des Bürgerthums einen weiteren Raum zu gewähren zur Förderung des würdigsten Zieles, zum Gedeihen der theuren gemeinsamen Heimath.

Th. Böttcher.

(Separatabdruck aus dem 4. Hefte III. Bande der Baltischen Monatsschrift.)

Den Druck genehmigt

im Namen des General-Gouvernements von Liv-, Est- und Kurland:

Coll.-Rath Schüze.